Nr. 41. 22. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 17. Februar 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Zur Lage in England.

mb. London, 13. Februar.

Die parlamentarische Tagung, die am 14. d. M. beginnt, wird von vielen Beobachtern des englischen Lebens als die letzte des gegenwärtigen Unterhauses betrachtet. Obwohl die konservative Mehrheit, die auf Grund der Hauptwahlen vom Jahre 1900 zur Regierung gelangte, noch immer etwa achtzig Stimmen beträgt, so hat sie doch infolge der Zollagitation Chamberlains, der mißratenen Armeereformen, der schlechten Nachwirkungen des südafrikanischen Krieges, schließlich infolge der Arbeiterfeindlichkeit und Arbeitslosigkeit viel von ihrem Ansehen verloren. Die Nachwahlen fallen fast regelmäßig zuungunsten der Regierung aus und jedermann fühlt, daß die öffentliche Meinung nicht mehr hinter der konservativen Regierung steht. Dennoch bleibt sie am Ruder, offenbar bis die weltpolitische Lage einigermaßen geklärt ist, oder bis die liberale Partei erklärt, die äußere Politik der Konservativen fortsetzen zu wollen. Besonders in bezug auf Asien, d. h. Festhalten am Bündnis mit Japan, Stärkung des britischen Einflusses in Mittelasien. Dies ist gegenwärtig die eigentliche Weltpolitik Englands. Sie ist wohl russenfeindlich, aber keineswegs deutschfeindlich. In England denkt niemand an einen Angriff auf Deutschland. Vor wenigen Tagen erschien vom Flottenschriftsteller Archibald Hurd eine Broschüre „British War Fleets", die bereits mehrere Auflagen erlebt hat und in der die kürzlich vorgenommene Neuverteilung der britischen und deutschen Flotte besprochen wird. Als Vorwort zu seiner Broschüre druckt Hurd drei Briefe ab, die er von den Admiralen Fremantle, Hopkins und Montagu erhalten hat. Admiral Fremantle schreibt: „Unsre deutschen Freunde sollten die letzten sein, sich über die Neuverteilung aufzuregen; sie sollten sie eher als ein Kompliment betrachten, daß wir ihrem Beispiele und hoffe, daß unsere Flaggen in friedlichem Wettbewerb lange zusammen flattern werden." Admiral Hopkins schreibt: „Möge lange flattern werden." Admiral Hopkins schreibt: „Möge die Harmonie und die Kameradschaft, die zwischen den Marineoffizieren Englands und Deutschlands existiert, typisch sein für das Einverständnis beider Länder im Interesse des Friedens und des Glückes der Welt." Admiral Montagu schreibt: „Ich protestiere mit aller mir zur Verfügung stehenden Kraft gegen die unverantwortliche Hetzerei sowohl in England wie in Deutschland, die Zwietracht sät, wo keine sein sollte. Die Welt ist groß genug für beide Völker. . . . Die Flotten sind keine Drohung. Welches Recht haben denn Engländer oder Deutsche, den verschiedenen Völkern zu diktieren, wie sie ihre Interessen zu vertreten haben? Mir erscheint die ganze Reiberei kindisch." Aus Hurds Broschüre geht hervor, daß die Neuverteilung der britischen Flotte die Folge ist der deutschen Konzentration in der Nordsee. Er schreibt: „Die deutsche Flotte ist unter direktem Befehl des Kaisers. Auf Befehl Seiner Majestät ist die ganze Flotte in der Nordsee; sogar die vier Schlachtschiffe, die sich als Symbol der „gepanzerten Faust" im Jahre 1900 in chinesischen Gewässern befanden, wurden nach den heimatlichen Gewässern gebracht, wo die deutsche Flotte in ihrer ganzen Stärke kriegsbereit steht. . . . Die Flotten Englands und Deutschlands wurden fast gleichzeitig reorganisiert; das Prinzip dieser Neuverteilung ist in beiden Ländern: Konzentration." Es ist sicher, daß der Friede zwischen England und Deutschland nicht gebrochen werden wird, wenn die Deutschen den Frieden wollen. In diesem Punkte sind sowohl die Konservativen wie die Liberalen einig. Das Ungewisse bei den Liberalen ist die Politik gegenüber Rußland und Japan. Und darüber schweigen sie sich hartnäckig aus.

Lord Spencer, der künftige liberale Premierminister, erließ vor wenigen Tagen ein Manifest über die politischen und sozialen Aufgaben der kommenden liberalen Regierung. Das Manifest behandelt die innere Politik ziemlich ausführlich und, man muß gestehen, in einem durchaus fortschrittlichen Geiste, aber die auswärtige Lage wird kaum berührt; Lord Spencer beschränkt sich darauf, den Nutzen internationaler Schiedsgerichte hervorzuheben.

Das Manifest Spencers war für viele eine Ueberraschung. Man nahm ja vielfach an, daß Lord Rosebery auf den Posten des Premierministers verzichtet, aber man glaubte doch, daß er der einzige sei, der an die Spitze einer liberalen Regierung treten könnte. Das Manifest beweist wieder, daß der zwar geistig nicht sehr bedeutende, aber ehrlich liberale Earl Spencer der nächste Premierminister sein wird. Dann zeigt es, daß die liberale Partei die Auflösung des Parlaments als nahe bevorstehend betrachtet. Das Manifest behandelt vorerst die Zollagitation Chamberlains und betrachtet den Freihandel als die beste und gerechteste Zollpolitik. Lord Spencer sagt unter anderem: „Schutzzoll mag ja den Reichtum einzelner Personen der Unternehmerklasse erhöhen, aber immer auf Kosten des Gemeinwesens." Dann ist er gegen die Einführung von chinesischen Arbeitern nach Südafrika und ist bereit, nach Ablauf der gegenwärtigen Verträge die Erlaubnis zurückzuziehen. Weiter ist er für die Ausdehnung der Selbstregierung in Irland, für die Wiederherstellung des Trades-Unions-Rechtes und die Beseitigung des Taff-Vale-Entscheides.

Dagegen enthält das Manifest kein Wort über Arbeitslosigkeit, unter der die englische Arbeiterklasse gegenwärtig schwer leidet. Gestern fand eine Arbeitslosendemonstration in Trafalgar-Square statt, die beschlossen hat, eine Deputation ins Unterhaus zu schicken, um bei Eröffnung der Tagung die Aufmerksamkeit der Abgeordneten auf die Lage der Arbeitslosen zu lenken. Der Premierminister hat auf Anfrage der Exekutive der „Sozialdemokratischen Föderation" geantwortet, daß es gegen die Praxis des Parlaments sei, Deputationen zu empfangen. Allein unsere Genossen haben ein Gesetz aus dem 17. Jahrhundert entdeckt, das besagt: „Deputationen von nicht mehr als zehn Personen können immer das Unterhaus besuchen, um zu den Abgeordneten zu sprechen." Unsere Genossen sind bereit, auf Grund dieses Gesetzes zu handeln und sich — trotz Balfour — den Einlaß ins Parlament zu erzwingen. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Februar.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus setzte am Donnerstag die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern fort. Aus der Debatte, die sich in Einzelheiten verlor, ist nur ein heiteres Intermezzo zu erwähnen, ein Loblied des hochfeudalen früheren hannoverschen Regierungspräsidenten v. Brandenstein auf die Korps als Erziehungsanstalt. Die Korps seien imstande, in zwei bis drei Semestern aus halbwüchsigen Schulknaben ernste, charaktervolle deutsche Männer zu machen; den Beweis für die enormen Fähigkeiten und staunenswerten Leistungen der Korpsstudenten sei darin zu erblicken, daß ein unverhältnismäßig hoher Prozentsatz ehemaliger Korpsstudenten als Verwaltungsbeamte angestellt seien. Diese nicht einmal originelle Beweisführung — im vorigen Jahre hatte sich bereits der Minister des gleichen, auf Verwechselung von Ursache und Wirkung beruhenden Beweises bedient — ist natürlich für die Herren auf der Rechten durchschlagend, sie ist beinahe so überzeugend, wie das andere Argument, das als Beweis für die Tüchtigkeit der Korpsstudenten angeführt wurde, daß nämlich, wenn die Korps nicht so tüchtige Vorbereitungsinstitute wären, nicht so viele Väter ihre Söhne veranlassen würden, denselben Verbindungen beizutreten, denen sie als Studenten angehört haben. Daß in Wirklichkeit viele Väter ihre Söhne nur deshalb Korpsstudenten werden lassen, weil sie dadurch Aussicht haben, in hohe Staatsstellungen zu gelangen, ja vielleicht sogar Minister zu werden, das verschweigt man wohlweislich.

So belustigend der ganze Zwischenfall war, so hätte die Rede des Herrn v. Brandenstein doch eine kräftigere Antwort verdient, als wie sie ihm durch den Abg. Dr. Wiemer (frs. Vp.) erteilt wurde.

Am Sonnabend soll der Etat des Ministeriums des Innern zu Ende beraten werden. Freitag fällt die Sitzung aus. —

Der denaturierte Kanal.

Nunmehr hat es die preußische Kanalvorlage nach sechsjährigen vergeblichen Versuchen endlich bis zur Beratung im Herrenhaus gebracht.

Wäre es dem Junkertum Ernst mit seiner noch immer zur Schau gestellten Opposition gegen den agrarisch denaturierten Kanal, so hätte es auch die Möglichkeit, ihn abermals zu werfen. Denn die Minderheit, die die hartnäckigsten Kanalrebellen im Abgeordnetenhause jetzt darstellt, ist im Herrenhause eine unbestrittene Mehrheit. Aber es scheint keine Neigung zu bestehen, die Herrenhäusler-Macht zu benutzen.

Zwar erschien Graf Bülow höchstselbst, um den Herrenhäuslern die Annahme des Kanals so dringend zu empfehlen, als ob sie noch zweifelhaft wäre; aber das war wohl nur eine Höflichkeit. Die Mehrheit für den Kanal ist auch hier gesichert; die Dissidenten werden dafür sorgen, daß sie in der Minderheit bleiben. Das Zollgeschäft hat man in der Tasche, jetzt will man doch nicht wieder allzu provokatorisch auftreten. Die Rede des Grafen Bülow war im übrigen eine einzige brutale Verleugnung seiner Amtsvorgänger. Wurde bei den Handelsverträgen der Graf Caprivi und seine rettende Tat den Junkern geschlachtet, so bei dem Kanal der Fürst Hohenlohe, dessen Drohpolitik gegen die Kanalfronde von dem Grafen Bülow feierlich preisgegeben wurde. Die Kanzler von heute dürfen eben die von gestern Esel und Narren nennen. Nur der Lebende will unter allen Umständen recht behalten. Bemerkenswert war die Offenheit, mit der Graf Bülow zugestand, daß man den Kanal durch die Wucherzölle erkauft habe.

In der wesenlosen Generaldebatte stellte sich zunächst der neugeborene Gesetzgeber Graf Wartensleben als bekehrter Kanalgegner vor; er und andere Redner unterließen freilich nicht die boshafte Feststellung, daß die jetzige denaturierte Kanalvorlage mit dem ursprünglichen Mittelland-Kanal freilich nichts mehr gemein habe.

Graf Mirbach vertrat die Gruppe der sich Zierenden; er wünscht in der Kommission noch Aufklärungen über den masurischen Kanal und über die Möglichkeit, dem Industriebezirk statt durch den Kanal durch elektrische Schnellbahnen Verkehrserleichterungen zu verschaffen. Nein sagte auch er nicht.

Die Debatte mündete in Auseinandersetzungen über den ersehnten masurischen Kanal; die Ostpreußen des Herrenhauses sind sich darüber noch nicht recht einig.

Dann wurde die Kanalvorlage einer Kommission überwiesen.

Voraus ging die Beratung der Vorlage über die Oder-Regulierung, in der Oberbürgermeister Bender-Breslau einen ausführlichen Vortrag hielt und Finanzminister Rheinbaben korpsstudentisch antwortete. —

Der Marine-Etat.

In der Budgetkommission des Reichstages beschwerte sich am Donnerstag vor Eintritt in die Tagesordnung Abg. Graf Oriola über die in flottenfreundlichen Zeitungen verbreiteten Berichte aus der letzten Kommissionssitzung, nach denen es hätte scheinen können, als ob der Staatssekretär sich die Flottenpläne des Flottenvereins zu eigen gemacht habe, was tatsächlich nicht der Fall sei.

Bei den Forderungen für „Seelsorge" stimmte sogar das Zentrum für einen Abstrich, der von den Referenten vorgeschlagen wurde.

Die vorgeschlagene Vermehrung des Personals soll auch in diesem Jahre wieder etwa 1/4 mehr als die in der Begründung des Flottengesetzes seinerzeit ermittelte Durchschnittsquote betragen; die Verwaltung beklagt, daß sie für den dienstlichen Bedarf an Bord und Land nicht einmal genügenden Nachwuchs verfügbar habe. Der Staatssekretär wandte sich gegen etwaige Abstriche, da immer noch Offiziere fehlten und man im Kriegsfalle nicht ohne weiteres See-Offiziere improvisieren könne. Es sei auch notwendig, das Alter der Schiffskommandanten niedrig zu halten, weil der Dienst außerordentlich anstrengend sei. Heute würden für verschiedene Funktionen Offiziere mit zu niedrigen Chargen verwendet.

Abg. Müller-Sagan und Gröber verlangen eingehendere Begründung der Forderungen, der letzte wandte insbesondere ein, daß ihm die Zahl der Admirale zu hoch gegriffen erscheine. Der Staatssekretär behauptete, die Formationen, die im Flottengesetze vorgesehen seien, seien nur formell erfüllt, weil auch die veralteten Schiffe mitgerechnet würden. Man müsse unbedingt eine gewisse Reserve höherer Chargen besitzen. Die älteren See-Offiziere müssen auch von Zeit zu Zeit Landkommandos bekommen. Luxusadmirale seien bei uns nicht vorhanden. — In Konsequenz der vorjährigen Oberstleutnants-Aufbesserung werden in diesem Jahre auch entsprechende Zulagen für 29 Fregattenkapitäne gefordert. Der Referent beantragte die Streichung dieses Zuschusses, da die Avancementsverhältnisse bei der Marine erheblich günstiger seien. Korreferent Graf Oriola wies darauf hin, daß im Falle der Pensionierung die Fregattenkapitäne erheblich schlechter als ihre Ranggenossen in der Armee gestellt seien; deshalb dürfe man die Vorlage nicht ablehnen. Abg. Dr. Südekum bestritt die Notwendigkeit der Zulagen für die Marineoffiziere, da sie für die Landoffiziere nur zum Ausgleich schlechter Beförderungsverhältnisse dienen sollten. Abg. Müller-Sagan glaubte die Konsequenz aus den Bewilligungen für die Oberstleutnants nicht umgehen zu können. Der Staatssekretär legte dar, daß die Stellung der Fregattenkapitäne vielfach abschließende Stellungen seien; die pensionierten Fregattenkapitäne würden sich dann aber erheblich schlechter stehen, als die Oberstleutnants. Abg. Dr. Südekum machte darauf aufmerksam, daß die Bewilligung für die Oberstleutnants lediglich einen provisorischen Charakter trage, also nicht auf die Marineoffiziere übertragen werden könne. Während Abg. v. Richthofen das bestritt, trat Abgeordneter Gröber diesen Darlegungen bei und machte darauf aufmerksam, daß man durch die Regierungsvorlage der Pensions-Gesetznovelle vorgreife. Auch Abg. Prinz v. Arenberg rügte, daß man Gehaltserhöhungen durch Rücksicht auf die Pensionen motiviere, was ganz ungewöhnlich sei. Direktor Twele vom Reichs-Schatzamt legte dar, daß für die Finanzverwaltung zunächst die Rücksicht auf die Pensionssätze maßgebend für die Zustimmung gewesen sei; man müsse die Verhältnisse der Marine-Offiziere mit denen der Gesamtheit der Armee vergleichen. Nach längerer Debatte wurde die Zulage mit Hülfe der Stimmen der Freisinnigen und Demokraten bewilligt.

Die geforderte Zahl der Offiziere (mit der erheblichen Vermehrung) wurde ebenfalls durch dieselbe Mehrheit bewilligt.

Beim Etat der Matrosenartillerie ist die Begründung einer besonderen Minenkompagnie vorgesehen worden, da die Erfahrungen des russisch-japanischen Krieges die Bedeutung des Minenwesens wieder stärker hätten hervortreten lassen; gefordert werden 300 Mann, bei denen die Frage entsteht, ob sie in die Friedenspräsenzstärke des Heeres einzurechnen sind. Obschon diese Frage nicht recht aufgeklärt wurde, bewilligte die Mehrheit die Forderungen. —

Für Marine-Attachés werden 16 000 M. „Zuschüsse" gefordert. Die Verwaltung behauptet, das Leben in den fremden Hauptstädten sei zu teuer, als daß die Attachés mit 15—18 000 M. auskommen könnten.

Bei dem Etat für Indiensthaltungen der Schiffe versucht diesmal die Verwaltung, den ins Ausland kommandierten Offizieren besondere Ausrüstungszuschüsse zu verschaffen, die insgesamt 146 000 M. ausmachen. Der Referent bestritt die Notwendigkeit dieser Ausgabe. Der Staatssekretär verteidigte die Forderung, indem er darauf hinwies, daß die Offiziere im Auslande — Zivilanzüge gebrauchten. Die Forderung wurde abgelehnt.

Im vorigen Jahre wurde die Höhe der Reisegelder der Beamten 2c. beanstandet; in diesem Jahre wird indessen doch noch eine Erhöhung des Titels um 47 000 M. (auf 786 000 M.) gefordert. Auch das Telegraphieren kostet bei der Marine fast 1/2 Million Mark; eine beantragte Vermehrung um 40 000 M. wurde abgelehnt.

Bei den Etatsansätzen für die Werften und den Werftbetrieb entspann sich eine längere Debatte über die Beamten- und Arbeiterverhältnisse, die zum erheblichen Teile verbesserungsbedürftig sind. Abg. Dr. Semler brachte eine Reihe von Klagen vor und tadelte prinzipiell, daß der Staatssekretär für die kleinen Leute in seinem Ressort nicht genügend sorge. Abg. Erzberger wies daraufhin, daß ein Subalternbeamten-Personal von 300 Köpfen in nicht weniger als sieben Klassen eingeteilt sei; auf einer Privatwerft werde man gewiß nicht so verfahren. Abg. Ledebour trat den Ausführungen der beiden Vorredner bei und fragte, welche Mehrbelastung etwa aus der Berücksichtigung der vorgelegten Positionen der Beamten, Schiffsführer 2c. entstehen würde. Direktor Twele vom Reichsschatzamte führte aus, daß Beamtengehaltserhöhungen generell bis nach Besserung der Reichsfinanzen zurückzustellen seien, damit sie nicht zu Lasten der Einzelstaaten fielen. Erwägenswert sei wohl eine Vereinfachung des Werftbeamtenschemas. Wenn man die Petitionen auch nur der Werftschiffsführer und Maschinisten bewilligen wolle, dann würde das

schon ungefähr 80 000 Mark ausmachen. Mit der Privatindustrie dürfe man die Lage der Reichsbeamten aus vielen Gründen nicht vergleichen. Für die Beamten müsse auch nach Ansicht der Regierung etwas geschehen, zunächst für die unteren, dann für die mittleren; aber alles erst nach einer Besserung der reichseigenen Finanzen. Abg. Dr. Südekum wies darauf hin, daß die Gewissensbedenken der Reichs-Finanzverwaltung immer auftauchten, wenn es sich um die untersten Beamten handle, aber völlig schwiegen, wenn es sich um Oberstleutnants oder Fregattenkapitäne oder um — Zivilanzüge für Offiziere im Auslande handle. Abg. Ledebour faßte noch einmal alle Gründe zusammen, die für eine Erwägung der Petitionen sprechen, Einzelheiten der Regierung dabei überlassend. Die Entschließungen auf Beschlüsse sollten der Kommission rechtzeitig mitgeteilt werden. Abg. Semler legte eine Resolution vor, die Gehälter der Schiffsführer, Steuerleute, Spritzenmeister ꝛc. im nächsten Etat zu verbessern. Diese wurde angenommen. Um 4 Uhr nachmittags wurden die Verhandlungen der Kommission auf Freitag vertagt. —

Erbauliches aus Südwestafrika.

Um die Verhältnisse unserer südwestafrikanischen Sandwüste, die uns bereits mehr als 1000 Menschenleben und mindestens 200 Millionen Mark gekostet hat, richtig würdigen zu können, ist es nötig, die Dokumente Unparteiischer zu studieren, die aus der Zeit unmittelbar vor Ausbruch des Aufstandes stammen. Ein solches Dokument stellt die Schrift „Bergtouren und Steppenfahrten im Hererolande" von Franz Seiner dar. Seiner, seines Zeichens Redakteur, ist prinzipiell nichts weniger als ein Gegner der Kolonialpolitik; die Darstellungen, die er von seiner längeren Anwesenheit in unserer Kolonie im Jahre 1903 gibt, sind völlig sine ira et studio, ohne jede Voreingenommenheit gegenüber unseren Ansiedlern entworfen.

Um so bedeutsamer sind die Zeugnisse, die Seiner über die trostlose Lage der „Kolonie" beibringt. Danach können die meisten Ansiedler, soweit sie mit dem Leben davongekommen, den Aufstand geradezu als eine Wohltat betrachten. Stand ihnen doch großenteils der Bankrott bevor. Nunmehr erhalten die Glücklichen fette Entschädigungen für ihre Verluste!

Als Seiner, in Windhuk angekommen, nach der Geschäftslage fragt, erhält er allseitig die Antwort: „Schlecht, miserabel!" **„Wenn es so fortgeht, so verkracht die ganze Kolonie in einem Jahre."** Und bei einem genaueren Studium der Verhältnisse in „Stadt" und Land muß Seiner sich denn auch davon überzeugen, daß diese Klagen keineswegs übertrieben waren. Ueberall, in Karibib, Windhuk ꝛc. hatte man sich auf den künftigen „Aufschwung" der Kolonie eingerichtet, man hatte lächerlich hohe Bodenpreise an Grundstückspekulanten gezahlt, um den künftigen Goldregen mit als erster auffangen zu können. Dies Wunder hatte man von der Otavibahn und den Otaviminen, überhaupt dem „Bergsegen" der trostlosen Kolonie erwartet! In Windhuk z. B. hatte man 25 Wirtschaften eingerichtet, bei einer Bevölkerung von 1300 Personen! Auf 52 Seelen kam also eine Wirtschaft. Natürlich kamen die Wirte auf keinen grünen Zweig, trotz der verzweifeltsten Mittel, Gäste anzulocken. Einzelne Wirtschaften hatten, um die Konkurrenz zu schlagen, sogar einen regelrechten Bordellbetrieb eingerichtet!

Ebenso kläglich stand es um die Versuche, eine Gartenkultur zu schaffen. Als der **Zentner** Kartoffeln noch 75 M. kostete, rentierte sich der Kartoffelbau noch, als der Preis aber auf 25 M. herabgegangen war, deckte er nicht einmal mehr die Produktionskosten! Der Wassermangel macht eben die Bodenbewirtschaftung so gut wie unmöglich. Eine Wasseranlage zur Bewässerung eines kleinen Gartens kostet 3000 bis 5000 M. Dabei ist das durch Bohrungen gewonnene Wasser oft so salpeterhaltig, daß es durch seine Berieselung die schwindsüchtigen Pflanzen geradezu erstickt! Zuweilen auch versiegen die Brunnen schon nach kurzer Zeit. Kein Wunder, daß unter solchen Umständen schon manche stolze Ansiedelung, in die eine Unmenge Geld gesteckt worden war, **einfach wieder aufgegeben** werden mußte. Seiner zeigt uns im Bilde solche verlassene Ansiedelungen in Fülle. Eine hatte 16000 M., eine 11 000 M. verschlungen usw. Die größte Ansiedelung der Kolonie, Ludwigslust, hatte gar **160 000** M. verschlungen — **bei einem Flächenraum von 32 Hektar!!** — „ohne daß auch nur in einem einzigen Jahre die Einnahmen aus den Gartenbauprodukten die Ausgaben gedeckt hätten". So sieht es in Wirklichkeit in unserer famosen Sandwüste aus!

Wahrhaftig, die Ansiedler konnten sich gratulieren, daß die Hereros ihre Heimstätten verwüsteten, bevor sie von selbst verlassen werden mußten! —

Berlin, 16. Februar. Amtliche Meldung. Reiter **Oskar Hennig**, geboren am 13. 8. 1882 zu Berlin, früher im Infanterie-Regiment Nr. 44, im Gefecht 20 Kilometer nördlich Dabis, am 4. 2. 1905 leicht verwundet; Schuß durch den rechten Unterarm.

Die Aufgabe der Wissenschaft.

Der neue König von Sachsen hält jetzt Umzug in den Städten des Landes und es werden dabei die üblichen Huldigungsfeierlichkeiten veranstaltet. Nach seiner Ankunft in Leipzig hatte er zuerst eine Feier mit den Militärvereinen, dann kam die Huldigung der Universität, wobei eine kleine interessante Episode sich in die übliche Gleichförmigkeit solcher Veranstaltungen drängte. Der theologische Professor Dr. Rietschel leistete eine ausführliche Verherrlichung des Hauses Wettin und sprach die Zuversicht aus, daß der neue Landesfürst „die hohen Güter wahren werde, aus denen sie ihre Kraft schöpft". Diese hohen Güter aber umschrieb er also:

Wir dienen der Wahrheit allein; sie zu erforschen auf allen Gebieten ist die Aufgabe der Wissenschaft. Aber darum kann die Hochschule nur gedeihen in der Luft der Freiheit. **Zwei Säulen** sind es, die das Gebäude deutscher Hochschulen tragen und ihre Bedeutung bedingen: auf seiten der Lehrenden die Freiheit der Wissenschaft, **die nur durch die erkannte Wahrheit sich binden läßt**, auf seiten der Studierenden die akademische Freiheit, durch die **selbständige Charaktere** erwachsen sollen, **wie ihrer unser Volk und unser Vaterland bedarf**. Wir wissen, daß diese unveräußerlichen Güter auch durch das Regiment des neuen Rector magnificentissimus perpetuus (ständigen obersten Rektors, d. h. des Königs) sicher gewahrt bleiben werden. . . ."

Man kennt freilich die „selbständigen Charaktere", die aus den Universitäten erwachsen. Man weiß auch, daß die Universität Leipzig, welche allein in der Freiheit der Wissenschaft atmen will, sich durch die sächsische Regierung zu schmählichen Attentaten gegen die Freiheit der Wissenschaft hat erniedrigen lassen; wurde doch trefflichen Männern der Wissenschaft der Lehrkörper der Universität verschlossen, weil sie Sozialisten waren. Also Professor Rietschel sollte nicht allzu hohe Worte machen bei solcher Vergangenheit seiner Universität. Immerhin, seine Worte klangen gut und waren sicherlich nicht ohne Absicht gewählt.

Der König aber sprach in seiner Erwiderung gleichfalls über das, was er als Aufgaben der Universität erachtet. Es klang anders:

„. . . Unsere Geistlichen, Richter, Gelehrte und Aerzte gehen aus ihr (der Universität) hervor. Ihre Aufgabe ist es, meine Herren, unsere Jugend nicht bloß wissenschaftlich zu bilden, sondern auch ihr **die wahren Gefühle der Gottesfurcht, Pflichttreue, Hingabe und Treue für König und Vaterland, Kaiser und Reich einzuflößen. Ja, ich halte diese Seite der Tätigkeit** von Hochschullehrern **für die allerwichtigste.** Und welch herrliche Aufgabe ist es, die überschäumende Jugendkraft, die ideal angelegte Natur des deutschen Jünglings **in richtige Bahnen zu lenken!** . . .

Es ist nicht bekannt, ob der Text der Rietschelschen Ansprache dem König zuvor unterbreitet war. Wenn es der Fall, so bedeutet die Antwort eine ausdrückliche und wohlberechnete Zurückweisung der professoralen Wahrheitsutopisterei. In jedem Falle zeigt die Antwort, daß es nicht nur in Preußen als allerwichtigste Aufgabe der Universitätsherrschaft gilt, Leibgarde der Dynastie zu sein.

Ein vermessener Professor redet von Wahrheit und Freiheit der Wissenschaft und Erziehung selbständiger Charaktere. Der Landesherr übergeht diese Forderungen mit Schweigen, er fordert auf, die Jugend in die „richtigen Bahnen" zu weisen, zur Gottesfurcht und Königstreue.

Bei dem Empfang der Kriegervereine zeigte sich volle Harmonie der Auffassungen zwischen dem Sprecher und dem König. Die Kriegervereine wirken für das „Allerwichtigste". Mag die Universität endlich von ihnen lernen! —

„Sie imponieren mir nicht." Die Behandlung, die Herr Kirdorf jüngst dem Minister v. Hammerstein widmete, zeigt klassisch, wie die Millionäre des Grubenkapitals gegenüber den obersten Staatsbeamten denken. Auch der lange Möller soll es erfahren haben. Ein Dortmunder Blatt teilt eine Aeußerung mit, die vor dem Bergarbeiterstreik in einem Kreise rheinischer Großindustrieller ein Teilnehmer zum Handelsminister Möller getan habe. Sie lautet: „Sie, Herr Minister, imponieren mir noch lange nicht. **Wenn Sie den nötigen Spiritus im Kopfe hätten,** wäre aus Ihrem Kupferhämmerchen längst etwas anderes geworden." Aehnliche Bekundungen der Hochachtung von Großindustriellen vor Herrn Möller, der es bloß zum Minister gebracht hat und nur als Kleinindustrieller mit mäßigen Erfolgen angesehen wird, zirkulieren mehrfach. Und freilich, es ist zu begreifen, daß Herr Möller auch den mächtigen Großindustriellen nicht imponiert. Wem sonst könnte er überhaupt imponieren? —

Die Unterstützung der Bergleute im Ruhrrevier beschäftigte am Dienstagabend zum zweitenmal die Stadtverordneten-Versammlung in Frankfurt a. M. Der Magistrat war dem Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung, den Familien der Streikenden 15 000 M. zu geben, nicht beigetreten, und darüber kam es nun am Dienstagabend zu einer lebhaften Erörterung. Von den Rednern aller Parteien wurde der engherzige Standpunkt des Magistrats entschieden getadelt. Von sozialdemokratischer Seite wurde darauf hingewiesen, wie andere Nachbarstädte wie Darmstadt, Mainz, Mannheim, Ludwigshafen, in den letzten Tagen Mittel für die Streikenden bewilligt haben, wobei in Darmstadt Bürgermeister Morneweg gar kein Hehl daraus gemacht hat, daß es aus Sympathie für die Streikenden geschehe. Aber der Frankfurter Magistrat beharrt auf seinem Standpunkt, daß es eine politische Demonstration sei, die er nicht mitmache. Der zweite Bürgermeister gebrauchte sogar die Ausrede, man wisse ja gar nicht mehr, an wen man das Geld schicken solle. Wenn wirklich eine Not unter den Streikenden festgestellt werden sollte, die mit den gewöhnlichen Mitteln nicht gehoben werden kann, **dann will auch der Frankfurter Magistrat etwas tun.** Einstweilen erkennt er aber eine solche Notlage nicht an. Die Stadtverordneten-Versammlung war aber anderer Ansicht und beschloß zum zweitenmal, 15 000 M. für die notleidenden Familien der Streikenden zu bewilligen. Natürlich wird sich der Magistrat auch diesem Beschluß gegenüber ablehnend verhalten, und es bleibt dann nur abzuwarten, ob die Herren Demokraten aus dieser Starrköpfigkeit des Magistrats die Konsequenzen zu ziehen verstehen und zu gegebener Zeit auch die Mittel für byzantinisch-patriotische „Demonstrationen", wie Kaiserempfänge usw. verweigern. —

Nordschleswigsche Germanisierungspolitik In Oerstedt bei Hadersleben, so wird uns geschrieben, fanden im Herbste vorigen Jahres die Wahlen zum Schulvorstande statt. Die Einladungen zu den Wahlen wurden den Einwohnern durch Schulkinder, die vom Lehrer dazu den Auftrag erhalten hatten, mündlich übermittelt. Am Wahltage waren denn auch die Wahlberechtigten nur sehr unvollständig erschienen, besonders fehlten viele Dänischgesinnte, die, wie sich später herausstellte, vom Stattfinden der Wahl überhaupt nicht benachrichtigt worden waren. Gegen die Gültigkeit der Wahl, bei der zwei deutschgesinnte Einwohner gewählt worden waren, wurde Protest erhoben und schließlich, nachdem der Landrat die Beschwerde zurückgewiesen, von der Regierung die Wahl für ungültig erklärt und zum 31. Januar d. J. eine Neuwahl anberaumt. Diese wurde ordnungsgemäß bekannt gegeben mit dem Erfolge, daß nunmehr zwei dänischgesinnte Schulvorsteher gewählt wurden. Von dieser Zeit ab wurde die „Schulzucht" bedeutend strenger. Den Kindern dänischgesinnter Eltern wurde verboten, auch außerhalb der Schule dänisch zu sprechen, und deutsche Schulkinder erhielten vom Lehrer den Auftrag, aufzupassen, ob das Gebot innegehalten wurde, bezw. Uebertretungen zu denunzieren. Da die Umgangssprache in Nordschleswig fast durchweg dänisch ist, kamen solche Ueberschreitungen des schulmeisterlichen Gebots natürlich häufig vor; sie werden mit körperlicher Züchtigung des Schuldigen geahndet. Das Vorgehen des Lehrers bezw. seiner Auftraggeber ist natürlich ganz ungesetzlich. Aber abgesehen davon — hat dieser Pädagoge denn keine Ahnung davon, wie korrumpierend seine Anordnung auf die Schulkinder, die solchermaßen zu Denunzianten gezüchtet werden, in sittlicher Beziehung wirken muß? —

Kasernen-Tod. Aus Saarbrücken wird der „Fr. Ztg." vom 14. Februar berichtet: Der Rekrut Schröder von der 8. Kompagnie des 70. Infanterie-Regiments hat sich heute früh in der Kaserne mit seinem Dienstgewehr erschossen. Fortgesetzte Mißhandlungen durch ältere Leute sollen den jungen Mann, der bei den Vorgesetzten als tüchtiger Soldat sehr beliebt war, in den Tod getrieben haben.

Ausland.

Französische Kolonialgreuel.

Paris, 16. Februar. Wie der „Matin" berichtet, hat der gestern verhaftete Kolonialbeamte Toquet Entsetzen erregende Grausamkeiten gegen Eingeborene begangen. So soll Toquet mit mehreren anderen Beamten zusammen am 14. Juli vorigen Jahres, **nachdem das Nationalfest mit einem Bankett gefeiert war,** in der Nähe von Brazaville in Französisch-Kongo einen Eingeborenen geknebelt und ihn mittels einer **Dynamitpatrone, die ihm in den Mund gesteckt war, auf entsetzliche Weise getötet haben.** Ferner soll Toquet mit **mehreren Helfershelfern** zusammen **einen Neger enthauptet, von dessen Kopf eine Suppe gekocht und diese den Angehörigen des Getöteten vorgesetzt haben.** Außer gegen Toquet soll noch gegen einen Militär und zwei Kolonialbeamte die Untersuchung eingeleitet werden. Dieselben sind bereits in Brazaville verhaftet worden.

Paris, 16. Februar. Es bestätigt sich, daß zwei Kolonialbeamte wegen Grausamkeiten verhaftet worden sind, die sie am Kongo gegen Eingeborene begangen haben, doch ist die von den Blättern gebrachte Schilderung übertrieben. (?) Eine vom Kolonialminister angeordnete Untersuchung hat ergeben, daß ein zum Tode verurteilter Neger mit Hülfe (!) einer **Dynamitpatrone** hingerichtet (!) wurde, die ihm am **Rücken befestigt** und zur **Explosion** gebracht worden war. Die Verhaftung von **zwei anderen** Beamten steht bevor, und es **dürften noch weitere Enthüllungen zu erwarten sein.**

Diese französischen Kolonial-Scheußlichkeiten, die mit den Taten der Arenberg, Peters, Leist, Wehlan und Konsorten wetteifern, sind wahrscheinlich auch auf jenen „Tropenkoller" zurückzuführen, **von dem in den Tropen ansässige Missionare** behaupten, daß er bei den mit ihm behafteten Individuen auch dann zum Ausbruch gelangen würde, wenn sie sich am Nordpol befänden. Dieser Tropenkoller ist eben nichts als der Wahnsinn von Verbrechern, die unter den in den Kolonien tätigen europäischen Kulturträgern ein so großes Kontingent stellen. Der Wahnsinn steckt eben in der Methode der kolonisatorischen Arbeit der „christlichen" Kulturstaaten! So lange diese Kolonialpolitik auf nichts anderes hinausläuft, als auf die brutale Ausraubung und Vergewaltigung der Eingeborenen, werden sich in ihren Dienst eben stets besonders zahlreich moralisch defekte Burschen stellen! —

Italien.

Die Eisenbahner und die Regierung.

Aus Rom wird uns von unserem Korrespondenten telegraphisch gemeldet: In der gestrigen Audienz gab Giolitti der Kommission der Eisenbahner folgende Versicherungen: Mit dem 1. Juli sollen Steuererleichterung und Witwenpension gewährt werden; später sollen Avancements und Waisenpensionen folgen. Es soll ein Schiedsgericht mit einer Vertretung der Arbeiter eingerichtet werden. Ferner soll eine permanente Kommission zur periodischen Revision des Arbeitsvertrages geschaffen werden. Der Minister versprach, daß über diese Dinge in nächster Zeit ein Gesetz vorgelegt werden solle.

Die Eisenbahner erklärten, zunächst das Gesetz abwarten zu wollen. Falls das Gesetz ein **Streikverbot enthalte, sei es für die Organisationen unannehmbar.** — Die Kommission der Eisenbahner bleibt bis zur Einbringung des Gesetzes bestehen. —

Dänemark.

Ein Kompromiß mit dem Militarismus. Der Kriegsminister Christiensen, Madsens Nachfolger, sucht sich bekanntlich dadurch mehr Mittel zur Erhaltung und zum Ausbau der Befestigung Kopenhagens zu verschaffen, daß er vom Reichstage die Erlaubnis verlangte, auf einem Konto seines Budgets Gelder anwenden zu dürfen, die auf anderen Kontos erspart wurden. Er verlangte diese Erlaubnis auf fünf Jahre, also eine Einschränkung des Bewilligungsrechtes des Reichstages, die sich von vornherein auch über die nächste Legislaturperiode erstrecken sollte. Das war der Reformpartei zu viel auf einmal verlangt; sie wollte dem Minister die Erlaubnis nur auf ein Jahr geben. Nun ist jedoch ein Kompromiß zustande gekommen, wonach dem Minister auf drei Jahre und für sechs Hauptkontos, die zusammen zirka 2½ Millionen umfassen, gestattet werden soll, Ersparnisse auf das eine Konto, die Festung, zu übertragen. Der Minister hat hierbei diejenigen Kontos ausgesucht, wo es am leichtesten möglich ist, zu sparen. Die von der Reformpartei und von Christensen selbst Jahrzehnte lang als unnütz und schädlich bekämpfte Festungsbauerei wird also wohl auch unter dem neuen Ministerium mit unvermindertem Eifer fortgesetzt werden. Uebrigens ist diese Art Politik der „Liberalen" selbst dem Finanzausschußmitglied der Moderaten N. Neergaard zu moderat. Er will darauf ebensowenig eingehen, wie auf das Prügelgesetz Albertis. —

Rußland.

Wie und von wem Finnland bestohlen wird. In den Jahren 1898 bis 1904 hat die russische Staatskasse von Finnland 14 230 000 finnische Mark erhalten, die nicht von den maßgebenden finnischen Behörden bewilligt worden sind. Die jährlichen Ausgaben für die Administration Finnlands sind in der Zeit von 1898 bis 1900 um 1 455 000 M., in der Zeit von 1901 bis 1904 um 3 235 090 M. gestiegen. Die Ausgaben für die eigentliche Landesverwaltung sind jedoch in dem zuerst erwähnten Zeitraum nur um 205 000 M., in dem folgenden um 728 000 M. gestiegen. Im übrigen mußte das finnische Volk so viel Geld mehr aufbringen, um die russische Gewaltherrschaft und Schandwirtschaft in seinem Vaterlande aufrecht zu erhalten und zu fördern. Der Gouverneur hat jährlich in dem zuerst erwähnten Zeitraum 81 600, in dem folgenden 644 000 M. mehr empfangen als in früheren Jahren, und die Ausgaben für die Zensur stiegen in denselben Jahren um 15 000 und um 56 000 M. Für die Verfolgungen und Mißhandlungen durch die russische Gendarmerie muß das finnische Volk jährlich 660 000 M. bezahlen.

Unter solchen Umständen ist es leicht erklärlich, wenn das Beispiel Tells in Finnland Nachahmung findet, zumal wenn es sich um einen Knecht des Zarismus handelt, der aus dem finnischen Volke hervorgegangen ist. Der nun beseitigte Prokurator Johnsson hat, wie schwedischen Blättern mitgeteilt wird, kurz vor dem Attentat sich in einer Rede wie folgt geäußert:

„Wir bilden einen Teil des russischen Kaiserreichs — eine von den größten Mächten, die die Welt je gesehen hat und zweifellos die einzige Weltmonarchie der Zukunft. Meine Herren, warum sollen wir denn nicht den Segen entgegennehmen, den uns der Allmächtige beschert hat? Denken Sie an die ehrenvolle Zukunft, nicht an die dunkle Vergangenheit, die niemals zurückkehren kann!"

Daß es ein Segen Gottes ist und ehrenvoll, sich von dem Tyrannen eines großen Raubstaates unterjochen und mißhandeln zu lassen, das wird das finnische Volk hoffentlich niemals begreifen.

Ueber Karl Lennart Hohenthal, der den Prokurator tötete, teilt ein junger finnischer Maler in Kopenhagen, ein Freund von ihm, der Zeitung „Politiken" mit, daß er aus einem deutschen Geschlecht stammt, das seit vielen Jahren in Finnland ansässig ist. Sein Vater ist Pfarrer im nördlichen Finnland. Ein Bruder Karls ist Offizier im russischen Heer. Vermutlich hat er dessen Uniform benutzt, um in das Haus zu gelangen, wo er seine Tat vollführte. Im letzten Herbst mußte er die Universität Helsingfors verlassen. Er wurde zwar nicht ausgewiesen, aber Polizei und Gendarmen verfolgten ihn, weil er ihnen verdächtig vorkam. Um unter Polizeiaufsicht gestellt zu werden, genügt es, wenn sich ein finnischer Student z. B. am Geburtstage des vaterländischen Dichters Runeberg vor dessen Statue hinstellt und sie betrachtet. Da die Tat Lennarts an einem finnischen Beamten verübt wurde, werden wohl finnische Richter sein Urteil sprechen. Wahrscheinlich wird er zu lebenslänglicher Gefängnisstrafe verurteilt werden. Die Todesstrafe kennt man in Finnland nicht. —

Amerika.

Der Streit zwischen Roosevelt und dem Senat zieht weite Kreise und hat eine überraschend große Aufregung hervorgerufen. Die Zeitungen behandeln die Sache als die größte Wichtigkeit und nehmen für oder gegen Roosevelt Partei. Daß manche den Präsidenten entschuldigen, zeugt von seiner großen Popularität, denn die Verfassung gilt den Amerikanern als heilig und sie halten wenigstens am Buchstaben derselben fest, wenn auch der Geist ihnen oft genug sehr wenig gilt. Seit Jahren hat kein Präsident eine so scharfe Zurückweisung im Senat von seiner eigenen Partei erfahren. Besonders erbittert waren die Senatoren über die Entwickelung der Dinge in San Domingo. Dort hat Roosevelt die Zollämter besetzen lassen und die Bestimmungen des Vertrags ausgeführt, ohne daß der Senat die notwendige Zustimmung gegeben hatte, und in diesem Falle waren dem Senat die Hände gebunden. Verschiedene Senatoren sollen daraufhin geschworen haben, dem Herrn Präsidenten eine derbe Lektion zu geben. Dies geschah in der Frage der Schiedsgerichte, wodurch Roosevelt und der Staatssekretär Hay vor aller Welt bloßgestellt wurden. Daß der Senat im Recht ist, kann jeder erkennen aus dem zweiten Artikel Absatz 2 der Verfassung, worin es deutlich heißt: „Er (der Präsident) soll Vollmacht haben, Verträge abzuschließen unter der Zustimmung und mit dem Rate des Senats; eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden Senatoren ist dabei notwendig." —

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

6. Sitzung vom Donnerstag, den 16. Februar 1905, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung um ½6 Uhr mit einem Nachruf für die verstorbenen Stadtvv. Lemke und Reichnow, beide Mitglieder der Freien Fraktion. Die Versammlung hört die ehrenden Worte des Vorstehers stehend an.

Zu dem Schreiben der Direktion der Großen Berliner Straßenbahn vom 28. v. M. bemerkt

Stadtv. **Reimann** (A. L.): Soweit der Wunsch dieser Berichtigung sich auf mein eigenes Referat bezieht, bedauere ich, demselben nicht nachkommen zu können. In der Verhandlung des Ausschusses vom 27. Juni betreffs der Konzessionsdauer ist von hervorragender Seite gesagt worden, die Konzession liefe nur bis 1919. Auch der andere Beschwerdepunkt, daß die Stadt nicht berechtigt sein solle, Konkurrenzlinien zu bauen, ist ebenfalls unbegründet.

Stadtv. **Singer** (Soz.): In der vorigen Woche, als der Vorsteher den Brief vorlas und Kollege Reimann nicht anwesend war, habe ich veranlaßt, daß der Brief auf die heutige Tagesordnung kam. Ich will meinerseits heute nicht unterlassen, hinzuzufügen, ohne mich um die Erklärung der Gesellschaft zu kümmern, daß es uns darauf ankam, festzustellen, daß bei Abschluß des Vertrages beide Parteien notwendigerweise der Meinung sein mußten, daß die Stadt, indem sie sich bis 1919 bindet, die freie Verfügung für sich nach dieser Zeit beansprucht. Das war Sinn und Geist dieser Bestimmung, und es muß von uns immer wieder als Akt der Illoyalität bezeichnet werden, daß die Stadt sich einseitig die Verlängerung der Konzession hinter dem Rücken der Stadt errungen hat. (Sehr richtig!) Dieser Punkt ist es, der herbeiführen mußte, daß Treu und Glauben dieser Gesellschaft gegenüber nicht mehr vorhanden sein kann. Dabei ist es ganz gleichgültig, wie der Wortlaut der Vertragsbestimmungen juristisch ausgelegt werden kann. Ebenso unrecht ist es von der Aufsichtsbehörde gewesen, die Konzession zu erteilen, ohne mit der Stadt Berlin in Verbindung zu treten. Diese Charakterisierung wird durch die Zuschrift der „Großen" nicht mit einem Wort ins Unrecht gesetzt. (Beifall.)

Stadtv. **Cassel** (A. L.): Die zweite Ausführung des Referenten ist tatsächlich unrichtig gewesen, aber sie war auch keineswegs ausschlaggebend für unsere Beschlüsse. Die erste Berichtigung ist geradezu unverständlich; unsere Zustimmung lief nur bis zum Jahre 1919 und die Staatsbehörden hatten eine Genehmigung über diesen Zeitpunkt hinaus nicht erteilt.

Stadtv. **Dinse** (R. L.) bestätigt als Teilnehmer an den Verhandlungen mit der „Großen", daß niemals ein Zweifel darüber auf irgend einer Seite bestanden hat, daß durch die Verlängerung der Konzession bis 1919 voll ausgeglichen wurde, was die „Große" der Stadt Berlin leistete.

Stadtv. **Rosenow** (R. L.): Die „Große" sollte, wenn sie unseren Verhandlungen neuerdings so große Aufmerksamkeit schenkt, doch auch einmal nachlesen, was hier seinerzeit über den Abschluß der Verträge verhandelt worden ist. Durch ihre jetzige Einwendung verfällt sie nachgerade der Lächerlichkeit.

Damit ist die Besprechung des Briefes erledigt.

Die statistische Nachweisung über die

Frequenz in den Gemeindeschulen

am 1. November 1904 liegt vor.

Stadtv. **Borgmann** (Soz.): Bedauerlicherweise ist aus der diesmaligen Nachweisung ersichtlich, daß die Durchschnittsfrequenz in dem letzten Halbjahr gestiegen ist, wenn auch die Steigerung nur 0,04 beträgt. Die Durchschnittsfrequenz an sich gibt überhaupt kein rechtes Bild der Zustände unserer Gemeindeschulen. In einem großen Teil der Gemeindeschulen ist die Fassungskraft der 7. und 8. Klasse voll ausgenutzt und sind meist 68 und 69 Schüler untergebracht. Die Durchbildung der Kinder mit dem Pensum ist bei so großen Frequenzen nicht möglich; so absolvieren denn zahlreiche Gemeindeschüler das Pensum der Schule überhaupt nicht, sondern werden aus der 2. und 3. Klasse entlassen, und nur ⅓ erreicht die Absolvierung der 1. Klasse. Es muß doch dahin gewirkt werden, daß wenigstens der große Teil das Pensum überwindet. Inzwischen sind die Rektoren ermächtigt worden, die Klassen zu teilen, aber in der Nachweisung ist darüber nichts zu finden. Auch unsere Mietsschulen haben abermals eine bedeutende Steigerung erfahren; es sind jetzt 561 Mietsklassen. Das ist ein sehr schlimmer Zustand, namentlich für die Lehrer, Lehrerinnen und Rektoren; Schüler und Lehrer leiden darunter schwere Not. Die Barackenschulen sind ja den Mietsschulen noch vorzuziehen, sie dürfen aber nur ausnahmsweise und als Notbehelf benutzt werden; die Nachweisung muß auch darüber Auskunft geben. 13 fliegende Klassen sind nachgewiesen gegen 17 vorher; es wäre sehr erfreulich, wenn nicht mehr notwendig gewesen ist, in Aulen, Physikzimmern und dergl. fliegende Klassen unterzubringen, aber es ist auch möglich, daß man diesmal eine gesonderte Aufzählung dieser Fälle unterlassen hat. Die Frequenz in den untersten Klassen muß auf höchstens 45 heruntergesetzt werden, wenn der Unterrichtszweck bei den jüngsten Jahrgängen erreicht werden soll.

Stadtschulrat **Gerstenberg**: Der Durchschnitt von 47,29 nähert sich doch sehr diesem Ideal. (Zuruf.) Gewiß gibt es auch Klassen mit beträchtlich höherer Frequenz, es sind aber nicht meist 68 oder 69 in den untersten Klassen, sondern von 655 achten Klassen haben nur 24 Klassen 69, 15 Klassen 68 Schüler. Es ist beabsichtigt, von Ostern ab die Frequenz auf 65 herabzudrücken, auch soll bei der Aufnahme immer noch ein Vacuum von 4—5 festgehalten werden. Fliegende Klassen haben wir jetzt noch 13, vor vier Jahren noch 130; also eine unverkennbare Besserung. Die Teilung kann ja, wo sie erfolgt ist, künftig angegeben werden. Die Mietsschulen und Barackenschulen können wir bei dem rapiden Anwachsen des Schulbedürfnisses in den Außenbezirken nicht entbehren; es sind aber 17 Schulen im Bau begriffen.

Stadtv. **Preuß** (soz.-fortschr.): Nicht die Durchschnitts-, sondern die Maximalziffer ist das Entscheidende. Auch die Durchschnittszahl von 65 ist noch viel zu hoch. Ueber die Teilung der Aufnahmeklassen muß in der Nachweisung auch Auskunft gegeben werden.

Stadtv. **Cassel** (A. L.) billigt den letzteren Wunsch. Die Behauptung Borgmanns, daß nur ⅓ aller Schüler die erste Klasse absolviere, sei zutreffend. Diese wenig trostreiche Tatsache lasse sich zum Teil auf das neue Achtklassensystem zurückführen. Bei dem jetzigen System werde der größte Teil der Schüler nicht die erste Klasse absolvieren. Man werde noch einige Jahre die Wirkungen des jetzigen Systems abzuwarten, dann aber entschieden auf Remedur zu dringen haben.

Stadtv. **Wallach** (A. L.): Die schwache Besetzung der ersten und zweiten Klassen mit 18, 14, 13, 11 Schülern (so war es noch in der vorigen Nachweisung) ist ein sehr wunder Punkt unserer neuen Schulverfassung. Der Versuch, zwei Parallelklassen zu einer zusammenzulegen, soll am Widerstand der Rektoren gescheitert sein. Die Zahl der unbesetzten Plätze beträgt immer noch 39 000 oder 20 Proz. der Gesamtzahl.

Stadtschulrat **Gerstenberg**: Die vermehrte Teilung der unteren Klassen würde sehr viel Geld kosten. Ob sich das Achtklassensystem bewähren wird, läßt sich bis jetzt noch nicht beurteilen. Das Achtklassensystem besteht erst zwei Jahre; es sind heute dieselben Kinder in der ersten Klasse wie vor zwei Jahren. Damals hatten wir nur 18 Proz. in der ersten Klasse, heute 23 Proz.; die Frequenz nach oben nimmt also zu.

Stadtv. **Borgmann** (Soz.): Es ist zuzugeben, daß in dieser Nachweisung die Aulen- und ähnliche Klassen nicht mehr aufgeführt sind. Das muß wieder abgestellt werden. Fliegende Klassen sind obdachlose Klassen; Aulen sind viel zu groß als Klassenzimmer und dafür gar nicht geeignet. Wenn alle Pädagogen 40—50 für die richtige Frequenz halten, so ist doch mit 65 gar nichts erreicht; dann kann sich der Lehrer und die Lehrerin nicht so dem einzelnen Kinde widmen, daß es das Ziel der Volksschule erreicht. Sachsen hat doch seit Jahrzehnten die Achtklassen-Schule! Die Geldfrage darf überhaupt keine Rolle spielen. Die Frequenz gerade in den untersten Klassen muß bedeutend herabgesetzt werden.

Stadtschulrat **Gerstenberg**: Eine Aulaklasse hat ein Obdach, ist also auch nach Herrn Borgmann keine fliegende Klasse. (Rufe: Aul) Uebrigens sind die Aulaklassen in der Nachweisung aufgeführt.

Nachdem Stadtv. Cassel nachmals dem Kollegen Borgmann gegenüber seinen Standpunkt aufrecht erhalten hat, erklärt die Versammlung die Nachweisung durch Kenntnisnahme für erledigt.

Es folgt die Beratung des Antrages Antrick und Genossen, den Magistrat zu ersuchen, gegenüber den in der letzten Zeit sich mehrenden Abweisungen aufnahmebedürftiger Kranker in den städtischen Krankenhäusern schleunigst geeignete Vorkehrungen zu treffen.

Stadtv. Dr. **Weyl** (Soz.): Ich darf dem Magistrat meinen Dank aussprechen für das amtliche Material, welches er infolge meines Antrages innerhalb der letzten Woche uns hat zugehen lassen, denn dieses Material ist nur geeignet, meine Behauptungen zu stützen. Mein Material bezieht sich auf die Zeit von Ende Dezember bis heute; es geht daraus hervor, daß eine recht beträchtliche Zahl Kranker nicht aufgenommen ist, obwohl sie nach Ansicht der behandelnden Aerzte der Aufnahme in ein Hospital dringend bedurften. Ueber diese Notwendigkeit können gewiß verschiedene Auffassungen bestehen; oft kann der Krankenhausarzt der Meinung sein, die Aufnahme sei nicht notwendig. Diese Fälle, wo eine abweichende Anschauung von der Meinung des behandelnden Arztes vorlag, habe ich in meiner Statistik unberücksichtigt gelassen; ich bemerke aber allgemein, daß es doch auch sehr auf die Meinung des behandelnden Arztes ankommt, da der Krankenhausarzt sich in der nur wenige Minuten dauernden Untersuchung bei der Aufnahme absolut nicht genau von den Gesamtverhältnissen, der Ansteckungsgefahr, den Verpflegungsverhältnissen des Kranken in seiner Häuslichkeit unterrichtet ist. Daraus erklären sich zahlreiche Ablehnungsfälle, auf die ich als strittige hier verzichte. Es bleibt trotzdem eine recht hohe Zahl von Fällen übrig, wo Schwerkranke wegen Platzmangels abgelehnt sind. Mir steht natürlich das gesamte Material solcher aufnahmebedürftiger Kranken nicht zur Verfügung; ich war nur in der Lage, eine Art Privatenquete aufzunehmen, welche sich auf 13—14 Krankenkassen bezieht. Diese 14 Kassen zählen 220 Schwerkranke, die sämtlich hätten aufgenommen werden müssen, aber wegen Platzmangels zurückgewiesen sind. Nun könnte man sagen: Was gehen uns die Krankenkassen an, mögen sie doch eigene Krankenhäuser bauen! Es besteht wohl kein Zweifel darüber, daß gerade in den letzten Jahrzehnten das Krankenhaus überhaupt in den Vordergrund der öffentlichen Tätigkeit gestellt worden ist. Einmal aus technisch-medizinischen Gründen, dann aus Rücksicht auf die schlechten Wohnungsverhältnisse. Einen ganz beträchtlichen Einfluß darauf üben die politischen Momente, die Unterstützungswohnsitz- und die Versicherungsgesetzgebung aus. Die Gemeinden sind gesetzlich verpflichtet, jedem hülfsbedürftigen Arbeiter in geeigneten Fällen die Aufnahme in ein Krankenhaus zu gewähren. Es handelt sich hier nicht etwa um arme Kranke, für die die Stadt aufkommen muß. Von den Insassen der Berliner Krankenhäuser sind etwas über 40 Prozent Kassenkranke, die ihre 2,50 M. bezahlen. Die Kassen unterstehen doch zum großen Teil dem Magistrat, dieser hat die Durchführung der Statuten zu überwachen, wonach bei gewissen Voraussetzungen die Kranken in Krankenhäuser gebracht werden müssen. Die Bestrebungen der Krankenkassen, in der Richtung der Vereinigung zum Zweck der Errichtung eigener Krankenhäuser, hat der Magistrat bedauerlicherweise bisher nicht unterstützt. Würden die Kassen beschließen, ihre Kranken nicht mehr den Berliner Krankenhäusern zuzuwenden, so könnten Sie Krankenhäuser einreißen! Der Krankenhausverwaltung müssen wir vorwerfen, daß sie bis vor wenigen Tagen von der Ueberfüllung der Krankenhäuser nichts gewußt hat. (Sehr richtig!)

Am 3. Februar teilte mir der Rendant einer hiesigen Krankenkasse mit, es bestehe schon seit mehreren Wochen ein Notstand bezüglich der Unterbringung der Kranken. Ich begab mich sofort zum Stadtrat Straßmann, und der erklärte mir auf Grund der amtlichen Rapporte, das sei kaum denkbar; denn in jedem Krankenhause wären 20, 30, 40 Betten frei. Ich verwies auf mein Material und der Stadtrat erwiderte, dann müßte sofort der eine Pavillon am Friedrichshain eröffnet werden. Darüber vergingen mehrere Tage, die Kassen erklärten, sie seien nicht mehr in der Lage, selbst Schwerkranke unterzubringen. Am 7. Februar war Herr Straßmann schon weniger liebenswürdig und verwies mich an seinen Kollegen Weigert. Herr Weigert legte mir wieder die amtlichen Rapporte vor; daraus ergab sich, daß eine größere Reihe von Betten noch frei waren. Ein Schwerkranker wird nicht abgewiesen, erklärte Herr Weigert, und weiter: die Rettungsgesellschaft lügt, wenn sie erklärt, es sei kein Bett frei! Aus der Magistratsvorlage scheint hervorzugehen, daß die Verwaltung selbst sofort den Pavillon mit 67 Betten eröffnet hat, während dies erst durch unsere Intervention geschah. Unser Antrag ist nun aber auch nicht dadurch überholt, sondern der Notstand besteht noch heute. In unserer Krankenverwaltung ist doch noch manches im Argen, denn sonst könnte es sich nicht ereignen, daß am „Urban" am Abend des 1. Februar kein inneres Männerbett oder nur eins frei war bis zum 10. Februar. Die Betten in „Moabit" und „Friedrichshain" waren auch nur in ganz geringer Zahl frei. Dienstag, den 7. Februar, am Tage wo wir den Antrag stellten, war kein einziges Männerbett in Berlin frei! Am Abend des 10. Februar waren 49 innere Männerbetten frei. Wenn nun die 67 Betten nicht eröffnet worden wären, hätten doch 16 Betten gefehlt (Unruhe); eine vorausschauende Verwaltung hätte längst diese beiden Pavillons draußen eröffnet. Die amtliche Statistik bezieht sich bloß auf die ersten zehn Tage des Februar. In der Geschlechtskrankenstation ist auch längst kein freies Bett vorhanden. Trotzdem wird man wieder nachher sagen, die Verwaltung habe ihre Pflicht getan. Ich verweise auf die mir vorliegenden Schriftstücke von den Vorständen der Krankenkassen, welche amtlichen Charakter tragen und deren Inhalt auch Sie sofort zu einem solchen dringenden Antrage hätte bringen müssen. Herr Dinse unterstützte vor acht Tagen die Vertagung, um amtliches Material zu erlangen. Die alte Maschinenbauer-Krankenkasse, deren Vorstandsmitglied er ist, schreibt mir, daß die Abweisungen nicht alle notiert seien, aber mit Sicherheit könne angegeben werden, daß im Januar durch die Rettungsgesellschaft mehr als 30 abgewiesen seien, auch auf direkte Anfragen sind 30 Abweisungen erfolgt. Die Mehrzahl seien allerdings Geschlechtsleidende; aber eine solche Not sei noch nicht dagewesen, einzelne Personen seien drei, vier Tage lang immer wieder im Kassenlokal erschienen und wollten es nicht verlassen, so daß polizeiliche Hülfe angerufen werden mußte, weil die Leute nicht unterzubringen waren. Bei der Bildhauerkasse wurde ein Schwerkranker zurückgewiesen, der erst nach 14 Tagen Unterkunft fand und bald darauf starb. (Hört! hört! und Unruhe.) Die Berliner Rettungsgesellschaft selbst stellt Scheine aus, welche besagen, daß für den betr. Patienten kein Platz in den städtischen Krankenhäusern sei. Ich habe mehrere dieser Scheine hier. Ein solcher Patient begab sich aufs Rathaus und wollte hier seine Aufnahme bewirken; er wurde vom „Friedrichshain" abgewiesen, von der „Charité" auch, dann ging er an die Krankenhaus-Deputation, und da wurde ihm gesagt, er solle nur warten, bis etwas frei würde. Für Friedrich Janicki war am 7. Februar in keinem Krankenhaus Platz. Nach einem Schein vom Aufnahmearzt des „Urban" ist am 15. Februar, obwohl Patient an Lungenschwindsucht litt, derselbe wegen Platzmangels abgewiesen worden. (Stadtv. Sachs: Steht das drauf?) Jawohl, Herr Kollege Sachs. Die Orts-Krankenkasse der Schuhmacher hatte eine Frau mit schwerem Gelenkrheumatismus unterzubringen; die Frau wird in eine Droschke gesteckt und nach Moabit gefahren, wo ein Bett frei sein sollte, aber es war keins frei! (Hört, hört!) Die Schwerkranke mußte zurücktransportiert werden, weil kein Platz war! Ein Mitglied der Orts-Krankenkasse der Kaufleute sollte wegen hochgradigen Aufregungszustandes nach dem „Friedrichshain" gebracht werden, er wurde wegen Platzmangel abgewiesen. Aus welchem Grunde hat sich schließlich die Geschlechtskrankheiten-Station des Obdachs einen Stempel angeschafft: „Wegen Platzmangel abgewiesen"? (Heiterkeit.) Ein Kranker leidet an Herzmuskelschwäche, abgewiesen wegen Platzmangel, weil Aufnahme nicht dringend. Schon am nächsten Tage verschlimmert sich die Krankheit „Abgewiesen, weil absolut kein Platz", „Heute nirgends Platz". (Hört! hört!) Der Aufnahmearzt hat die anderen Krankenhäuser angerufen. Das war am 10. Januar! Liegt hier nicht eine Pflichtvergessenheit der Direktion vor? Warum erfährt die Verwaltung nichts davon, daß kein Platz war? Bei einem Schwindsüchtigen hieß es: „Nach telephonischer Rundfrage alles besetzt!"

In einem anderen Falle: „Seit drei Tagen nirgends ein Platz frei". In einem weiteren Falle heißt es auf dem Schein: „Schwer geschlechtskrank, mangels häuslicher Pflege und wegen Gefahr der Ansteckung dem Krankenhause überwiesen", trotzdem wird Patient vom Urban am 16. Januar wegen Platzmangels abgewiesen. Das wird auch dem Kollegen Sachs imponieren. Ebenso dort am selben Tage abgewiesen ein Mann mit Schwindsucht höchsten Grades und mit hohem Fieber. Hätten Sie dieses Material erhalten, so hätten Sie denselben Schritt getan. (Zustimmung.) Wir hielten uns für verpflichtet, durch unseren dringenden Antrag die Mißstände an den Pranger der Oeffentlichkeit zu stellen. (Unruhe.) Nicht aus politischen Tendenzen habe ich die Dinge vorgebracht, sondern aus rein sachlichen Momenten, und wir alle sollten empört sein darüber, daß solche Zustände in Berlin bestehen können. Die Leitung der Krankenhaus-Verwaltung ist rückständig, da muß etwas im Argen liegen, solche Uebelstände dürfen nicht einreißen, es muß vorbeugend entgegengearbeitet werden. Was soll geschehen, wenn eine Epidemie ausbricht? Will man dann auch paradieren mit den Rapporten: „Heute abend kein Bett frei"? Es ist unsere Pflicht, etwas mehr Dampf hinter den Magistrat zu machen, damit solchen skandalösen Zuständen ein Ende bereitet wird. (Lebhafter Beifall.)

Stadtrat **Weigert**: Solche Klagen über Ueberfüllung sind im Februar schon oft laut geworden. Unsere Krankenhäuser sind dann oft bis zum letzten Platz gefüllt. Wenn das neue Krankenhaus mit seinen 2000 Betten fertig sein wird, werden sich die Zustände bessern, aber auch jetzt kann ich in Abrede stellen, daß wirklich schwere Fälle zurückgewiesen worden sind. Ein Pavillon von 65 Betten ist ja bereits eröffnet; ein zweiter ist fertiggestellt und wird nach Bedarf auch eröffnet werden, aber für wirklich schwere Fälle. Im nächsten Winter kommen 150 Betten hinzu. Die Bemerkung „abgewiesen aus Platzmangel" heißt nicht, daß kein Platz vorhanden ist, sondern daß mit Rücksicht auf die besonders Schwerkranken diese Fälle zur Aufnahme nicht geeignet waren. (Heiterkeit. Rufe: Fein ausgeklügelt!) Es ist auch nicht richtig, daß wir den Pavillon auf Anregung des Stadtv. Weyl eröffnet haben. Das war schon geschehen am Tage, bevor er mit mir die Unterredung hatte, wo ich, ohne mir schmeicheln zu wollen, ihm recht liebenswürdig begegnet bin. Früher ihn zu eröffnen, lag keine Veranlassung vor. Glänzend ist ja die Ihnen von uns gegebene Statistik keineswegs; aber sie zeigt doch den steten Wechsel, der sogar an demselben Tage zwischen Morgen und Abend in der Zahl der verfügbaren Betten eintritt. Die „amtlichen" Mitteilungen von Kassenärzten, die der Antragsteller verwertete, sind auch nicht einwandsfrei.

Der Redner geht hierauf des näheren auf die vom Stadtverordneten Weyl vorgebrachten Einzelheiten ein und schließt:

In dem Moment, wo wir einen neuen Pavillon eröffnen, ist auch die Füllung geschehen. Im Interesse der wirklich Schwerkranken müssen wir zurückhalten, sonst läge er längst mit Jänickes und Janzkis voll. (Beifall).

Stadtv. **Nathan** (soz.-fortschr.): Wir haben es hier mit einer Sache von größter Bedeutung zu tun, und es ist nur zu bedauern, daß wir die Begründung nicht schon vor acht Tagen gehört haben (Große Unruhe); wir müssen dem Antragsteller dafür dankbar sein. (Erneute große Unruhe und Zwischenrufe.) Es ist eine liberale Aufgabe, Kritik zu üben, und gleichgültig, von wem der Anstoß dazu ausgeht. (Andauernde Unruhe.) Höchst interessant ist die Auffassung, die der Stadtrat von dem Worte Platzmangel hat; für ihn bedeutet sie nicht Mangel an freien Betten, sondern „zur Aufnahme nicht geeignet". Nun sind von 220 Fällen 3 als etwas abweichend gekennzeichnet worden, was wird dadurch an dem Ganzen geändert? Das Material des Dr. Weyl ist aber doch noch lange nicht erschöpfend. Nun können wir nicht Krankenhäuser aus der Erde wachsen lassen. (Stadtv. Sachs: Na also!) Aber zwei Baracken sind hergestellt worden. Was nützen uns nun die Baracken, wenn die Kranken nicht hineinkommen? Das Bild, das heute vorgeführt wurde, ist ein erschütterndes; (Großer Lärm.) wir müssen helfen und wir können helfen. Es liegen Mängel der Organisation vor, wir müssen das offen aussprechen und den Oberbürgermeister beauftragen, zu erwähnen, ob nicht auch an die Spitze unseres Krankenhauswesens eine Spezialität gestellt werden müsse, die sich diesem Zweig ausschließlich widmet. Ich beantrage, den Antrag einem Ausschuß von 15 Mitgliedern zu überweisen. (Wiederholter Beifall und Zischen.)

Oberbürgermeister **Kirschner**: Der Vorredner spricht von Mängeln in der Organisation und von erschütternden Zuständen. Solche Urteile sollte er doch erst abgeben, wenn volle Klarheit über die Sache bei ihm eingetreten ist. Dieses Ziel, jedem Kranken, der die Krankenhauspflege wünscht, diesen Wunsch zu erfüllen, wird nie erreicht werden. Die Gemeinde hat zunächst nur die Krankenpflege für die Armen als gesetzliche Pflicht. Die Zeiten haben sich allerdings geändert, aber eine gesetzliche Pflicht alle Krankenkassenmitglieder aufzunehmen, hat die Stadt nicht. Bei jedem Kranken, der 2,50 M. zahlt, sagen wir zu. Diese Verhältnisse sollten auch die Krankenkassen und ihre Aerzte nicht vergessen. Die Verhältnisse werden auch übertrieben; es sind nicht 220 Kranke, welche der Krankenhauspflege dringend bedürftig waren, abgewiesen worden. Was Herr Weigert sagen wollte, war: wegen Platzmangel unter den obwaltenden Umständen abgewiesen. (Zurufe.) Auch hat Herr Weigert nicht gesagt, daß ein Alkoholiker nicht aufgenommen werden soll, sondern bloß, daß der Betreffende zufällig Alkoholiker war. (Widerspruch.) Kritik ist berechtigt, aber Kritik und Kritik ist ein Unterschied; Kritik nur um der Kritik willen kann ich im städtischen Interesse nur bedauern. Sie stellen uns hin als solche, die aus Mangel an sozialer Einsicht so handeln (lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Wir haben doch ein geordnetes Verfahren. Aber Sie haben keine Beschwerde erhoben, sondern die Fälle bis zu 220 aufsummen lassen, und dann wollten Sie die Verwaltung „an den Pranger stellen". Darauf kam es Ihnen an und darin kann ich keine besondere Förderung der städtischen Interessen erblicken! (Lebhafter Beifall und Widerspruch.)

Stadtrat **Straßmann**: Wenn die hier angeführten Fälle als erschütternd gelten sollen, so kommen Sie aus den Erschütterungen gar nicht heraus. Sie können das soziale Elend nicht aus der Welt schaffen und wenn Sie noch zwanzig Krankenhäuser bauen, allein für die Geschlechtskranken hätten wir fünfzehn nötig. Alkoholiker, die nicht an Delirium tremens leiden, gehören nicht ins Krankenhaus. Die Anstellung eines besoldeten Chefs des Krankenhauswesens wäre ein sehr gewagtes Experiment. Kein Magistratsmitglied fühlt sich um eines Haares Breite mehr oder weniger verantwortlich, je nachdem es besoldet oder unbesoldet ist.

Stadtv. **Runge** (A. L.) beantragt, in Erwägung, daß vom Magistrat volle Aufklärung gegeben ist, zur Tagesordnung über den Antrag überzugehen. Herr Weyl solle doch sein Material der Deputation zur Verfügung stellen. (Lebhafte Zurufe: Ausschuß!) Was soll ein Ausschuß? Der Antrag hat ja seine Erledigung gefunden.

Stadtv. Prof. **Landau** (A. L.): Wir können doch die behaupteten Tatsachen hier nicht prüfen; höchst wahrscheinlich handelt es sich um viel mehr als 220 Abgewiesene. Ich halte nicht dafür, daß Organisationsmängel die Schuld tragen; aber es genügt doch nicht, die Kritik bloß anzuhören und dann zu erklären, daß man nichts damit zu tun haben will. (Zustimmung.) An die Spitze der Berliner Krankenhausverwaltung gehört ein städtischer Medizinalrat. Diese Forderung ist schon seit bald 30 Jahren erhoben worden. Die Verwaltung muß sich ferner ihre eigene Zentrale schaffen.

Stadtv. **Körte** (Fr. Fr.) schließt sich mit seinen Freunden dem Antrage Runge an. Der Beweis für die aufgestellten Behauptungen sei nicht erbracht.

Stadtv. Singer: Wenn Sie das Material gründlich prüfen wollen, müssen Sie einen Ausschuß niedersetzen. Durch das Hervorziehen von Organisationsfragen drängt man die Hauptsache in den Hintergrund; die Frage eines städtischen Gesundheitsamtes und eines Spezialchefs desselben wird später zu behandeln sein. Stadtrat Weigert hat heute in anerkennenswerter Weise viel weniger schneidig als sonst gesprochen, auch er dürfte von dem Material soweit erschüttert worden sein, daß er sofort zugestand, es seien Mängel vorhanden, wenn sie auch außerhalb der Verwaltung ihre Ursache hätten. Etwas anderes hat auch unser Antrag nicht behauptet. Nachher hat Herr Weigert freilich das gesamte Material damit zu entkräften versucht, daß er ganze drei Fälle herausgriff; die alte Methode, die wir lange gewohnt sind. Nicht etwa, daß er auch nur in diesen drei Fällen eine Unrichtigkeit nachgewiesen hätte. Daß ein Abgewiesener nicht wiederkam, beweist doch nichts gegen den Kassenarzt. Wir sind mit dem Verlauf der Angelegenheit ganz zufrieden. Wir waren nie solche Illusionäre, zu glauben, daß Sie Mängel in der Verwaltung zugeben werden, wenn wir sie Ihnen schwarz auf weiß nachweisen. Aber es wird hier eintreffen, was schon so oft eintraf: Sie streiten unsere Anklagen vor der Oeffentlichkeit ab und stellen nachher die Mängel ab. (Seht gut!) In gewissem Sinne ist das ja schon geschehen. Erst nachdem unser Antrag angekündigt war, ist die Eröffnung des neuen Pavillons erfolgt; erst am 8. und 9. Februar ist der Verwaltung ein Licht aufgegangen, am 7. lag unser Antrag vor. Der Oberbürgermeister hat zwischen Kritik und Kritik unterschieden; eine Kritik, die nur nach außen agitatorisch wirken will, läßt er nicht gelten. Nach dieser Unterscheidung sind wir die guten Kritiker; ich quittiere also dankend für seine Anerkennung. (Heiterkeit.) Aufs ernsthafteste muß ich mich dagegen verwahren, daß er unsere Tätigkeit, und nicht zum erstenmal, nicht als im Interesse der Verwaltung ausgeübt hinstellt, sondern als ausgeübt im Agitationsinteresse. Der Oberbürgermeister ist sehr beschäftigt, aber das könnte man von ihm verlangen, daß er einmal die Tätigkeit, die wir seit mehr als 20 Jahren hier ausüben, auf ihren sachlichen Wert prüft, daß er feststellt, was auf Grund unserer Anregungen hier geschehen ist; dann würde er eine andere Meinung gewinnen. Seine Ausführungen sind sehr billig, besonders wenn sie von Hurra und Hallo einer mit ihm gleichartig zählenden Mehrheit begleitet sind. (Sehr gut! bei den Sozialdemokr.) Er hatte heute wie früher nicht das Recht, die Schwere der Angriffe dadurch von der Sache abzulenken, daß er eine Rede gegen die Partei hielt.

Zur Sache selbst muß ich aufs tiefste bedauern, daß die städtische Verwaltung von einem Manne geleitet wird, der die sozialen Verpflichtungen zurücktreten läßt hinter juristischen Erwägungen. Wie der Leiter des Magistrats den Uebelstand in den Krankenhäusern damit rechtfertigen will, daß die Stadt nicht rechtlich verpflichtet ist usw., ist mir unerfindlich. Da hat der Oberbürgermeister einen schlechten Moment gehabt; er wird, wenn er die Sache überlegt, zu einer anderen Auffassung kommen. Den Gegnern der Stadt hat er die Möglichkeit gegeben, über die Kommune herzufallen als einer solchen, die sich nicht im geringsten ihrer sozialen Verpflichtung bewußt ist. Wenn die Städte nur zu sorgen haben sollten für die armen Kranken, so ist damit jede soziale Empfindung geleugnet. Man baut Gemeindekrankenhäuser, um den Gesundheitszustand der gesamten Bevölkerung zu bessern, nicht der schönen Augen der Patienten wegen. (Sehr richtig!) Die Krankenhäuser sind auch eine Versicherung für die Stadt selbst, und wenn wir nun aus dem Munde des Oberbürgermeisters hören müssen, daß den Kassen gesagt wird: Baut euch allein Krankenhäuser, oder wenn gewarnt wird, die Krankengelder zu erhöhen und die Kassenkranken vorgeschoben werden, um finanzielle Lasten von Berlin abzuwälzen, dann packen Sie ein mit Ihren liberalen Ideen! Sie kommen in der sozialen Fürsorge weit hinter Treuenbrietzen! (Lebhafte Zustimmung.) Es hat etwas Erschütterndes, von jenen Plätzen solche Politik verkünden zu hören; ich kann nur annehmen, daß der Oberbürgermeister in der Erregung des Moments diese Ausführungen gemacht hat. Die eigentümliche Auslegung des Begriffes „Platzmangel" durch Herrn Weigert suchte der Oberbürgermeister zu interpretieren und zwar „wohlwollend". Trotz allem bleibt bestehen, daß Schwerkranke haben abgewiesen werden müssen. Der Gummistempel: „Zur Aufnahme nicht geeignet" wird jetzt öfter gebraucht werden, abgewiesen wird der Patient nach wie vor; warum, kann ihm ja auch gleichgültig sein. Sind denn die Aufnahmeärzte die Berufenen zur maßgebenden Entscheidung über die Aufnahme? Es sind meistens junge Aerzte, die den einzelnen Fall nicht kennen, während der behandelnde Arzt weit besser und genauer unterrichtet ist. Wenn die Kassenärzte sich den Widerwillen des Magistrats ad notam nehmen und danach handeln, so würden sie den Patienten und damit der Bevölkerung außerordentlich großen Schaden zufügen. Für eine gute Behandlung zu Hause gehört doch zunächst, daß eine solche möglich ist und das ist bei den meisten Kassenkranken nicht der Fall. Heute versucht man die Krankenhauspflege als etwas Unnötiges hinzustellen; es haben sich in dieser Richtung die Ansichten des Magistrats sehr geändert. Und was ist der Grund? Die Scheu vor den Kosten, die Scheu davor, daß die Einkommensteuer um ein paar Prozent erhöht werden muß. Die Deputation bekommt von den Krankenhäusern eine Nachweisung der Entlassenen; wir brauchen auch eine Nachweisung der Abgewiesenen, getrennt nach den Gründen der Abweisung. Die Direktoren würden sich ja selbst ins Gesicht schlagen, wenn sie dringende Fälle als abgewiesen zugeben würden. Gar mancher der Herren Direktoren macht in der Deputation Vorschläge nach den verschiedensten Richtungen und erklärt, er könne die Verantwortung nicht weiter tragen (Hört! hört!), trotzdem aber geht aus anderen Gründen die Sache weiter. So rosig wie es hier hingestellt wird, liegen die Dinge nicht. Alle Hoffnungen beruhen jetzt beim Virchow-Krankenhaus, Jahr um Jahr vergeht, es wird nicht fertig, nicht einmal zum 1. Oktober wird eine Station eröffnet. Kollege Weyl hat die Fälle aus dem Januar erst im Februar bekommen, er hat also gerade so gehandelt, wie der Oberbürgermeister verlangte. Ich hoffe, daß auch der heutige Vorgang seine Früchte tragen wird; wir wünschen nur Durchberatung im Ausschuß, damit von dort Verbesserungsvorschläge kommen.

Oberbürgermeister Kirschner: Herr Singer hat sich ohne Grund entrüstet. Ich habe nur erklärt, daß diejenigen, die keinen gesetzlichen Anspruch haben, in Zeiten eines Notstandes etwas bescheiden und zurückhaltend sich verhalten sollen, und das halte ich aufrecht. Ich habe auch von sozialdemokratischer Seite oft schätzenswerte Anregungen erhalten, aber etwas ganz anderes ist es, wie die Dinge vorgebracht werden, wie man damit unsere Empfindungen verletzt. Die Gutachten der Kassenärzte ohne Nachkontrolle entscheiden zu lassen, muß auch Herr Singer für unmöglich halten. Heute ist sogar behauptet worden, daß auch für das städtische Krankenhauswesen der Kostenpunkt entscheidend ist. Die Entwickelung des Berliner Krankenhauswesens gibt niemand ein Recht zu dieser Behauptung, und wenn sie von jemand aufgestellt wird, der in der Verwaltung steht, so kann ich kaum annehmen, daß es mit vollem Bewußtsein geschehen ist. (Beifall.)

Stadtv. Cassel polemisiert heftig gegen die Stadtvv. Nathan und Singer. Herr Weyl hätte seinen Antrag zurückziehen müssen; das Verdienst, die Sache in Fluß gebracht zu haben, solle ihm gar nicht bestritten werden. Ein Ausschuß könne nichts weiter machen. Zum bloßen Raisonnieren sei man aber nicht da; die Ausschußberatung wäre nichts als Strafarbeit. Daher stimme er für die motivierte Tagesordnung.

Darauf wird ein Schlußantrag angenommen. Es folgen zahlreiche persönliche Bemerkungen.

Stadtv. Dr. Weyl: Die Behauptung des Oberbürgermeisters, ich hätte geflissentlich das Material zurückgehalten und anschwellen lassen, weise ich als gänzlich unbegründet zurück. Ich habe erst am 4. Februar Kenntnis davon erhalten.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag auf Ausschußberatung mit 53 gegen 28 Stimmen verworfen und darauf die motivierte Tagesordnung angenommen.

Schluß ½11 Uhr.

Versammlungen.

Erster Wahlkreis. Am Dienstag hatte der Wahlverein eine Versammlung für das Hansaviertel nach der Moabiter Brauerei einberufen. Der Referent, Reichstags-Abgeordneter Fräßdorf, sprach über das Thema: „Deutschland in der Welt voran!" Anknüpfend an dies Wort des Reichskanzlers, zeigte der Redner, daß Deutschland, wie es jetzt ist, mit seinem Militarismus, seinen Kolonialabenteuern, seiner Justiz, die nach dem Grundsatz handelt: Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe; daß Deutschland, wo die preußische Liebedienerei vor Rußland in höchster Blüte steht, nicht in der Welt vorangehen kann. Die Erfüllung der sozialen Aufgaben, die Gewährung politischer Freiheit, die Schaffung von Zuständen, welche Recht und Gerechtigkeit zur Geltung bringen, würden unserem Vaterlande den ersten Platz in der Kulturwelt sichern. Nicht die Politik der Herrschenden, sondern die Verwirklichung der Ideale, welche die Arbeiterklasse vertritt, bringen Deutschland in der Welt voran.

Der Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am Dienstag im Lokal von Keller in der Bergstraße eine sehr stark besuchte Mitgliederversammlung ab, in der Redakteur Ströbel einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Kulturfortschritt und gepanzerte Faust" hielt. Ausgehend von der Behauptung vieler Militärschwärmer, daß Kriege eine sittliche Verjüngung der Völker darstellen, bewies Ströbel an der Hand eines sehr zahlreichen Tatsachenmaterials, daß im Gegenteil die Kriege nicht nur eine sittliche und moralische Verrohung der Kriegsführer herbeigeführt haben, sondern daß in allen Kriegen auch die Massen der Soldaten dieser Verrohung anheimgefallen sind. Auch die Kriege in neuerer Zeit, besonders die Kolonialkriege, bestätigen diese Tatsache. Die Ausführungen des Vortragenden gipfelten in dem Satz, daß der Krieg das ärgste Hemmnis jeder Kultur sei, und es daher für uns nur die Parole geben könne: Nieder mit der gepanzerten Faust, nieder mit dem Militarismus. Unser Streben müsse es sein, vernünftige soziale Verhältnisse zu schaffen, den heutigen Klassenstaat durch eine gesundere Gesellschaftsform zu ersetzen. In der Diskussion gab Kuhnt einiges von den Erfahrungen zum besten, die er als Soldat bei der Besetzung von Kiautschou miterlebt hat. Mit einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden Freythaler fand die angeregt verlaufene Versammlung ihren Schluß.

In der Generalversammlung der Glaser gab Jahn den Geschäftsbericht. Aus demselben ist zu entnehmen, daß die Zahlstelle jetzt 700 Mitglieder gegen 450 am Jahresanfang hat. In dieser Zahl sind 125 Bleiglaser und Glasmaler, welche während und nach den gescheiterten und schon früher geschilderten Einigungsverhandlungen dem Verbande beitraten, mit einbegriffen. Im Berichtsjahr wurde eine Lokalarbeitslosenunterstützung eingeführt als Zuschuß zu der bereits bestehenden Unterstützung der Hauptkasse. Ferner ist die Einrichtung der monatlichen Bezirksversammlungen zu erwähnen, wodurch vor allem der Fluktuation unter den Mitgliedern gesteuert werden soll. Die Bezirksleiter haben regelmäßige Bücherkontrollen bei allen in ihrem Bezirk wohnenden Mitgliedern vorzunehmen und sollen sich besonders auch um die Zeitungslektüre der letzteren kümmern, damit immermehr die sogenannte parteilose Presse aus den Arbeiterkreisen verdrängt wird. Bei Schilderung der Lohnbewegung des Herbstes, als deren hauptsächlichste Errungenschaften die Anerkennung der Organisation durch den Arbeitgeberverband, die Erhöhung des Stundenlohns um 5 Pf. und die Errichtung des paritätischen Arbeitsnachweises zu betrachten seien, wurde auf den Kampf, welchen der Verband mit der Innung um den Nachweis zu führen hat, hingewiesen und aufgefordert, auf jeden Fall den gesperrten Innungsnachweis zu meiden. Gerühmt wurde das solidarische Verhalten der Bauhandwerker, ganz besonders der Stuklateure, während der Lohnbewegung den Glasern gegenüber, das auch jetzt erst wieder bewiesen wurde, indem auf dem Bau Spichernstraße sämtliche Bauhandwerker die Arbeit niederlegten, um zu verhindern, daß Streikbrecher die Glaserarbeiten fertigstellten. Beifällig aufgenommen wurde der Beschluß der Preßkommission des „Vorwärts", daß in Zukunft, weil die Arbeitsvermittelung nur durch den paritätischen Nachweis vor sich gehen soll, keine Annoncen nach Arbeitskräften im „Vorwärts" mehr aufgenommen werden. Als erster Vorsitzender wurden Jahn, als zweiter Rochow, als Branchenleiter der Bleiglaser Kündig einstimmig wiedergewählt. Die Wahl des Kassierers fiel auf Krause und die des Schriftführers auf Palm. Die übrigen Wahlen werden in der nächsten Versammlung vorgenommen werden.

Der Zentralverband der Töpfer (Filiale Berlin) erledigte am Dienstag in der Fortsetzung der Generalversammlung nach lebhafter Debatte die Vorstandswahlen. Gewählt wurden als 1. Vorsitzender (besoldet) Sorg, 2. Vorsitzender David, 1. Schriftführer Claveri, 2. Kassierer Bohnhammel, Beisitzer Deckert und Manthe, Revisoren Lesch und Lippitz, ins Arbeitsnachweis-Kuratorium Hagen, Heyn, Kozowreck und Frohberg. — Hierauf bewilligte die Versammlung zur Unterstützung der Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1500 M. Ein Antrag, den Vorstand zu ermächtigen, bei größeren Streiks selbständig entsprechende Geldbeträge den Streikenden zu übersenden resp. Extramarken zwecks Sammlungen auszugeben, wurde dem Vorstande zur sachlichen Vorberatung überwiesen.

Johannisthal. In der letzten Mitglieder-Versammlung des hiesigen Wahlvereins hielt Genosse Böske seinen dritten Vortrag über das Parteiprogramm. Da in diesem Vortrage die Frage des Generalstreiks angeschnitten wurde, entspann sich hierüber eine lebhafte Diskussion, aus welcher zu ersehen war, daß die Mehrzahl der anwesenden Genossen den Generalstreik verwerfen. Unter Vereinsangelegenheiten wurde vom Vorsitzenden zur Berichtigung der Lokalliste darauf hingewiesen, daß das Lokal von Gobin, früher Mertins, Roonstr. 2, frei ist und als Verkehrslokal zu betrachten sei; ebenfalls frei ist das Restaurant Jägerhaus, Inhaber Wendt, Friedrichstr. 1, ferner steht auch das Restaurant Lindenhof, Friedrichstr. 61, der Arbeiterschaft seit dem 1. Januar zur Verfügung.

Adlershof. Eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen, welche vom Gewerkschaftskartell von Adlerhof einberufen war, beschäftigte sich mit dem Klassenkampf im Ruhrgebiet und Bericht vom Kartell vom 1. Februar 1904 bis 31. Januar 1905. Zum ersten Punkt sprach Reichst.-Abgeordneter Georg Schöpflin. Eine Resolution, welche sich mit dem Vorgehen der Bergarbeiter einverstanden erklärte und ihnen materielle Unterstützung zusprach, wurde von der Versammlung einstimmig angenommen. Nachdem der Obmann des Kartellausschusses den Bericht über das erste Geschäftsjahr des Kartells gegeben hatte, meldete sich ein Diskussionsredner, der nur einige Worte gesprochen hatte, als der überwachende Gendarm wegen der Polizeistunde die Versammlung auflöste.

Wilmersdorf. Am Mittwoch tagte in Salomons Volksgarten eine gut besuchte Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins, in der Genosse Ströbel einen interessanten mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag hielt über: „Krieg und Kulturfortschritt". Die Versammlung ehrte das Ableben des Genossen Wilhelm Paul in üblicher Weise. Die Versammlung beschloß weiter, daß bei Aktionen über Berlin und die Vororte auch der Ort Wilmersdorf auf der Liste zu berücksichtigen sei.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wien, 16. Februar. (W. T. B.) Das Abgeordnetenhaus beendete die erste Lesung des Budgets. Fast sämtliche Redner sprachen sich gegen die Fortdauer der wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit mit Ungarn auf Kosten Oesterreichs aus. Das Budget wurde an den Budgetausschuß verwiesen. Das Haus begann hierauf die zweite Lesung der Refundierungsvorlage, deren Annahme der Berichterstatter Steinwender empfahl. Heute nachmittag hatte Abg. Graf Sternberg den Wiener Vertreter des Prager jungtschechischen Organs „Narodny Listi" in der Parlamentshalle tätlich beleidigt wegen der von dem Journalisten in seinem Blatt geübten scharfen Kritik an der gestrigen Rede des Grafen Sternberg. Am Schluß der Sitzung brachte darauf der jungtschechische Abgeordnete Kramarcz den Vorfall in einer Anfrage an den Präsidenten zur Sprache und gab seinem tiefen Bedauern Ausdruck, daß der Abgeordnete sich zu einem derartigen Vorgehen habe hinreißen lassen. Redner fragte den Präsidenten, ob er geneigt sei, seinem Bedauern sowie seiner Ansicht über den Vorfall Ausdruck zu geben. Der Präsident erklärte, er bedauere natürlich auf das tiefste, daß sich der Abgeordnete habe hinreißen lassen, den Vertreter der Presse tätlich zu beleidigen, er müsse es aber dem Beleidigten überlassen, auf gerichtlichem Wege Sühne zu verlangen.

Wien, 16. Februar. (W. T. B.) Der Zollausschuß des Abgeordnetenhauses beschloß, an die Regierung die Aufforderung zu richten, einen österreichischen autonomen Zolltarif auszuarbeiten, der sich gegen Ungarn für den Fall der Zweiteilung richten würde.

Paris, 16. Februar. (W. T. B.) Der Senat hat sämtliche Artikel des Militärgesetzes angenommen. Montfort erklärte, er werde dem Gesetz seine Stimme nicht geben, da es dem Lande nicht genügende Sicherheit gebe und die Lasten vermehre. Mehrere andere Redner erklärten ihre Abstimmung. Billot sprach die Hoffnung aus, der Präsident der Republik werde Einspruch erheben, bevor das Gesetz zur Anwendung komme. (Lebhafte Proteste auf der Linken.) Der Präsident der Militärgesetz-Kommission Freycinet erklärt: Die Kommission habe dem Gesetz erst ihre Zustimmung gegeben, nachdem sie die Gewißheit erlangt habe, daß die nationale Verteidigung nicht würde gefährdet werden. Freycinet führt sodann die bedeutenden Vorteile vor Augen, die das Gesetz in moralischer und sozialer Hinsicht biete; der Senat könne es mit voller Sicherheit und mit dem Bewußtsein annehmen, seine Pflicht erfüllt zu haben. (Lebhafter Beifall.) Der Kriegsminister verbreitet sich in längerer Ausführung über die glücklichen Folgen, welche das Gesetz in sozialer und militärischer Hinsicht haben würde. Schließlich wird das Militärgesetz im ganzen mit 239 gegen 37 Stimmen angenommen und sodann die Sitzung aufgehoben. Da der Senat verschiedene Aenderungen im Texte des Gesetzes vorgenommen hat, mußte es an die Kammer zurückgehen.

Grubenunglück.

Essen (Ruhr), 16. Februar. (W. T. B.) Auf der Zeche „Konstantin", Schacht Stärkrade, sind gestern nachmittag bei Schießarbeiten in der zweiten Sohle zwei Bergarbeiter getötet und zwei schwer verletzt worden.

Der Streik in Belgien.

Charleroi, 16. Februar. (W. H.) Im hiesigen Kohlenrevier ist eine wesentliche Zunahme der Streikenden zu verzeichnen. Es streiken über 33 000 Mann. Auch in dem Bezirk von Mons hat die Zahl der Ausständigen zugenommen. Verschiedene Gruben in Flenu und Cuesmes sind vollständig verlassen. In einem gestern abend in Deno stattgefundenen Meeting wurde die Fortsetzung des Ausstandes beschlossen. Der Versammlung wohnten auch 800 Frauen bei. Zwischenfälle sind nicht vorgekommen.

Lüttich, 16. Februar. (W. T. B.) Die Arbeit ist allgemein in allen Kohlenbassins von Lüttich und Umgegend wieder aufgenommen worden.

Untergegangener Dampfer.

Stockholm, 16. Februar. (W. T. B.) Der Karlskronaer Dampfer „Linnäa", der am 13. Januar mit Kohlen von Leanelly nach London abgegangen war, ist seitdem spurlos verschwunden. Die Zeitung „Stockholmstidningen" meldet jetzt, daß ein geretteter Matrose des Schiffes, der in einem englischen Hospital liegt, seiner Familie in Stockholm brieflich mitteilte, daß der Dampfer mit Mann und Maus untergegangen, er aber im letzten Augenblick von zwei englischen Lotsen gerettet worden sei.

Die Bewegung in Rußland.

Moskau, 16. Februar. (W. T. B.) In einer heute abgehaltenen Versammlung der Börsenvereinigung erlangte die konservative Partei das Uebergewicht, indem sie eine Adresse zur Annahme brachte, in welcher die Gefühle der Loyalität gegen den Thron und für das Prinzip der Selbstherrschaft ausgedrückt werden. Die Adresse der liberalen Minorität wurde abgelehnt, es wurden aber aus ihr einige Sätze in die angenommene Adresse aufgenommen, nämlich diejenigen, in welchen die Zuversicht ausgedrückt wird, daß, wenn der Kaiser die Vertreter Rußlands zusammenberuft, die Vertreter der Industrie und des Handels nicht würden vergessen werden, die so große Bedeutung für das Land haben.

Moskau, 16. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Die Mehrzahl der Studenten der Moskauer Universität hat beschlossen, ihre Studien vorläufig nicht wieder aufzunehmen.

Kiew, 16. Februar. (W. T. B.) Die Studenten der Medizin der hiesigen Universität haben einstimmig beschlossen, jetzt kein Staatsexamen zu machen. Sie haben sich bereit erklärt, als Mediziner des fünften Kursus sich als Aerzte in den Dienst des Volkes zu stellen.

Minsk, 16. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Gegen 500 Arbeiter der Werkstätten der Moskau—Brester Eisenbahn sind in den Ausstand getreten. Sie fordern achtstündigen Arbeitstag und Lohnerhöhung.

Strjemechitze, 16. Februar. (W. T. B.) Der Ausstand im Bassin Dombrowo dauert fort. Gestern zerstreuten in Sosnowice Kosaken eine Volksmenge, die sich aus Anlaß der erteilten Erlaubnis zur zollfreien Einfuhr ausländischer Kohle in der Nähe des Hospitals angesammelt hatte. Die Einfuhr von Steinkohle aus Preußen ist enorm, in Sosnowice treffen täglich 200 Waggons österreichischen Koks ein. Die Eisenbahnstationen werden militärisch bewacht.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

London, 16. Februar. Dem Reuterschen Bureau wird aus dem russischen Hauptquartier von gestern gemeldet: Die Japaner beschossen gestern und heute den Putilowhügel mit achtzölligen Geschützen und verwendeten 250 Pfund schwere Geschütze. Hieraus geht hervor, daß die Belagerungsgeschütze von Port Arthur in den Linien der Japaner aufgestellt sind; das russische Zentrum ist dadurch in eine neue schwierige Lage gebracht.

Explosion auf einem Unterseeboot.

Queenstown, 16. Februar. (W. T. B.) Wie nunmehr festgestellt ist, wurden durch die erste Explosion an Bord des Unterseebootes „A 5" drei Personen getötet, nämlich ein Unterleutnant, ein Mechaniker und der Oberheizer; zwei Mann werden vermißt. Das Kanonenboot „Hazard" eilte zur Hülfe herbei. Als die Mannschaften desselben sich an Bord des Unterseebootes begeben hatten, erfolgte die zweite Explosion; durch diese wurden 19 Personen verwundet, darunter ein Leutnant schwer. Die Explosionen geschahen bei Füllung der Gasolinbehälter des Bootes, das sich danach zur Vornahme von Tauchübungen nach der Hafenausfahrt begeben sollte.

Dampfer-Unfall.

Perth (Westaustralien), 16. Februar. (W. T. B.) Der Dampfer „Orizaba" der Orient-Linie, der sich auf der Fahrt von London nach Sydney befand, ist bei Garden Island gestrandet. Der Kreuzer „Katoomba" ist zur Hülfeleistung abgegangen. Das Wetter ist sehr ungünstig und man befürchtet, daß der Dampfer ganz wrack wird.

Tanger, 16. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der Sultan hat angeordnet, daß Mohamed el Torres sich unverzüglich nach Fez begibt.

Verantw. Redakt.: Paul Büttner, Berlin. Inseratenverantw. (mit Ausnahme der „Neue Welt"-Beilage): Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanst. Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Herrenhaus.

31. Sitzung vom 16. Februar, 1 Uhr.

Am Ministertische: v. Budde, Frhr. v. Rheinbaben, v. Podbielski.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bemerkt

Präsident Fürst Knyphausen, daß die Zeitungsnachricht, es werde am Freitag keine Sitzung des Herrenhauses stattfinden, auf einem Irrtum beruhe. Es werde jedenfalls am Freitag und möglicherweise auch am Sonnabend noch eine Sitzung stattfinden.

Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfs, betr. Maßnahmen zur Regelung der Hochwasser-, Deich- und Vorflut-Verhältnisse an der oberen und mittleren Oder.

Zu § 7, welcher von den durch die Ausführung des Gesetzes entstehenden Kosten handelt, liegt ein Antrag der Oberbürgermeister Richter-Frankfurt a. O. und Dr. Bender-Breslau vor, wonach 1. überall, wo in den Paragraphen Bestimmungen getroffen sind über Heranziehung der Korporationen und Verbände zu den Kosten, auch Privatpersonen einbezogen werden sollen, falls sie aus den Regulierungsarbeiten Vorteil ziehen. 2. Nach der Vorlage soll gegen den Beschluß des Bezirksausschusses über die Aufbringung der Kosten die Beschwerde an den zuständigen Minister stattfinden, welche beim Bezirksausschuß anzubringen ist und auch dem Regierungspräsidenten zusteht. Nach dem Antrage soll die Beschwerde gegen den Beschluß des Bezirksausschusses an den Provinzialrat stattfinden, welche auch dem Regierungspräsidenten zusteht. 3. Nach der Vorlage steht den Gemeinden die Heranziehung von Privatpersonen zu den Kosten zu, wenn diese Vorteil von den Regulierungsmaßnahmen haben.

Nach dem Antrage soll das Wort „Privatpersonen" durch „Grundeigentümer" ersetzt werden.

Oberbürgermeister **Bender-Breslau**: Nach der Vorlage soll die Provinz Schlesien beitragen zu den Kosten für Meliorationen, die weit über den Kreis der Provinz sich erstrecken. Die Provinz wird in Anspruch genommen für Meliorationsarbeiten, die notorisch für sie kein Interesse haben. Der Staat ist verpflichtet, die Vorflutverhältnisse zu regeln. Redner begründet ausführlich seinen Antrag.

Finanzminister Frhr. **von Rheinbaben**: Der Herr Oberbürgermeister hat Dinge vorgebracht, die viel mehr zur Kognition der Stadtverordneten-Versammlung von Breslau gebracht werden sollten. (Heiterkeit.) Die Staatsregierung hätte erwarten können, daß die gegenwärtige Vorlage, durch welche 60 Millionen Mark zugunsten der Provinz Schlesien aufgebracht werden sollen, eine bessere Aufnahme von seiten des Oberbürgermeisters der Provinzial-Hauptstadt hätte finden sollen. Seit Jahrzehnten hat die Stadt Breslau am lautesten über Hochwasserschäden geklagt. Jetzt mit einem Male, wo es sich ums Zahlen handelt, nimmt ihr Vertreter einen ablehnenden Standpunkt ein. Nun, mir kann es ja recht sein. Wenn das Haus die Vorlage ablehnt, behalte ich meine 40 Millionen im Sack. (Heiterkeit.) Ich möchte dann aber im nächsten Jahre nicht wieder die Klagen seitens der Stadt Breslau hören. Der Staat übernimmt vier Fünftel der Kosten. Was speziell den Kostenbeitrag der Stadt Breslau anlangt, so hat der Vorredner den Standpunkt eingenommen: ich kenne die Gründe der Regierung nicht, aber ich mißbillige sie. (Heiterkeit.) Es ist doch billig, daß die Stadt Breslau als Korporation eine ihrem Vorteil entsprechende Leistung übernimmt. Ueber die Höhe dieser Leistung steht aber noch nichts fest.

Oberbürgermeister **Bender**-Breslau: Ich habe gar nicht gesagt, daß wir das Gesetz ablehnen sollten, sondern nur darauf hingewiesen, daß es Bestimmungen enthält, deren Annahme wir nicht wünschen können.

Zur Geschäftsordnung beantragt Abg. Frhr. **v. Manteuffel** Rückverweisung an die Kommission. Der Antrag wird nach längerer Geschäftsordnungsdebatte angenommen.

Es folgt die Beratung und Beschlußfassung über die geschäftliche Behandlung des Gesetzentwurfs, betr. die Herstellung und den Ausbau von Wasserstraßen (Kanalvorlage).

Ministerpräsident Graf **Bülow**: Ich möchte, bevor die endgültige Entscheidung über die Kanalfrage fällt, in aller Kürze und in ganz sachlicher Weise die nachstehenden Gesichtspunkte hervorheben. Es ist seit meinem Amtsantritt mein Bestreben gewesen, die Kanalfrage auf dasjenige Gebiet zurückzuführen und zu beschränken, dem sie ihrer Natur nach angehört, auf das Gebiet der technischen, wirtschaftlichen und sachlichen Erörterung. Dadurch wird der Wichtigkeit der Frage kein Eintrag getan. Es handelt sich um eine grundlegende Frage des Verkehrs, um die Frage der besten Ausnutzung eines von der Natur uns geschenkten Gutes, die Verbesserung der Transportmöglichkeiten, der Landesmelioration usw. Ueber alle diese Fragen kann man verschiedener Meinung sein. Man kann darüber streiten, ob es richtiger ist, Kanäle zu bauen oder Schleppbahnen, ob die Verbilligung der Transportkosten in dem erstrebten Grade eintreten wird, ob die wirtschaftliche Annäherung der verschiedenen Landesteile in dem gewünschten Maße erreichbar ist, ob die für die Kanalbauten gewählte Trace die richtige ist, ob die Landwirtschaft aus der Regulierung der Wasserläufe die erhofften Vorteile ziehen wird. Alle diese Fragen müssen sich nach sachlichen Gründen entscheiden, und diese sind nach meiner festen Ueberzeugung und nach der Ueberzeugung der Mehrheit des Abgeordnetenhauses mit der Vorlage der Staatsregierung. Aber man kann diese Fragen behandeln, ohne eine Parteiangelegenheit daraus zu machen; man kann nach einer Verständigung suchen, ohne politischen Ueberzeugungen oder Grundsätzen das allermindeste zu vergeben. Ich rechne es der Staatsregierung und ich rechne er mir selbst zum Verdienst an, daß ich diese wirtschaftlichen Gesichtspunkte der Vorlage wieder in den Vordergrund geschoben habe. Ich habe mich auch nicht davor gefürchtet, mich in anscheinenden Widerspruch mit früheren Erklärungen zu setzen, und wenn man mir deshalb hier und da einen Vorwurf machen sollte, so getröste ich mich des alten griechischen Spruches: Die Hälfte ist mehr als das Ganze. Nur höchst ungern hat die Staatsregierung sich entschlossen, ein großes Stück des ursprünglich nach Lage der Verhältnisse als zu weitgreifenden Planes zu opfern, um den übrigen Teil zu verwirklichen. Aber die kgl. Staatsregierung glaubte den Verhältnissen, wie der Auffassung der preußischen Volksvertretung Rechnung tragen zu sollen, um den übrigen Teil des Programms zu verwirklichen. Aus dieser Erwägung und der Ueberzeugung, daß es ihre Pflicht sei, zunächst da helfend einzugreifen, wo die größten Schäden hervorgetreten sind, hat sich die königliche Staatsregierung auch bereit finden lassen, das gesamte wasserwirtschaftliche Programm in eine Reihe einzelner Vorlagen zu zerlegen und dabei die Verquickung von Arbeiten, von Projekten, die nach ihrem Inhalt schwer zusammenzufassen sind, zu beseitigen. Auf der anderen Seite kann ich mit Genugtuung konstatieren, daß die schweren Kämpfe früherer Jahre mit ihrer Verbitterung diesmal dem Hause der Abgeordneten ganz ferngehalten worden sind, daß man sich sehr sachlich und sehr versöhnlich auseinandergesetzt hat und auf diese Weise zu der wünschenswerten Verständigung gelangt ist. Die Meliorationsvorlagen kommen im wesentlichen dem Osten der Monarchie zugute, auch die Wasserstraßen-Entwürfe — bis auf einen — dienen den Interessen der Landesteile rechts der Elbe. Wenn wir den Bedürfnissen des Ostens in weitgehendem Maße mit erheblichen Kosten entgegenkommen, so würde es eine Zurücksetzung des Westens sein, wenn wir über seine Wünsche zur Tagesordnung übergehen. Dem Frieden unter den verschiedensten Landesteilen, dem Geiste der Eintracht und der Zusammengehörigkeit würde dadurch eine schwere Wunde geschlagen werden, eine schwere Wunde auch dem Solidaritätsgefühl zwischen Landwirtschaft und Industrie. In dem ersten Stadium der Kanaldebatte, die jetzt längst der Geschichte angehört, glaubten die Angehörigen der Landwirtschaft im Westen — ob mit Recht oder Unrecht will ich unerörtert lassen — daß der Industrie ein großer Vorteil zu ihren Ungunsten zugewendet werden sollte, ohne daß für den Osten und für die Landwirtschaft ein Gleiches geschehe. Was ist seitdem geschehen? Im Reiche haben wir unter schwierigen und langwierigen Kämpfen einen Zolltarif zu stande gebracht und Handelsverträge abgeschlossen, welche den berechtigten Forderungen der Landwirtschaft soweit entgegenkommen, als dies im Rahmen des Gesamtwohls und in den Grenzen des tatsächlich Erreichbaren nur irgendwie möglich war. In diesem Kampfe hat uns die Industrie treu zur Seite gestanden. In Preußen haben wir unter Aufwendung sehr erheblicher Mittel ein System von Maßnahmen zur Förderung und wirtschaftlichen Kräftigung des Ostens eingeführt — unter Mitwirkung der Industrie. Endlich sind die Meliorationsvorlagen für den Osten — ich erkenne das gern und dankbar an — unter Mitwirkung aller Parteien ohne Anstand Gesetz geworden, während nunmehr der Rhein-Leine-Kanal gebaut wird, so kann das auch in den Augen der östlichen Landwirte keine einseitige Bevorzugung der Industrie sein, sondern ein Schritt, der beweist, daß die Fürsorge des preußischen Staates allen Zweigen der erwerbstätigen Bevölkerung zugute kommt. Ich glaube, niemand hat mehr das Recht zu zweifeln an unserer aufrichtigen Teilnahme am Wohle der Landwirtschaft. Als aufrichtiger Freund der Landwirtschaft habe ich aber auch das Recht, zu warnen vor einer Uebertreibung derjenigen Tendenzen, die das Wohl der Landwirte einseitig hervorkehren. Eine solche Uebertreibung würde es sein, wenn jetzt derjenige Teil der Vorlage verworfen werden sollte, der den Vorteil der Industrie bildet. Dadurch würde die seit vielen Jahren gepflegte Solidarität beider Berufsstände, jene einst vom Fürsten Bismarck empfohlene Solidarität in die Brüche gehen. Das aber würde von Schaden sein für die Leistungsfähigkeit unseres ganzen wirtschaftlichen Systems. Wie die großen Industriezentren in Rheinland und Westfalen eingetreten sind für einen vermehrten Zollschutz der Landwirtschaft, so gebietet das Gerechtigkeitsgefühl, so gebietet die politische Klugheit, daß die Landwirtschaft die Industrie nicht im Stiche läßt, daß die Wünsche, die von der Industrie, die von großen Industriezentren seit vielen Jahren mit steigendem Nachdruck geäußert werden, berücksichtigt werden. Es ist keine ganz leichte Aufgabe gewesen, die Vorlage als wirtschaftliche Vorlage zu isolieren. Die Kämpfe der vergangenen Jahre haben wiederholt über den Punkt hinausgeführt, welcher die wirtschaftliche Diskussion vom politischen Streite trennt. Von diesem Streite ist viel offene und versteckte Erbitterung zurückgeblieben. Die königliche Staatsregierung und zu meiner großen Freude auch das Haus der Abgeordneten haben das Ihrige getan. Es ist an Ihnen, meine Herren, die Schritte zurückzulegen, die uns noch vom Ziele trennen. Lassen Sie uns hoffen, daß der alte Zwist endlich zu Grabe getragen wird. Treten Sie dem Beschlusse bei, so werden Sie sich wohl verdient machen um alle Teile des Landes, um die wirtschaftliche und politische Zukunft der preußischen Monarchie. (Lebhafter Beifall.)

Graf **v. Wartensleben**: Ich war ein entschiedener Gegner der alten Kanalvorlage, die ein kostspieliges und nutzloses Unternehmen darstellte und die notwendigen Meliorationen für den Osten nicht brachte. Hingegen sagte ich mir schon damals, daß in finanzieller, wirtschaftlicher und technischer Hinsicht von beiden Seiten gute Gründe ins Feld geführt werden konnten, ohne daß eine der beiden Parteien den Richtigkeitsbeweis für sich strikt führen konnte. Seitdem ist die Staatsregierung uns auf mehr als halbem Wege entgegengekommen. Ich bin durch die vielen Modifikationen der Vorlage noch kein prinzipieller Anhänger der Kanäle geworden; wohl aber ein warmer Anwalt der gegenwärtigen Kanalvorlage.

Graf **v. Mirbach**: Die Einleitung der heutigen Rede des Ministerpräsidenten stand in wohltuenden Gegensatz zu den Bemerkungen, mit denen der Ministerpräsident im August 1899 die dritte Lesung der damaligen Kanalvorlage einleitete. Er stellte damals für den Fall der Ablehnung der Vorlage weitgehende Folgen für das Verhältnis der Regierung zur konservativen Partei in Aussicht. Heute war von dergleichen erfreulicherweise nicht die Rede. Ich glaube auch nicht, daß es sich bei der alten Kanalvorlage um einen Gegensatz zwischen Industrie und Landwirtschaft handelte. Dieser Gegensatz war erst durch eine allerdings weitgehende Agitation in die Vorlage hineingetragen worden. Vielmehr handelte es sich damals um einen Gegensatz zwischen den rheinisch-westfälischen und den schlesischen Kohlengrubenbesitzern. Und da die Regierung unklug genug war, Schlesien nicht die mindesten Kompensationen zu bieten, so gelang es den oberschlesischen Carbonari (Heiterkeit) leicht, die Ablehnung der Kanalvorlage durchzusetzen. Die neue Kanalvorlage hat mit der alten eigentlich nur noch die Vernachlässigung des Gebietes rechts der Weichsel gemein. Der ehemalige Grundgedanke einer schiffbaren künstlichen Wasserstraße von der russischen nach der holländischen Grenze ist völlig verschwunden. Nun will ich meine Zustimmung zu dieser Kanalvorlage nicht von einer Kompensation für das Weichselgebiet abhängig machen; aber ich wünschte doch eine Erklärung der Regierung über die Frage einer Verbindung etwa des ostpreußischen Seengebiets mit dem Bromberger Kanal. Voraussetzung eines solchen Kanalbaues wäre natürlich, daß kein einheimischer Arbeiter bei ihm beschäftigt wird. — Die finanziellen Bedenken gegen das frühere Projekt, das große Summen à fonds perdu aufwenden wollte, sind durch Einführung der Schiffahrtsabgaben beseitigt. Aber in technischer Hinsicht bin ich noch immer zweifelhaft, ob nicht die Einführung des elektrischen Schnellbetriebes von dem westfälischen Kohlendistrikt nach Köln und Hannover dem Verkehrsbedürfnis besser und billiger genügt hätte, als der Rhein-Elbe-Kanal. Darüber erwarte ich noch Aufklärungen seitens der Regierung in der Kommission, der ich die Vorlage zu überweisen beantrage. (Zustimmung.)

Herzog zu **Trachenberg**, Fürst **v. Hatzfeldt**: Meine Freunde von der Neuen Fraktion werden ohne Ausnahme für die Vorlage stimmen. Wir haben schon im Jahre 1883 eine Resolution hier vorgelegt, in der wir ein einheitliches Kanalnetz für die ganze Monarchie forderten. Dieses Haus hat unseren Antrag damals fast einstimmig gutgeheißen. Ist diese Vorlage auch nicht seine Verwirklichung, so ist sie doch ein gut Stück des Weges dahin.

Oberbürgermeister **Haken-Stettin** will auch in diesem Stadium nicht unterlassen, auf die Bedeutung des Großschiffahrtswegs Berlin-Stettin für diese Stadt hinzuweisen.

Graf **Stolberg-Wernigerode**: Seit dem Jahre 1878 sind wir bemüht, die Grundsätze einer nationalen Wirtschaftspolitik einheitlich durchzuführen. Die Grundsätze einer nationalen Wirtschaftspolitik sind erstens erhöhte Schutzzölle. Ob die Zölle, die wir jetzt bekommen werden, genügen werden, ist zweifelhaft, jedenfalls bedeuten sie einen Fortschritt gegen früher. Zweitens verlangen wir, daß innerhalb unserer Grenzen sämtliche Artikel nach sämtlichen Richtungen möglichst billig transportiert werden können, damit die Entwickelung des ganzen Landes eine möglichst gleichmäßige sei. Wir leiden im Osten an zu großen Frachten auf große Entfernungen. Je geringer die Frachten zwischen Osten und Westen sind, desto vorteilhafter ist es für die östlichen Landesteile. Wir begrüßen jede Maßregel, durch welche diese Kosten ermäßigt werden, und für eine solche Maßregel halte ich den Mittelland-Kanal. Wir halten es für wünschenswert, wenn ein Kanal von Insterburg nach Thorn geführt würde, dann weiter von Thorn nach Bromberg, Küstrin, Hannover bis zum Rhein. Diese Vorlage bleibt hinter diesem Ideal sehr zurück, sie wird eine mehr oder weniger lokale Bedeutung haben, aber sie bewegt sich in der Richtung, daß der Verkehr zwischen dem Osten und Westen erleichtert wird. Ob dieser Kanal ein Torso bleiben wird oder ein Embryo, das sich nicht weiter entwickelt, kann heute niemand wissen. Ich werde es jedenfalls nicht erleben, daß der Kanal von Hannover bis zur Elbe gebaut wird. Ich halte zwar die Erledigung der Vorlage im Plenum für das richtigste, werde aber dem Wunsche nach Kommissionsberatung zustimmen.

Rittergutsbesitzer **Kullack**-Masuren bedauert, daß Ostpreußen in der Vorlage leer ausgegangen sei und hofft, daß das masurische Kanalprojekt nicht als aufgehoben, sondern nur als aufgeschoben zu betrachten sein möge.

Graf **v. Schlieben** erklärt sich namens einer Minderheit seiner Freunde gegen die Vorlage.

Oberbürgermeister **Struckmann**-Hildesheim erklärt sich für die Vorlage.

Graf **zu Eulenburg**-Prassen: Der masurische Kanal ist nicht mit dem identisch, von dem Herr Graf v. Mirbach sprach, das ist der sogenannte Mirbachkanal. (Heiterkeit.) Seine Ausführung wird aber technisch unmöglich sein wegen Terrainschwierigkeiten. Wenn die Kanalfreunde vom masurischen Kanal sprechen, so ist das direkt ein Nonsens. Denn wer die Karte kennt, weiß, daß die Stadt Königsberg zwar an einem Fluß, dem Pregel, liegt, daß dieser aber nicht fließt. Die umliegenden Ländereien ersaufen geradezu, und deshalb wäre es erwünscht, wenn der Pregel eine Melioration erfahren würde.

v. Klitzing: Insbesondere freue ich mich über den Paragraphen der Vorlage, der die Schiffahrtsabgaben enthält.

Oberbürgermeister **Koerte**-Königsberg: In der ostpreußischen Bevölkerung herrscht Einstimmigkeit in der Bevorzugung des masurischen Kanals, der Vorschlag des Grafen Eulenburg würde zu einer schweren Schädigung der ganzen Provinz führen.

Graf **v. Mirbach**: Der masurische Kanal würde in seiner Bedeutung wesentlich gehoben werden, wenn er das Endglied einer großen Wasserstraße bis zur Weichsel würde. Dem Grafen Eulenburg bin ich dankbar, wenn er diesem Kanal meinen Namen beigelegt hat. (Heiterkeit.)

Oberbürgermeister **Becker**-Köln: Bei der Frage der Schiffahrtsabgaben gehen die Meinungen weit auseinander. Ich werde, trotzdem ich ein großer Anhänger der ganzen Kanalvorlage gewesen bin, doch für diesen beschränkten Teil stimmen und auch das Schleppmonopol und die Abgaben in Kauf nehmen.

Nach einer kurzen Berichtigung des Oberbürgermeisters **Koerte**-Königsberg gegenüber dem Grafen Eulenburg bemerkt

Präsident Fürst **Knyphausen**: Ich hoffe, daß damit der Friede in Ostpreußen wieder hergestellt ist. (Große Heiterkeit.)

Damit ist die Debatte geschlossen. Die Vorlage wird einer Kommission von 25 Mitgliedern überwiesen.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr (Oder-Regulierung und kleine Vorlagen).

Schluß 5 Uhr.

Handelsvertrags-Kommission.

Donnerstag, den 16. Februar, vormittags 10 Uhr.

Die Sitzung beginnt mit der Beratung des

russischen Handelsvertrags.

Abg. **Molkenbuhr** fragt an, ob neben den im Vertrag enthaltenen Bestimmungen über Zulassung von Arbeitern auch noch weitere Bestimmungen getroffen oder in Aussicht genommen seien in bezug auf den Schutz der Arbeiter. Bei Beratung der Novelle zum Invaliditätsversicherungs-Gesetz habe man auf Drängen der russischen Regierung die russischen Landarbeiter für nicht versicherungspflichtig erklärt. Für diese Einmischung der russischen Regierung in innere Angelegenheiten Deutschlands lag keine Bestimmung des deutsch-russischen Handelsvertrages vor, die es zuließ. Er fragt an, ob in bezug auf die Arbeiterfrage noch weitere Abmachungen bestehen, die ähnlich wie jene Bestimmung des Invaliditätsgesetzes die Arbeiter eines Vertragsstaates in Rechtsansprüchen differenziere.

Ministerialdirektor **v. Körner** erklärt, daß weitere Abmachungen nicht existieren.

Abg. **Singer**: Ich möchte hier Veranlassung nehmen, eine andere Frage zur Erörterung zu bringen. In dem Vertrage ist die bisher bestehende ungleiche Behandlung der christlichen und jüdischen Handelsreisenden in bezug auf die Zahlung für die Gewerbelegitimation beseitigt. Ich frage nun an, ob die Regierung Sorge getragen hat, daß überhaupt alle Juden in Rußland gleich den anderen behandelt werden sollen? In weiten Teilen Rußlands soll den Juden der Eintritt noch immer verboten sein; hat denn die Regierung gegen diese entwürdigende Stellung, die Deutschland hier Rußland gegenüber einnimmt, nichts unternommen? Bei den Opfern, die mit dem russischen Handelsvertrag Rußland gebracht werden, hätten doch deutsche Forderungen der Art Berücksichtigung finden müssen. Ich frage daher an, welche Anstrengungen gemacht worden sind, jüdischen Reisenden überall in Rußland gleichen Zutritt zu verschaffen wie anderen, und ich frage ferner an, ob Vorkehrungen getroffen sind, daß nicht auf dem Umwege über die gestatteten Gemeindezuschläge die bisherige Differenz im Preise der Gewerbelegitimation zuungunsten der jüdischen Handelsreisenden wieder eingeführt werde.

Ein **Regierungsvertreter** erklärt, daß alle Anstrengungen nicht imstande gewesen seien, die Gleichstellung der Juden zu erlangen, nur in bezug auf die Handlungsreisenden seien eben einige Konzessionen gemacht worden. Hinsichtlich der zweiten Frage sei nichts zu befürchten, da die russischen Gemeinden die Zuschläge prozentual zu den Staatsabgaben für Gewerbelegitimationen erheben.

Abg. **Kaempf** schließt sich den Ausführungen des Abg. Singer an und kritisiert ebenfalls scharf die Behandlung der Juden in Rußland.

Unterstaatssekretär **Wermuth** verspricht zu versuchen, auf der jetzigen Basis später noch mehr zu erreichen. Im übrigen aber seien ja nur Wünsche hinsichtlich der Handlungsreisenden laut geworden.

Abg. **Singer**: Die befragten Handelskreise äußern natürlich nur ihre speziellen Wünsche, aber es ist doch nicht zu viel verlangt, wenn man von der Regierung so viel Verständnis für die Sachlage erwartet, daß sie über die engen Berufsinteressen hinaus sieht. Es muß eben den Juden der Eintritt ganz allgemein gestattet werden. Die Regierung will Anstrengungen gemacht haben, das zu erreichen, ich zweifle aber sehr daran, daß diese Anstrengungen so groß waren wie die zur Wahrung der agrarischen Interessen. Die Gouvernements, welche den Juden noch nach wie vor den Eintritt versagen, sind natürlich dem deutschen Export, soweit er sich jüdischer Hilfskräfte bedient, verschlossen. Ich bestreite nicht, daß schon eine kleine Verbesserung erzielt wurde, aber Verhältnisse zu beseitigen, die aller Kultur ins Gesicht schlagen, ist doch noch kein Verdienst. Die günstige Gelegenheit hat die Regierung nicht benutzt, vielleicht auch nicht benützen wollen. Nach dem bisherigen Verhalten der deutschen Regierung kann man auch die Hoffnung des Abg. Kaempf nicht teilen, daß es besser wird.

Staatssekretär **v. Posadowsky** beteuert, daß man Anstrengungen gemacht habe, die Gleichstellung der Juden zu erlangen, aber es sei nichts zu erreichen gewesen. Er entschuldigt das mit den „russischen Verhältnissen". Unterstaatssekretär Wermuth bestreitet nochmals, daß die russischen Konzessionen nichts wert seien. So dürften ja jetzt die jüdischen Handlungsreisenden der Konfektionsindustrie doch Rußland bereisen. Abg. **Singer**: Die Konfektionsausfuhr nach Rußland ist von gar keiner Bedeutung mehr. Im übrigen ist die Sache weniger vom Nützlichkeits- als vom Gerechtigkeitsstandpunkt aus zu betrachten.

•

Die Beratung wendet sich nun dem Tarife zu. Die Abgeordneten Gothein, Sieg, Reitich, Wolff und Speck besprechen den Zucker-, Hopfen- und Traubenzoll. Soweit sich's um Schädigungen Deutschlands handelt, versichern die Regierungsvertreter wie schon

gestern, daß sie sich die größte Mühe gegeben haben, es sei aber nicht mehr zu erreichen gewesen. Bei dem Zoll auf Holzwaren bespricht Abg. Molkenbuhr die Einrangierung der Zigarrenwickelformen unter die feinen Drechslerwaren, während sich's doch um ganz grobe, roh bearbeitete Holzwaren handele. Abg. Bernstein weist auf die Schädigung der deutschen Werkzeug- und Werkzeugmaschinenindustrie durch die Zollerhöhungen hin. — Natürlich wird vom Regierungstisch eine solche Schädigung bestritten.

Abg. **Gothein** kritisiert scharf **den Mangel an Material,** unter dem die Kommissionsmitglieder zu leiden haben, wie überhaupt alle Abgeordneten. Es offenbare sich darin eine unerhörte Nichtachtung des Reichstages. Jede Beratung sei geradezu illusorisch gemacht, denn man sei gar nicht in der Lage, die Tragweite der Verträge zu überblicken. Man rede geradezu in die blaue Luft, und die ganzen Kommissionsverhandlungen seien durchaus überflüssig.

Vorsitzender **Spahn** betenert, er habe sich die größte Mühe gegeben, Material zu beschaffen, aber er konnte nichts erreichen.

Ministerialdirektor **v. Körner** meint, die Abgeordneten hätten sich ja das Material durch den Buchhandel beschaffen können. (Große Unruhe.)

Die Abgg. **Beumer** und **Kaempf** schließen sich der Gotheinschen Kritik an und wenden sich gegen den Regierungsvertreter. Abg. **Singer:** Ich habe im Seniorenkonvent schon auf die Mangelhaftigkeit des Materials hingewiesen. Die Art, wie uns das Material vorenthalten wurde, erweckt den dringenden Verdacht, daß man alle Klarheit vermeiden und die Verträge schnell durchpeitschen wollte. Es ist in der Tat ein starkes Stück, wenn man den diätenlosen Reichstags-Abgeordneten zumutet, sich das Material zu ihrer Tätigkeit durch den Buchhandel zu besorgen. Es scheint, daß der intime Verkehr deutscher Behörden mit Rußland schon sehr stark abgefärbt hat. Ich stehe auch auf dem Standpunkt, daß unsere Beratungen einen Zweck nicht haben, denn es ist ganz unmöglich das Material vollständig zu beherrschen in der kurzen Zeit, die wir die Verträge in den Händen haben, selbst wenn man dabei Tag- und Nachtschichten macht. Einige Spezialisten bringen hier zu einigen Positionen ihre Wünsche und Beschwerden vor, sonst aber bleibt die Bedeutung der Verträge und Tarife in ihrer Gesamtheit völlig im Dunkeln. **In keinem Lande dürften Gesetze von solcher Tragweite mit solcher Lässigkeit gemacht worden sein,** wie es hier mit den Handelsverträgen geschieht. Die einzige Möglichkeit, hier noch etwas zu tun, wäre, einige Wochen auszusetzen, bevor die Sache im Plenum weiter behandelt wird.

Vorsitzender **Spahn** und Graf **v. Posadowsky** versichern, daß nicht mehr Material zu beschaffen gewesen sei. Abg. **Speck** schließt sich für seine Person den Klagen an. Er, der sich berufsmäßig mit den Fragen zu beschäftigen habe, sei heute noch nicht in der Lage, die Bedeutung der Verträge zu übersehen.

Damit war diese peinliche Debatte beendet. Die Kritik einzelner Tarifpositionen wird fortgesetzt.

Abgg. **Beumer** und **Gothein** bemängeln die Maschinenzölle und die Zölle auf Kleineisen-Industrie. Verschiedene Räte vom Regierungstisch versichern wieder, welche große Mühe sich die Regierung gegeben habe, viel zu erreichen. Geh. Reg.-Rat **Müller** erzählt, daß sich noch am letzten Tage Graf v. Posadowsky bemüht habe, die Maschinenzölle herabzudrücken, es sei vergeblich gewesen. Abg. **Bernstein** stellt fest, daß doch eine wesentliche Verschiebung zuungunsten der deutschen Maschinenindustrie eingetreten sei; jetzt müsse man schon einen Rückgang des Exports konstatieren, in Zukunft werde dieser Rückgang bedeutend verschärft werden, bis zum völligen Ausschluß der deutschen Industrie.

Nach einigen weiteren Bemerkungen zu verschiedenen Positionen geht man zu dem **deutschen Vertragstarif** über.

Bei den ersten Positionen, **die Getreidezölle** betreffend, entspinnt sich eine sehr umfangreiche agrarische Debatte über die **Einfuhrscheine.** Abg. **Gamp** bedauert, daß die Regierung nicht in aller Eile ein Sperrgesetz gemacht hat, durch welches die Grenzen auch schon für die Zeit bis zum Inkrafttreten der Handelsverträge gegen die Einfuhr von billigerem Getreide gesperrt werden. Die Abgg. **Osel** und **Wolff** verlangen gesetzliche Maßregeln über die Einfuhrscheine.

Abg. **Bernstein:** Ich glaube, die Tendenz eines solchen Gesetzes soll dahin gehen, Ausfuhrprämien durch Einfuhrscheine zu schaffen. Wir haben jetzt fast **Notstandspreise,** denn die Lage wird besonders verschärft durch die **hohen Kartoffelpreise** und da müssen wir einem solchen Gesetz mit Nachdruck entgegentreten, besonders aber auch einer Ueberhastung in solcher Gesetzesmacherei. Abg. **Speck** bestreitet, daß Notstandspreise bestehen und kündigt eine Resolution über die Frage an.

Die weitere Debatte über einige Positionen, an der sich die Abgg. Sieg, Speck, Colshorn, Gothein, Rettich und Kanitz beteiligen, ist ohne Belang.

Damit ist der russische Handelsvertrag erledigt.

Nun geht's im Galopp durch die anderen Verträge hindurch. **In einer halben Stunde werden drei Handelsverträge „beraten"!** Dieses parlamentarische Bravourstück geht folgendermaßen vor sich:

Handelsvertrag mit Italien: Vors. **Spahn:** Zum Vertrag liegt keine Wortmeldung vor — er ist erledigt. Wir kommen zu Tarif A (dem italienischen Tarif), wird das Wort begehrt? Abg. **Blankenhorn** wünscht eine präzisere Fassung der Position Weintrauben. Wird von der Regierung zugesagt. Abg. **Rettich** behandelt eine Gärtnerpetition, Abg. **Wolff** die Positionen Obst, Abg. **Speck** kündigt eine Resolution über den Weinverkehr an und Abg. **Gothein** tadelt die Erhöhung der Teigwarenzölle. Ein Regierungsvertreter antwortet in der üblichen Weise — dann ist der Tarif A erledigt.

Zu Tarif B (dem deutschen Vertragstarif) liegen keine Wortmeldungen vor — der italienische Handelsvertrag ist demnach erledigt.

Handelsvertrag mit Belgien. Zu dem Vertrag und zu dem Tarif A (belgischen) liegen keine Wortmeldungen vor, zu dem deutschen Tarif (B) macht ein Redner eine kurze Bemerkung und — in fünf Minuten ist der belgische Handelsvertrag erledigt!

Es fehlen noch 5 Minuten zu 1 Uhr, um 1 Uhr soll die Mittagspause eintreten. Abg. Singer ruft höhnend: Wollen wir nicht schnell noch einen Vertrag fertig machen? Machen wir, denkt der Vorsitzende Dr. Spahn und zur Debatte wird gestellt der

Handelsvertrag mit Rumänien. Zum Vertrag wird das Wort nicht begehrt. Zu dem Tarif macht Gothein die Bemerkung, daß dieser Vertrag unter aller Kanone sei. Man müsse erwarten, daß die österreichischen Unterhändler geschickter sind und einen besseren Vertrag mit Rumänien zustande bringen, damit wir dann wenigstens einigermaßen auskommen. An diese Bemerkung schließt sich ein Geplänkel zwischen den Regierungsvertretern und Gothein. Staatssekretär v. Richthofen erklärt mit Emphase: Der Handelsvertrag mit Rumänien, der nach Gothein unter aller Kanone sein soll, entspreche den Wünschen der Mehrheit des Reichstages.

Es sprachen noch Handelsminister Möller, Graf v. Posadowsky, und Abg. Singer weist darauf hin, daß die Konfektions-Industrie gegenüber Rumänien durch diesen Vertrag exportunfähig gemacht werde. Damit ist auch dieser Vertrag erledigt.

10 Minuten nach 1 Uhr tritt die Mittagspause ein.

* * *

Nachmittags-Sitzung.

Wie die Vormittags-Sitzung geschlossen, so beginnt die Nachmittags-Sitzung; ohne daß ein Wort darüber verloren worden wäre, wird der Handelsvertrag mit Serbien für erledigt erklärt. An dieser Art der Beratung trifft keinen der Abgeordneten die geringste Schuld. Die Schuld liegt allein bei der Regierung, die nichts ordentlich vorbereitet hat.

Der Handelsvertrag mit der **Schweiz** führt zunächst zu einer ziemlich ausgedehnten Erörterung des Veredelungsverkehrs. Abgeordneter **Gothein** tritt unter Vorführung vieler Einzelfälle dafür ein, daß das Recht auf die Veredelungserleichterungen reichsgesetzlich sichergestellt werde. Er weist insbesondere auf die Verschiebungen der Industrieverhältnisse durch die Syndikate hin. Der sächsische Regierungskommissar **Rüger** erklärt, daß die Aufhebung der Verpflichtung, für Sachsen den Stickerei-Veredelungsverkehr zuzulassen, von dem Streben diktiert worden sei, die qualifizierte **Handstickerei** zu unterstützen, während die Schweizer Stickindustrie nur minderwertige Schiffchenstickerei in Sachsen ausführen lasse. Das habe vielfach zu Lohndrückerei geführt.

Abg. **Molkenbuhr:** Das sei doch sehr unwahrscheinlich, daß die Vermehrung der Arbeitsgelegenheit ein Sinken der Löhne zur Folge gehabt haben soll. Gewöhnlich habe sie Lohnsteigerung zur Folge. Gegenüber Beumer ist darauf hinzuweisen, daß man den deutschen Industriellen nicht noch verbieten kann, Halbfabrikate, welche in Deutschland von den Syndikaten verteuert, dem Auslande aber billig geliefert werden, wenigstens im Veredelungsverkehr weiter zu verarbeiten. Zu welchen Schädigungen der Industrie die Syndikatspolitik führt, hat sich in der Kartellkommission gezeigt; so ist es vorgekommen, daß ein Fabrikant seinen holländischen Geschäftsfreund veranlaßte, eine große Quantität Halbfabrikate zum billigen Auslandspreis zu kaufen, sie aber im Moment, wo sie die Grenze passieren sollte, anhalten und zusenden zu lassen.

Abg. **Beumer** will wiederholen, daß er nicht gegen den Veredelungsverkehr sei, es müsse aber dafür Sorge getragen werden, daß derselbe nicht den Zolltarif durchlöchere. Entweder haben wir einen Zolltarif oder nicht.

Abg. **Gothein** geht noch einmal auf die Notwendigkeit ein, den Veredelungsverkehr sicher zu stellen; er erinnert an die Theorie Lists, daß der Schutzzoll darauf gerichtet sein müsse, sich selbst überflüssig zu machen.

Abg. **Bernstein:** Die Sache ist in der Tat wichtig. Die Veredelungsindustrien sind fast ausnahmslos Industrien, bei denen die menschliche Arbeit die größte Rolle spielt, im Gegensatz zu den kartellierten Industrien der Halbfabrikate. Die von Molkenbuhr betonte billigere Abgabe von Halbfabrikaten an das Ausland spielt hier eine große Rolle. Es ist doch unerhört, wenn man deutschen Industriellen selbst im Veredelungsverkehr die Vergünstigungen nicht sichern wolle, die die Kartelle ausländischen Fabrikanten gewähren.

Abg. **Müller-Fulda** führt als Beitrag den Fall eines großen Emailwerkes mit 700 Arbeitern, wo 80 Proz. der Arbeit Veredelungsarbeit sei, an.

Nach dieser allgemeinen Erörterung geht die Kommission zu den Tarifen über; die Abgg. Blankenhorn und Speck leiten die Erörterung mit Spezialwünschen ein. Abg. **Bernstein** verweist dann auf die große Schädigung der Leder- und Schuhwaren-Industrie, welche aus den Zöllen erwächst. Abg. **Heyl zu Herrnsheim** muß dem zustimmen, will aber finden, daß die amerikanische Konkurrenz noch gefährlicher sei. Dem tritt Abg. **Bernstein** unter ausführlicher Darlegung von Gründen entgegen. Die Debatte, an der sich Gothein, einige Regierungsvertreter und wiederholt Bernstein und Heyl zu Herrnsheim beteiligen, spinnt sich zum sichtlichen Verdruß des Vorsitzenden eine ganze Weile fort.

Abg. **Herbert** lenkt die Aufmerksamkeit auf die große Benachteiligung der Konfektionsindustrie. Die Konfektionsindustrie ist eine Heimindustrie und hat sehr niedrige Löhne; es ist zu befürchten, daß die Löhne noch niedriger werden. Aehnlich liegt es bei Wirk- und Strickwaren.

Damit ist auch der Schweizer Handelsvertrag als letzter erledigt.

*

Darauf wurden einzelne Anfragen und Wünsche, welche nicht unmittelbar mit den Verträgen oder Tarifen in Verbindung stehen, besprochen. Sodann geht die Kommission zur Beratung der Resolutionen über.

Abg. **Speck** begründet seine gestern mitgeteilte Resolution, nach der für Malz und Mehl höhere Eisenbahntarife eingeführt werden sollen. Abg. Bernstein wandte sich gegen die Resolution und ebenso sprachen sich gegen dieselbe die Nationalliberalen, Abg. Gothein und auch Abg. Gamp aus. Posadowsky riet dringend davon ab, eine solche Resolution zu fassen. Nach längerer Debatte, in der besonders die süddeutschen Vertreter agrarischer Interessen für die Resolution schwärmten, zog Abg. Speck dieselbe zurück.

Im Laufe der heutigen Sitzung sind noch mehrere Resolutionen eingegangen, die jedoch erst am Freitag zur Beratung gelangen.

Schluß der Sitzung 1/4 7 Uhr.

Parlamentarisches.

Die **Petitionskommission des Reichstages** beschäftigte sich am Mittwoch mit mehreren Petitionen betreffend **Abänderung der Gewerbe-Ordnung.** Petenten stellen Forderungen, welche, wenn sie Gesetzeskraft erlangten, das Koalitionsrecht der Arbeiter vollends illusorisch machen würden. Sie verlangen: Verbot des Streikpostenstehens, Bestrafung des Kontraktbruches, größeren Schutz der Arbeitswilligen, strengere Bestrafung bei Verrufserklärung und Sachbeschädigung, schärfere Anwendung des Erpressungsparagraphen, Schadenersatzpflicht der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen bei Kontraktbruch und sonstigen Vertragsverletzungen.

Abg **Lehmann** (natl.) fand dieses Bukett von arbeiterfeindlichen Forderungen für so schön, daß er vorschlug, dasselbe dem Reichskanzler zu überweisen. Die sozialdemokratischen Abgg. **Lesche** und **Horn** bekämpften die Petitionen energisch. Diese böten einen Vorgeschmack davon, was die Arbeiter von den ihnen empfohlenen eingetragenen Berufsvereinen zu erwarten haben, wenn man ihre Organisationen haftbar machen wolle für etwaige Schäden, welche den Unternehmern durch Streiks ꝛc. entstehen. Die bestehenden Gesetze seien vollauf genügend, um den Unternehmern Schutz vor Ausschreitungen Streikender zu gewähren. — Nach längerer Diskussion beschloß die Kommission, über die vorliegenden Petitionen zur Tagesordnung überzugehen. —

Die Bewegung in Rußland.

Die Nachrichten aus Rußland fließen immer spärlicher; die revolutionäre Bewegung ist aber keineswegs erloschen. Das industrielle Proletariat wie die Intellektuellen sind weiter tätig; es ist keine Rede davon, daß sie die Waffen gestreckt haben.

* * *

Ueber die Forderungen der Petersburger Arbeiter

wird dem „B. T." telegraphiert:

Arbeiter mehrerer Fabriken überreichten dem Finanzminister eine Denkschrift, in der sie hervorheben, daß alle partiellen Erleichterungen die Arbeiter nicht beruhigen werden, so lange die Regierung nicht **Koalitions-** und **Versammlungsrecht, Redefreiheit, Streikfreiheit, Unantastbarkeit der Person** und Einsetzung von Vermittelungskommissionen zwischen Unternehmern und Arbeitern gewährleistet.

Dieselbe Deputation überreichte dem Senator Schidlowski, dem Vorsitzenden der vom Zaren in der Arbeiterfrage ernannten Spezialkommission, ein Gesuch, das folgende Forderungen enthält: Die von der Polizei geschlossenen elf Abteilungen des Arbeiterverbandes von Petersburg sollen sofort eröffnet und den Abteilungen gestattet werden, ihre Deputierten, je zwei Mann pro Fabrik von mehr als 500 Arbeitern, sowie andere Personen nach Gutdünken der Arbeiter in die vom Zaren geschaffene Kommission zu wählen. Sollte das Gesuch abgeschlagen werden, so verzichten die Arbeiter auf die Teilnahme an dieser Kommission und stellen, falls die Fabrikanten selbst Arbeiter nach eigenem Gutdünken für die Kommission ernennen sollten, den Ausbruch weit größerer Unruhen als der bisherigen in Aussicht.

* *

Die Streikbewegung.

Warschau, 16. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Nach amtlichen Angaben ist in **Lodz** die Arbeit in **280 Fabriken wieder aufgenommen** worden; in einigen Fabriken ist die Arbeiterzahl noch nicht wieder vollständig.

Sosnowice, 16. Februar. Gestern fand eine Versammlung von bedeutenden Industriellen des Ortes und der Umgegend statt, die resultatlos verlief. **Der Ausstand dauert** fort und soll, wie es heißt, nicht vor vierzehn Tagen beendigt werden.

Charkow, 16. Februar. Heute wurde die Arbeit in **den Apotheken eingestellt.** Die Forderung der Angestellten, sie täglich zweimal abzulösen, wurde von den Apothekenbesitzern zugestanden.

In den Lokomotivfabriken wurde die Arbeit aufgenommen.

Odessa, 16. Februar. Auch hier haben die **Apothekengehülfen** die **Arbeit eingestellt** und dieselben Forderungen für die Wiederaufnahme derselben an die Arbeitgeber gerichtet, wie ihre Kollegen in Charkow. Außerdem wünschen sie bessere Wohnungsverhältnisse.

Die „Bergarbeiter-Zeitung" über den Streikausgang.

In einer Betrachtung über die Beendigung des Streiks schreibt die „Deutsche Bergarbeiter-Zeitung":

„Man begreift wirklich nicht, daß von einer „Niederlage der Streikenden" gesprochen und geschrieben werden kann. Diese Niederlage wäre allerdings gekommen, wenn mit dem Streikabschluß gewartet worden wäre, bis die Masse, vom Hunger in die Grube getrieben, abbröckelte. Je imponierender der Beschluß der Revierkonferenz durchgeführt, desto stärker die Drohung an die Unternehmer: „Wir kommen ebenso geschlossen wieder auf den Kampfplatz!" Die sich dem Revierbeschluß nicht fügten, haben die Stellung der Unternehmer gestärkt! Mit schmatzendem Behagen schrieb die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" über die Vorgänge nach Beendigung der Revierkonferenz. Das sagt genug.

Hunderte Streiks werden alljährlich in Deutschland plötzlich abgebrochen ohne unmittelbaren Erfolg, wenn die Streikleitung einsieht, daß für den Augenblick doch nichts mehr erreicht werden kann. Unsere Kameraden sind nicht an einen regelrechten Krieg gegen das Kapital gewöhnt, deshalb erscheint ihnen der verkündete Waffenstillstand als etwas Unerhörtes. Jeder Gewerkschaftsführer rechnet auch mit dem Abbruch eines Streiks, unsere Kameraden haben eben noch keine oder nur geringe Kampfeserfahrungen, deshalb die teilweise Undisziplin. Sie wird sich legen, das ist sicher, später wird überhaupt unsere Organisation Vorkehrungen treffen müssen, die eine Wiederholung jener Undisziplin verhindern. Später werden auch alle Kameraden einsehen, daß der unvorbereitet ausgebrochene Kampf außerordentliche Erfolge für die Arbeiterschaft erzielt hat, die keiner geahnt und erhofft hat. Unser Kampf konnte auch ebensogut in wüste Tumulte ausarten — die Zechenpresse hat redlich dafür gehetzt — und dann hatten die Scharfmacher Wasser auf ihre Mühlen, unser Vereins-, Versammlungs- und Wahlrecht wurde zertrümmert, wir bekamen russische Zustände! Ist es nicht ein ungeheurer Erfolg, daß unser Generalstreik wirksam für größere Volksfreiheiten demonstrierte, den Scharfmachern die Pläne zerstört, die ganze Oeffentlichkeit und sogar die Regierung auf den Plan gerufen hat für die Bergleute, gegen das Unternehmertum!!! Nur Nichtswisser und politische Kindsköpfe können sagen, unser Generalstreik sei erfolglos gewesen. Gewerkschaftlich und politisch geschulte Kameraden wissen aber, daß unser Generalstreik der Arbeiterbewegung unschätzbaren Erfolg gebracht hat, der für die Allgemeinheit viel mehr wert ist, als wenn der Unternehmerverein direkt etwas bewilligte."

Bei der Verschiedenartigkeit der Urteile, die über den Ausgang des Kampfes laut werden, ist es von Interesse zu hören, wie in der entscheidenden Konferenz der Delegierten der Bergarbeiter in Essen Genosse Robert Schmidt, der Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften, den Rat auf Abbrechen des Streiks begründete: Wir entnehmen seine Darlegungen dem ausführlichen Bericht der „Bergarbeiter-Zeitung". Danach sagte Schmidt:

„Werte Kollegen! Ich leite mein Recht zu sprechen daher, daß ich sage: Der Kampf der Bergarbeiter ist ein Kampf der gesamten deutschen Arbeiterschaft. Deshalb will ich Ihnen meinen Rat geben und ihn begründen. Wir stehen an einem Wendepunkt des Kampfes, wir müssen den Kampf entweder fortsetzen, bis der Bergbauverein nachgibt oder wir müssen ihn in diesem Augenblick abbrechen, in dem Bewußtsein, wir kriechen nicht demütig in die Gruben hinein, sondern wir sind noch im Besitz unserer Stärke, wir gehen aufrecht in die Gruben und glauben, daß wir zu einem günstigen Zeitpunkt abbrechen und den Kampf, wenn es notwendig wird, zu gelegener Zeit wieder aufnehmen.

Meine Herren! Alle Begeisterung ist nicht imstande, jetzt den Protzenhochmut der Herren vom Bergbauverein zu brechen. Sie haben gegenwärtig nicht die Kraft dazu. Aber wir werden die Kräfte gewinnen. Ich habe die Ueberzeugung, wir stehen an einem Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Bergarbeiterorganisationen. Ich habe die Hoffnung, daß Sie Ihre Organisationen ausbauen werden, um den Herren bei gelegener Zeit zu zeigen, daß man die Arbeiter nicht ungestraft von sich weisen darf. Im geeigneten Zeitpunkt den Kampf aufgeben, das ist die notwendige Taktik, deshalb müssen wir hier sagen: Ihr habt gezeigt, was Eure Einmütigkeit zustande gebracht hat, Ihr könnt nicht sagen: Ihr habt nichts erreicht. Eines habt Ihr vor allen Dingen erreicht und diesen idealen Gesichtspunkt dürft Ihr nicht zu gering schätzen: Ihr habt die öffentliche Meinung aufgepeitscht gegen den Herrenstandpunkt, so wie das noch nie der Fall war. Das hat noch kein anderer Streik bisher vermocht! Wo ist das bis jetzt jemals möglich gewesen in Deutschland, daß Gemeindeverwaltungen, die den Grubenbesitzern viel näher stehen als den Arbeitern, Gelder für Streikende bewilligten? Wo ist jemals den Arbeitern so deutlich eine Notwendigkeit der Organisation gepredigt worden, als in diesem Kampf? Sogar im Parlament ist ihnen gesagt worden, wie dringend notwendig eine gute Organisation ist. Auf Versprechungen gebe ich nicht sehr viel. In bezug auf gesetzgeberische Erfolge möchte ich Ihre Hoffnungen nicht zu hoch schrauben. Aber eines ist doch festzustellen: Auch früher hat man Reformen versprochen und nicht gehalten, aber jetzt hat man doch ganz bestimmte Aufgaben der Gesetzgebung bezeichnet. Bei Strafe einer argen Mißkreditierung muß die Regierung ihr Versprechen einlösen.

Wollten Sie streiken, bis die Regierung ihr Versprechen eingelöst hat, so würde ich das für verfehlt halten. Ich bin der Ansicht, hier kann Schluß gemacht werden, der Kampf war nicht vergebens, nicht ohne Erfolg. Wir haben die Oeffentlichkeit, die Parlamente, die Regierung gezwungen, schnell etwas zu tun, so schnell, wie das bisher bei der preußisch-deutschen Regierung nicht üblich war. Ohne Ihre Einigkeit hätten Sie noch Jahre warten können auf diese Gesetze.

Wir sprechen zu Ihnen als Männer, die gewerkschaftliche Erfahrung hinter sich haben. Als Freunde geben auch wir Ihnen den Rat, folgen Sie dem Vorschlag der Siebener-Kommission, der Sie vorhin Ihr volles Vertrauen ausdrückten. Gewiß werden Sie mit blutendem Herzen, mit tiefem Ingrimm zurückkehren an die Arbeit, aber das muß ein Stachel sein, nicht loszulassen von dem festen, unerschütterlichen Glauben an die Kraft, an die Macht der Organisation. Folgen Sie dem Beispiel anderer Berufe, die sich längst Organisationen geschaffen haben, kräftiger, machtvoller, als die Ihrige bisher war. Ein Aufschieben des Kampfes ist in diesem Augenblick das beste, es bedeutet nicht, daß nun Ruhe für immer sei; das wäre ein jämmerliches Zeichen für die deutsche Arbeiterbewegung, für die Bergarbeiter im besonderen. Ich habe das Vertrauen, daß Sie eines Tages sagen werden: Aus eigener Kraft sind wir fähig, aufs neue in den Kampf zu treten und nicht eher weichen wir zurück, bis bewilligt ist, was wir fordern. Dazu gehört allerdings unermüdliche Arbeit. Fügen Sie sich der Weisung der Siebener-Kommission, ich glaube, im Interesse der Arbeiter, der Bergleute kann nichts Besseres geschehen, als jetzt den Kampf abzubrechen."

*

Der edle Stinnes läßt es sich etwas kosten, die Notlage seiner Arbeiter zu ergründen. Er macht in einem Anschlage bekannt, daß er jedem Arbeiter die zurückbehaltenen drei

Schichtlöhne und außerdem eine besondere Unterstützung aus der (durchs Wagenmullen gefüllten) Unterstützungskasse zahlt, der sich meldet und angibt — warum er gestreikt hat.

Wir geben den Bergleuten dieser Zeche den Rat, Herrn Stinnes ganz ungeschminkt ihre Gründe anzugeben und raten Herrn Stinnes, das alles genau aufzuschreiben und dann zu veröffentlichen.

Partei-Nachrichten.

Der Bergarbeiterstreik

ist vorüber; die 200 000 Grubensklaven, die vier Wochen lang wider den Stachel zu löcken wagten, sind wieder in die harte Fron zurückgekehrt. Ist der offene Kampf auch zu Ende, kann das Grubenkapital auch von einer Niederlage der Arbeiter reden, so geht die größte Ausstandsbewegung, die Deutschland bisher erlebt hat, der Erinnerung doch noch lange nicht verloren. Im Gegenteil. Der Schachzug der preußischen Regierung, einem Kapitalistenparlament, das im Traum nicht an soziale Reformen denkt, einen Gesetzentwurf zugunsten der Bergarbeiter vorzulegen, dieser echte preußische Gedanke allein wird die Gemüter noch lange in Bewegung halten. Und ferner zwingt die Sympathie, die sowohl die Arbeiterschaft als auch bürgerliche Kreise der Bergarbeiterbewegung geschenkt haben, die Oeffentlichkeit, sich mit den Ursachen zu beschäftigen, die eine so gewaltige Massenbewegung wie mit einem Schlage aus der Erde stampfen konnten. Diesem Bedürfnis ist die Buchhandlung Vorwärts entgegengekommen, indem sie vor einigen Tagen die Broschüre „Der Klassenkampf im Ruhrgebiet" herausgab. In dem Büchlein wird mit Sachkenntnis die Lage der Bergarbeiter geschildert, wird der erste Anlaß zum Streik, der Anschlag auf Zeche „Bruchstraße" dargelegt und dann unter Erwähnung der hauptsächlich in Betracht kommenden Erscheinungen sowohl der Generalstreik an sich als auch die Stellung der Regierung und der Parteien behandelt. Das Büchlein gibt ruhig, leidenschaftslos, ein Bild der Bewegung und wirkt gerade darum, allein durch unwiderlegliches Tatsachenmaterial, packend auf jeden, der es in die Hand nimmt. Die Broschüre zeigt der Arbeiterschaft, ohne daß dies mit Worten gesagt wird, eine wie gewaltige Arbeit ihr in dem schwarzen Revier bevorsteht, wie sehr dort noch zu organisieren ist, wie notwendig es dort der Arbeiter hat, sich Respekt zu verschaffen und dem Grubenkapitalisten den Herrenkitzel gründlich auszutreiben. Nur wenige Arbeiterschriften gibt es, die so wie diese die ungeheuere Vernunftwidrigkeit und Gemeingefährlichkeit des Privatkapitalismus dokumentieren und dem Leser die Notwendigkeit der sozialistischen Produktion vor Augen führen. Der billige Preis von 20 Pf. für die Broschüre erleichtert dem Arbeiter die Aufgabe, sich mit der Bergarbeiterbewegung und der Nutzanwendung, die daraus zu ziehen ist, gründlich vertraut zu machen.

Der Sozialdemokratie Sachsens haben die letzten Jahre erfreuliche Erfolge gebracht. Die Zahl der politisch organisierten Genossen hat sich beträchtlich vermehrt, die Kassenverhältnisse sind in allen Kreisen ohne Ausnahme günstig und auch die Leserzahl der Parteizeitungen ist, von wenigen Ausnahmen abgesehen, größer geworden. Eine im Jahre 1901 aufgenommene Statistik ergab, daß 25 000 Genossen in Sachsen politisch organisiert waren, 1902 war schon ein erfreuliches Anwachsen zu verzeichnen und 1903 konnten wir in Sachsen, wie eine abermalige Enquete ergab, 38 700 politisch organisierte Genossen mustern. Der Erfolg war allerdings zum Teil durch die Reichstagswahlagitation erzielt worden. Jetzt aber ist, soweit Ergebnisse der einzelnen Kreise vorliegen, nicht nur zu konstatieren, daß wir die neu erworbenen Mitglieder erhalten haben, es ist vielmehr in den meisten Kreisen ein weiteres beträchtliches Anwachsen der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Die Organisationen sind vielfach ausgebaut worden, indem an Stelle der zahlreichen Lokalvereine zumeist Kreisvereine getreten sind, die sich über den ganzen Wahlkreis erstrecken. Die größere Einheitlichkeit und Zentralisation hat auch vorteilhaft auf den Mitgliederbestand eingewirkt. Die glänzenden Ergebnisse des 12. und 13. Wahlkreises (Leipzig) können wir zurzeit durch Mitgliederzahlen nicht vervollständigen; aber die Tatsache, daß die Einnahme der beiden Kreise 56 092 M. beträgt, zeugt deutlich genug von einem erfreulichen Stande der Dinge. Letzteres läßt sich auch von den Dresdener Kreisen sagen. In Dresden-Altstadt (5. Kreis), wo 1901 1106 Mitglieder festgestellt wurden, haben wir jetzt 2162, gegen 1903 bedeutet das einen Zuwachs um 250; der 4. Kreis (Dresden-Neustadt) hatte 1901 1405 Mitglieder, 1903 2707, jetzt aber 4024; der 6. Kreis (Dresden-Land) ist von 1837 Mitgliedern im Jahre 1901 auf 4827 im Jahre 1904 angewachsen; gegen 1903 hat er 1100 neue Mitglieder gewonnen. Ebenso befriedigend ist das Ergebnis in Chemnitz (16. Kr.), wo wir 1901 1580 politisch organisierte Genossen, 1903 3000 und jetzt, wie am Sonntag in der Generalversammlung mitgeteilt worden ist, über 4000 haben. Auch die schwächeren Kreise haben fast durchgängig erfreuliche Ergebnisse zu melden. So ist beispielsweise im 11. Kreise (Wurzen) die Mitgliederzahl in einem Jahre von 420 auf 750 gestiegen; 1901 hatten wir in diesem Kreise erst 233 organisierte Genossen. Nur aus zwei Wahlkreisen, dem 1. (Zittau) und dem 22. (Reichenbach) ist ein kleiner Rückgang beziehungsweise ein Stillstand gemeldet worden. Der Fortschritt im Jahre 1904 ist umso höher anzuschlagen, weil es für Sachsen ein ruhiges Jahr war, in dem wir keine bedeutenden Wahlen hatten. Eine flüchtige Uebersicht der bisher gemeldeten Mitgliederzahlen berechtigt zu dem Schluß, daß wir in Sachsen gegenwärtig nahe an 50 000 politisch organisierte Genossen haben. Freilich ist das, verglichen mit der Wählerzahl, noch immer kein befriedigendes Gesamtergebnis. Die Hauptsache aber ist, daß wir in Sachsen auch in verhältnismäßig ungünstiger Zeit vorwärts gekommen sind. Dieses Resultat läßt für die nächste Zukunft das beste hoffen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wichtiges vom preußischen Vereinsgesetz.

(Darf die Polizei die wiederholte Einreichung des vollständigen Mitglieder-Verzeichnisses eines Vereins fordern?)

Der Vorstand des vor zwei Jahren etwa gegründeten sozialdemokratischen Arbeitervereins „Vorwärts" in Neustadt in Holstein hatte gleich nach der Gründung des Vereins der Polizeiverwaltung gemäß § 2 des preußischen Vereinsgesetzes die Statuten und ein Mitglieder-Verzeichnis eingereicht und dann auch ständig der Polizei jede Veränderung im Mitgliederbestande angezeigt. Trotzdem verlangte die Polizei im Sommer 1904 vom Vorstand die Einreichung eines neuen vollständigen Mitglieder-Verzeichnisses. Dem Verlangen wurde nicht Folge gegeben, da der Vorstand sich dazu nicht für verpflichtet hielt. Der Vorsitzende Böhlke erhielt eine Anklage wegen Uebertretung der §§ 2 und 13 des preußischen Vereinsgesetzes. Das Schöffengericht sprach ihn frei, das Landgericht zu Kiel als Berufungsinstanz verurteilte ihn jedoch zu einer Geldstrafe. Das Landgericht berief sich auf die Nebenbestimmung des § 2, wonach die Vorstände der Vereine, die eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, unter anderem auch verpflichtet sind, der Polizei auf Erfordern über Mitglieder und Statuten Auskunft zu erteilen. Es stände nun im Ermessen der Polizei, meint das Gericht, wann sie eine Auskunft und in welcher Art sie sie verlangen wolle. Hier hätte die Polizei die Auskunft in Form eines neuen Mitgliederverzeichnisses haben wollen, also hätte der Vorstand dem nachkommen müssen.

Böhlke legte Revision ein und machte geltend, daß die Erteilung einer Auskunft doch etwas ganz anderes sei, als die Hergabe eines neuen Mitgliederverzeichnisses. Wenn der Gesetzgeber gewollt hätte, daß die Polizei das Recht haben solle, jederzeit ein neues Mitgliederverzeichnis zu fordern, dann hätte er es im Gesetz selber gesagt. Da die Polizei nach der Gründung ein Mitgliederverzeichnis erhalten habe und ihr ferner jede Veränderung im Mitgliederbestande mitgeteilt worden sei, so sei ihr das nötige Material zur Information über den Mitgliederbestand zur Verfügung gewesen. Sie habe sich nach ihren Akten selber ein neues Mitgliederverzeichnis herstellen können. Wenn sie trotzdem ein solches vom Vereinsvorstand verlangte, so habe sie damit nicht eine Auskunft begehrt, sondern die Leistung einer Art Schreibhülfe. Das sei aber völlig unzulässig.

Das Kammergericht in Berlin hob die Vorentscheidung auf und verwies die Sache zu anderweiter Entscheidung noch einmal an das Kieler Landgericht zurück. Zur Begründung wurde ausgeführt: Der Polizei müsse allerdings das Recht zuerkannt werden, im Wege der Auskunftserforderung ein neues vollständiges Mitgliederverzeichnis zu verlangen, wenn das nach der Vereinsgründung eingereichte Verzeichnis und die Mitteilungen über die Zu- und Abgänge der Mitglieder aus bestimmten Gründen nicht ausreichten. Es müsse dann aber der Fall so liegen, daß die Polizei es wirklich nötig habe, gerade durch ein neues Verzeichnis Auskunft zu verlangen. Das sei hier nicht nachgeprüft worden. Es sei Sache des Gerichts, nachzuprüfen und festzustellen, ob ein solcher Fall, wo jenes polizeiliche Verlangen berechtigt wäre, objektiv vorläge. Aber auch in einem solchen Falle wäre zur Strafbarkeit eines widerspenstigen Vereinsvorstehers erforderlich der Nachweis, daß der Vorsteher des Vereins gewußt habe, daß das Verlangen berechtigt im angedeuteten Sinne sei. Es werde also für gewöhnlich in solchen Fällen dem Vereinsvorsteher der Grund polizeilicherseits anzugeben sein. Natürlich gäbe es auch Fälle, wo dies nicht nötig sei, weil aus den besonderen Umständen bei der bloßen polizeilichen Forderung der Vorsteher ihre Berechtigung einsehen müsse. — —

Aus Industrie und Handel.

Gewinn der Großindustrie im Jahre 1904. Die Ertragsfähigkeit der Großindustrie hat im vergangenen Jahre gegenüber dem Jahre 1903 eine bedeutende Steigerung erfahren. Mißt man den Durchschnitt der Ertragsfähigkeit des Großgewerbes an den Dividenden der Aktiengesellschaften, deren Werte an der Berliner Börse gehandelt werden, so ergibt sich nach einer Aufstellung der „K. B.-Ztg." für 466 Gesellschaften mit einem Aktienkapital von mehr als 2,5 Milliarden Mark eine Dividendensumme von 204,56 Millionen Mark. Also betrug die Dividende im Durchschnitt 8,01 Proz. Gegenüber dem Vorjahre bedeutet diese Ziffer eine Steigerung um 0,81 Proz.; denn für 1903 betrug die Dividende 7,20 Proz.

Diese Steigerung der Ertragsfähigkeit vollzog sich in sämtlichen Gewerbegruppen, mit Ausnahme der Textilindustrie. Die höchste Verzinsung und gleichzeitig die stärkste Steigerung erzielte das im chemischen Gewerbe angelegte Aktienkapital. Hier betrug die Verzinsung 13,92 Proz., gegen 11,17 Proz. im Jahre 1903. Aeußerst günstig waren auch die Abschlüsse der Porzellan-, Glas- und Steingutfabriken mit 11,82 Proz., gegen 11,74 Proz. im Vorjahr. Ueber 10 Proz. Dividende im Durchschnitt verteilten noch die Brauereien, Brennereien und Mälzereien.

Von besonders starkem Einfluß auf die Gesamtertragsfähigkeit des Großgewerbes sind die Erträgnisse der Berg- und Hüttenwerke, für die allein das berücksichtigte Aktienkapital über 962 Millionen Mark beträgt. Diese Kapitalsumme verzinste sich im Jahre 1904 mit 8,68 Proz., gegen 8,23 Proz. im Jahre zuvor. In der Gewerbegruppe Metalle und Maschinen schlossen die Betriebe der Metallverarbeitung mit 7,73 Proz. am günstigsten ab. Ihnen folgen die Eisenbahnbedarfs- und Maschinenbau-Gesellschaften mit 6,69 Proz. und dann die Elektrizitäts-Gesellschaften mit 5,69 Proz.

Die Dividenden, welche die Baugesellschaften verteilten, waren zwar besser als im Jahre 1903, lassen aber den günstigen Stand des Baugeschäfts keineswegs zum Ausdruck gelangen. Die Ertragsfähigkeitsziffer stieg von 3,44 Proz. im Jahre 1903 auf 4,56 Proz. im verflossenen Jahre. Einen Rückgang der Ertragsfähigkeit wiesen allein die Webstoff-Fabriken auf, für welche die starken Preisschwankungen der Rohstoffe, vor allem auf dem Baumwollmarkte, äußerst nachteilig waren. Das Aktienkapital verzinste sich zu 5,36 Proz., gegen 5,85 Proz. im Jahre 1903, so daß der Rückgang rund 1/2 Proz. betrug.

In Wirklichkeit sind die Erträge weit höher als sie in den Dividenden zum Ausdruck kommen, da Abschreibungen aller Art, Tantiemen usw. von dem Reinertrage in Abzug gebracht werden. Die Arbeiterschaft hat von den erhöhten Gewinnen in der gesamten Industrie wenig gemerkt.

Die Dividende des Elends.

Das preußische Leihhaus zahlt seinen Aktionären, wie die gestrige Generalversammlung festsetzte, eine Dividende von 6 Proz. Diese Dividende bildet nur einen Teil des gesamten Reingewinnes, von dem von vornherein 5 Proz. zum Reservefonds abgeführt und dann noch besondere Rücklagen gemacht werden. Ferner erhalten die vier Mitglieder des Aufsichtsrats nicht unbedeutende Tantiemen sowie eine feste Jahresvergütung von je 1500 M. Dieser rentablen „Bank der Armen" winkt außerdem ein bedeutender Gewinn durch den Verkauf ihres Grundstücks. Auf die Anfrage eines Aktionärs teilte der Vorsitzende Konsul Samelson mit, daß ein Kaufgebot für das Haus Beuthstraße 15 vorgelegen habe. Der offerierte Preis würde einen Profit von 225 000 M. gebracht haben. Die Offerte sei von der Verwaltung als nicht genügend zurückgewiesen worden, da die Verwaltung der Ansicht war, daß durch die Haltestelle der Untergrundbahn am Spittelmarkt eine weitere Wertsteigerung des Grundstücks eintreten werde.

Die Steinkohlenförderung im Saarbezirk betrug im Jahre 1903 insgesamt 12 Millionen 609 675 Tonnen Kohlen gegen 11 Millionen 755 675 Tonnen im Jahre zuvor. Die Steigerung im Jahre 1903 beträgt somit 854 000 Tonnen Kohlen. Beschäftigt waren bei der Gesamtförderung im Jahre 1903 zusammen 57 835 Bergleute gegen 55 435 Bergleute im Jahre 1902. Die Belegschaft hat sich also 1903 um 2400 Mann vermehrt. Von der Gesamtförderung entfallen auf die fiskalischen Saargruben allein zehn Millionen 186 294 Tonnen Kohlen, die Belegschaft der fiskalischen Saargruben betrug 45 118 Mann.

Amerikas Produkten-Ausfuhr. In der Woche vom 2. bis 9. Februar wurden aus atlantischen Häfen nach Europa versandt: 162 000 (in der Vorwoche 167 000, im Vorjahr 663 000) Bush. Weizen, 3 106 000 (4 218 000, 1 115 000) Bush. Mais, 99 000 (99 000, 284 000) Sack Mehl, 7000 (0, 0) Bush. Hafer, 12 530 000 (9 900 000, 8 420 000) Ib Schmalz, 22 600 (26 500, 16 300) Kisten Speck, 970 (300, 3440) Faß Butter, 610 000 (290 000, 380 000) Ib Talg und 30 700 (14 300, 28 900) Kisten Käse.

Lokomotivkäufe Japans in England. Die japanische Regierung bestellte bei den vereinigten nordbritischen Lokomotivfabriken in Glasgow 50 schwere Lokomotiven, deren Ablieferung so viel wie möglich beschleunigt werden soll. Vor längerer Zeit wurden bereits 18 Lokomotiven von derselben Seite in Auftrag gegeben, die im nächsten Monat verschifft werden.

Der plumpe Eingriff Deutschlands zuungunsten Japans nach dem japanisch-chinesischen Kriege hat wesentlich dazu beigetragen, daß Japan als Käufer den deutschen Markt meidet.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik in der Gelbmetall-Industrie ist beendet.

In der gestrigen Versammlung der Streikenden und Ausgesperrten berichtete die Streikleitung über das Ergebnis der Kommissionsverhandlungen mit den einzelnen Fabrikanten. Demnach hat sich die Mehrheit der Fabrikanten zu Zugeständnissen bereit erklärt, falls die Arbeiter die Arbeit vorher aufnehmen und den Streik aufheben würden. Der übrige Teil der Fabrikanten verlangte bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit soweit Plätze vorhanden sind und lehnte jegliche Zugeständnisse ab. Unter diesen Umständen empfahl die Streikleitung die Aufhebung des Streiks, da trotz opfermütigsten Ausharrens in dem 21wöchigen Kampfe nicht mehr zu erreichen gewesen sei und eine Weiterführung des Streiks größere Erfolge nicht erwarten lasse. In der Diskussion, die auch jetzt in musterhafter Ruhe und Sachlichkeit geführt wurde, erklärten sich mehrere Redner zwar entschieden für Fortsetzung des Streiks, doch die Mehrzahl stellte sich auf den Standpunkt der Vertrauensmänner, die sich mit allen gegen eine Stimme schlüssig geworden waren, die Beendigung des Streiks mit folgender Resolution zu empfehlen:

> Die Vertrauensleute der Streikenden und Ausgesperrten machen nach eingehender Prüfung der Sachlage den Vorschlag, den Streik im allgemeinen aufzuheben. In den Betrieben, wo noch besondere Schwierigkeiten bestehen, bleibt die Regelung den im Betrieb beschäftigten Kollegen überlassen.

Bei der alsdann vorgenommenen schriftlichen Abstimmung, an der sich 1582 Personen beteiligten, erklärten sich 982 Stimmen für und 545 gegen die Resolution, die übrigen Stimmen waren ungültig. Da somit die statutarisch erforderliche Zweidrittel-Mehrheit zur Weiterführung des Streiks nicht erreicht wurde, so war die Resolution angenommmn und damit gleichzeitig die Beendigung des Streiks beschlossen.

Den Arbeitern wurde hierauf empfohlen, nach wie vor Disziplin zu halten und erst abzuwarten, ob der scharfmacherische Teil der Fabrikanten auch nach Wiederaufnahme der Arbeit auf seinem schroff ablehnenden Standpunkt beharren bleibe. Im Hinblick hierauf wurde auch in der Diskussion darauf hingewiesen, daß, solange die Streikenden und Ausgesperrten nicht alle in den Betrieben wieder untergebracht seien, die übrigen Metallarbeiter jene Betriebe meiden möchten. Auf eine Anfrage wurde noch geantwortet, daß u. a. auch die Firma Joseph in der Ritterstraße eine Bewilligung abgelehnt habe.

In seinem Schlußwort würdigte der Verbandsbevollmächtigte Cohen eindringlich die Bedeutung dieses gewaltigen Kampfes, der, wenn auch diesmal wieder mißlungen, die Arbeiter dennoch keineswegs entmutigt habe. Seine Ausführungen schloß er mit den Worten: Dieser Teil des Kampfes ist vorüber — es lebe der Kampf!

Die Lohnbewegungen der Schuhmacher.

Am Mittwoch tagte bei Wilke in der Brunnenstraße eine Generalversammlung der hiesigen Filiale des Verbandes der Schuhmacher Deutschlands, die sehr zahlreich besucht war. Zunächst wurde an Stelle des bisherigen Vorsitzenden Grunow, der zum Bezirksbeamten in Breslau ernannt worden ist, Paul Hildebrand als erster Vorsitzender gewählt. Als Mitglied der Gaukommission wurde Ullrich gewählt. Darauf berichtete Hammacher über die Lohnbewegungen. Seit Anfang dieses Jahres ist es in nicht weniger als zwölf Schuhfabriken zu Lohnstreitigkeiten gekommen, wovon die Hälfte ohne Ausstand zugunsten der Arbeiter erledigt werden konnten. Dort, wo es zum Streik kam, dauerte dieser in den meisten Fällen nur kurze Zeit und endete mit gutem Erfolg. Bei der Firma Pinner in der Dircksenstraße und Goldberg in der Strelitzerstraße dauert der Streik fort. Die Entstehung dieser beiden Streiks ist typisch auch für die bereits beendeten Lohnbewegungen. Lohnherabsetzungen und unerträgliche Lohndrückerei bei Einführung neuer Maschinen, sowie Maßregelungen solcher Kollegen, die gegen die Abzüge protestierten, waren die Ursachen. Der Streik bei Pinner, der bereits seit Anfang voriger Woche dauert, hängt mit der Einführung von Wendemaschinen zusammen. Die Arbeiter, die daran tätig waren, sind früher als Heimarbeiter für die Firma tätig gewesen. Der Fabrikant suchte sie vor jeder Berührung mit den anderen Arbeitern seiner Fabrik zu bewahren und glaubte offenbar, sie würden Hungerlöhne von sechzehn bis zu neunzehn Mark wöchentlich mit Schafsgeduld ertragen. Er irrte sich. Sie wurden vorstellig, gaben sich redliche Mühe, auf gütlichem Wege zu erträglichen Löhnen zu gelangen; als aber das nichts nützte, legten sie die Arbeit nieder und alle übrigen Arbeiter der Fabrik bis auf einen folgten ihrem Beispiel, weil sie nicht mit Streikbrechern zusammen arbeiten wollten. Viermal suchte Pinner an den Anschlagsäulen 100 Arbeitswillige. Er hat bis jetzt 22 Mann gefunden, von denen aber nur die Hälfte Schuhmacher sind, die übrigen Kellner, Bäcker, Buchhalter und andere Leute, die von der Schuhfabrikation keine Ahnung haben. 24 bis 28 M. Wochenlohn wurde ihnen versprochen, 12 bis 18 M. erhalten sie. Wie weiter in der Versammlung erwähnt wurde, ist diesen Arbeitswilligen eine Belohnung von 300 M. versprochen worden. Dies Versprechen wurde dann aber später auf diejenigen eingeschränkt, die sich bis zum 25. Februar eingearbeitet haben; die andern sollen wieder entlassen werden. Wahrscheinlich wird sich der Fabrikant binnen kurzem genötigt sehen, die von der Organisation dargebotenen Verhandlungen anzunehmen und Frieden mit seinen alten Arbeitern zu schließen. In der Schuhfabrik von Goldberg, wo am Dienstag mittag alle Arbeiter in den Streik traten, herrschen schon seit längerer Zeit recht beklagenswerte Lohnverhältnisse. So hat man dort z. B. für Zwickerarbeit einen doppelten Lohntarif, wonach die von Zwickerinnen ausgeführte Arbeit niedriger bezahlt wird als die der männlichen Zwicker. Ferner gibt es Winter- und Sommer-Tarife, und jedesmal, wenn ein neuer Tarif gemacht wird, pflegt der Fabrikant die Löhne zu drücken. Die unmittelbare Ursache des Streiks bildete der Umstand, daß der Fabrikant bei einer Sorte Schnallenschuhe eine bessere Ausstattung wünschte, aber für die Mehrarbeit nicht mehr als den alten, so schon zu niedrig bemessenen Lohn zahlen wollte und die Arbeiter, die das nicht ruhig hinnahmen, maßregelte. — Sowohl die Ausführungen des Referenten als auch die Diskussion über diese beiden Streiks ergab, daß die Streikenden gar nicht daran denken, den Kampf ohne annehmbare Zugeständnisse aufzugeben. Es wurde auch die Frage erwogen, ob den wenigen Unorganisierten oder noch nicht Unterstützungsberechtigten unter den Streikenden ausnahmsweise Unterstützung gezahlt werden soll, und hierzu folgender Antrag angenommen: „Die Versammlung beschließt, nur diejenigen im Streik befindlichen unorganisierten Kollegen zu unterstützen, die als Streikposten dauernd ihre Pflicht erfüllen, und schriftlich das Versprechen abgeben, treue Mitglieder der Organisation zu werden."

Ferner wurde darüber diskutiert, ob es zweckmäßig sei, in der „Volks-Zeitung" Warnungen vor Zuzug zu veröffentlichen. Es wurde hierüber allgemein die Meinung geäußert, daß es weder notwendig

noch von besonderem Vorteil für die Organisation sei, den Gewinn, den jene Zeitung durch ihre Streikbrecherannoncen einheimst, auf diese Weise zu verdoppeln.

Sodann gab der Delegierte Ullrich den Jahresbericht von den Verhandlungen und Beschlüssen der Gewerkschafts-Kommission.

Zu Delegierten für die Gewerkschaftskommission wurden Ullrich, Weber und Christensen gewählt. Hierauf folgte der Bericht der im März vorigen Jahres eingesetzten Beschwerdekommission, den Petruschka gab. Die Diskussion darüber und die Neuwahl der Kommission wurden vertagt. — Der Vorsitzende machte auf den großen Streik in Weißenfels aufmerksam.

Achtung, Kleber und Bauhandwerker! Allen gegenseitigen Gerüchten entgegen sind sämtliche Bauten der Firma Bade u. Dangers, Tauenzienstr. 20, nach wie vor gesperrt. Die Bauhandwerker aller Branchen machen wir darauf aufmerksam, daß alle Kleber, welche zurzeit auf nachfolgenden Bauten arbeiten sollten, Arbeitswilligendienste verrichten und ersuchen wir, dieselben auf ihre Pflichten aufmerksam zu machen.

Die gesperrten Bauten sind folgende: Bau Schwartz, Moabit, Kreselderstraße, Ecke Essenerstraße; Bau Fiedler, Moabit, Bochumerstraße, Ecke Essenerstraße; Bau Holland, Rixdorf, Weserstr. 46; Bau Brode, N., Gleimstr. 31; Bau Laschke, O., Vorhagenerstr. 41/42; Bau Müller, Wilmersdorf, Pragerstr. 20; Bau Müller, Wilmersdorf, Spichernstr. 19; Bau Müller, Halensee, Johann Georgstr. 12; Bau Müller, Berlin W., Nürnbergerstraße, Ecke Tauenzienstraße; Bau Cornik u. Schilling, Schöneberg, Heilbronnerstr. 30 und Bau Grün u. Moniak, Schwäbischestraße, Ecke Starnbergerstraße.

Der Vorstand des Vereins der Kleber Berlins und Umgegend.
Bureau: Schützenstr. 18/19, Amt I 1308.

Die Berliner Wach- und Schließ-Gesellschaft ersucht uns, mitzuteilen, daß in ihrem Betriebe eine Differenz mit dem Personale nicht vorgekommen sei. Das ist richtig. Unsere neuliche Notiz bezog sich auf Breslau, was infolge eines Versehens in derselben nicht zum Ausdruck kam.

Deutsches Reich.

Die Lohnbewegung der Schneider in Köln hat zu einem Zusammengehen der christlichen Organisation mit dem Verbande geführt. Der Tarif ist von beiden Organisationen gemeinschaftlich gekündigt. Der neue Tarifentwurf wird von beiden Organisationen gemeinsam durchberaten und einer gemeinschaftlichen Versammlung vorgelegt werden. Dieses Zusammengehen der christlichen und der freien Organisation in einem Orte wie Köln, wo sich die Arbeiter der verschiedenen Richtungen teilweise leider mit den schmutzigsten Mitteln bekämpfen, ist eine der erfreulichsten Erscheinungen in der Arbeiterbewegung. Auch die Stärke der Organisation hat in den letzten Jahren Riesenfortschritte gemacht. Vor zwei Jahren, als der jetzige Tarif abgeschlossen wurde, waren in Köln nur etwa 200 Schneider organisiert; jetzt sind es deren etwa 1000.

Ausland.

Die Wiederaufnahme der Arbeit in den Glashütten von Charleroi ist wieder in Frage gestellt worden und zwar durch das Verhalten der unorganisierten Arbeiter, welche gestern in einer Versammlung beschlossen, den Streik fortzusetzen.

Die Former und Gießer der Eisengießereien des Seine-Departements sind in einer Zahl von 2500 in den Streik getreten. Sie fordern: Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit, Festsetzung eines Lohnminimums von 7 Fr. und eine allgemeine Erhöhung des Lohnes um 50 Cent. pro Tag.

Die Arbeitgeber haben sich an die Gerichte gewandt, um von den Arbeitern Entschädigung zu verlangen, weil diese die Arbeit ohne Kündigung niedergelegt haben.

Soziales.

Die Tätigkeit der Arbeitersekretariate.

Am Dienstag fand in Nürnberg die Generalversammlung des Arbeitersekretariats statt, der die Sekretäre den Bericht über das zehnte Geschäftsjahr erstatteten. Bei dieser Gelegenheit machte der Sekretär Genosse Segitz einige beachtenswerte allgemeine Bemerkungen über das Wirken und die Bedeutung der Arbeitersekretariate. Er sagte:

„Das Nürnberger Arbeitersekretariat hat bahnbrechend gewirkt, nicht nur in Deutschland, sondern auch im Auslande. Deutschland hat zurzeit 58 Arbeitersekretariate, bei deren Entstehen in den meisten Fällen das Nürnberger Institut Geburtshülfe geleistet hat. Das Zentral-Arbeitersekretariat wurde noch nicht benützt, da unsere Rekurse so bearbeitet sind, daß eine persönliche Vertretung vor dem Reichs-Versicherungsamt nicht notwendig ist. Anders als die Gründer sich die Wirksamkeit des Sekretariats dachten, hat es sich entwickelt. Es sollte vorwiegend sein: eine Zentralstelle für Auszahlung der Reise-Unterstützung, ein Zentral-Arbeitsnachweis, es sollte statistische Erhebungen aller Art pflegen usw., aber schon bald stellte sich heraus, daß die Auskunftserteilung die meiste Zeit in Anspruch nahm. So wird es auch bleiben. Die Arbeitersekretariate werden Rechtsschutz-Einrichtungen und bilden den Uebergang zur unentgeltlichen Rechtshülfe für jedermann. Ihre Bedeutung und ihr Nutzen läßt sich nicht in Ziffern ausdrücken. Nicht zu unterschätzen ist ihr Einfluß auf die Entwickelung der Sozialreform. Die Jahresberichte werden von der Partei- und Gewerkschaftspresse, von bürgerlichen Sozialpolitikern und von unseren Vertretern in den Parlamenten als Material benützt. Diesem Zwecke sollen die Jahresberichte immer mehr angepaßt werden. Die Sekretariate würden in dieser Richtung noch mehr leisten, wenn sie immer zu gleicher Zeit ihre Aufmerksamkeit in der Hauptsache auf eine bestimmte Frage konzentrieren würden, z. B. in dem einen Jahre auf die Unfallversicherung, in dem anderen auf die Krankenversicherung, das Dienstbotenelend usw. Dazu bedürfte es aber der Verständigung und gegenseitigen Aussprache unter den deutschen Arbeitersekretariaten. Die Entwickelung der Sekretariate ist keineswegs abgeschlossen, sie müssen sich stets den Bedürfnissen der Arbeiter anpassen, wenn sie sich auch fürderhin deren Unterstützung sichern wollen."

Preisausschreiben zur Bekämpfung der Bleigefahr.

Im Auftrage der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz erläßt das Internationale Arbeitsamt in Basel ein Preisausschreiben. Danach sollen zuerkannt werden:

1. Ein Preis von 5000 M. für die beste Schrift über die Beseitigung der Bleigefahren bei der Förderung und Aufbereitung von Bleierzen und bleihaltigen Erzen.
2. Ein Preis von 10 000 M. für die beste Schrift über die Beseitigung der Bleigefahren in Bleihütten.
3. Zwei Preise, und zwar: ein erster Preis von 2500 M., ein zweiter Preis von 1500 M. für die besten Schriften über die Beseitigung der Bleigefahren bei der chemischen Verwendung von Blei in Bleifarbenwerken, Akkumulatorenfabriken und dergl.
4. Vier Preise, und zwar: ein erster Preis von 1500 M., ein zweiter Preis von 1000 M., zwei dritte Preise von je 750 M. für die besten Schriften über die Vermeidung der Bleigefahr im Gewerbe der Anstreicher, Maler, Lackierer und dergl.
5. Vier Preise, und zwar: ein erster Preis von 1500 M., ein zweiter Preis von 1000 M., zwei dritte Preise von je 750 M. für die besten Schriften über die Beseitigung der Bleigefahr in Gewerben, in denen Blei und Bleifabrikate in großem Maße zum Verbrauch gelangen, wie in Schriftgießereien und Buchdruckereien.

Alle Zuschriften sind an das Internationale Arbeitsamt in Basel zu richten.

Arbeiterschutz und Unternehmer.

Ueber eine Verhandlung im Reichsamt des Innern betreffend die Schutzvorschriften gegen Bleigefahren im Maler- und Anstreichergewerbe erhält die „Soziale Praxis" einen Bericht, der den Ruhm der Meister auf dem Gebiete der Sozialpolitik hell erstrahlen läßt. Es waren 15 Malermeister und 12 Gehülfen (darunter 2 Unorganisierte) geladen. Von vornherein wurde auf Verlangen der Regierungsvertreter jede Diskussion über ein vollständiges Bleiweiß-Verbot ausgeschieden. Die Beratung beschränkte sich bloß auf den Bundesrats-Entwurf. Ueber § 2, der das Anreiben von Bleiweiß und von größeren Mengen anderer Bleifarben mit der Hand bei völligem Ausschluß der jugendlichen Arbeiter bis zu 18 Jahren verbietet, entspann sich eine lebhafte Debatte. Die Meister erklärten es für unerhört, daß statt des Lehrlings nun wohl gar der Meister selber zum Anreiben den Läufer in die Hand nehmen solle; ein solches Verbot würden sie niemals beachten (hört! hört!); die Gehülfenvertreter forderten völligen Fortfall des Anreibens mit der Hand bei allen Bleifarben. Bei dem Verbot des Trockenschleifens von Bleianstrichen standen die Ansichten von Meistern und Gehülfen wieder in scharfem Widerspruch. Die Gehülfen forderten das Verbot auch für nicht fertige, frische Anstriche, weil auch hier starke Staubentwickelung eintrete, während die Meister das Naßschleifen als schädlich für das zu streichende Holzwerkstück erklärten und es für den schleunigen Schiffsanstrich in den Werkstätten der Reedereien als unanwendbar betrachteten. Die Vorschriften des § 4 über die Arbeitskleidung wurden gegen den Einspruch der Meister von den Regierungsvertretern ausdrücklich als eine Vorschrift für die Arbeitgeber interpretiert. Die Bereitstellung eines Wasch- und Ankleideraums (§ 5) erschien den Meistern nicht bloß bei Privatarbeiten, sondern selbst bei Neubauten als unangängig, während die Gehülfen über die Bestimmungen des Entwurfs hinaus solche Räume bei Ausführung jeglicher größeren Malarbeit forderten. Auch Bürsten und Handtücher sträubten sich die Meister zu liefern; letztere würden als Farblappen verwendet, was die Gehülfen bestritten, sofern die Meister nur besondere Farblappen, wie gehörig, zur Verfügung stellen würden. Den Ausschluß bleiverdächtiger Arbeiter aus der Beschäftigung mit Bleifarben (§ 9) erklärte ein Gehülfenvertreter zwar prinzipiell als richtig, aber unter den gegebenen Verhältnissen, angesichts des Versagens der Versicherungsgesetzgebung bei Berufskrankheiten, als eine schwere Härte. Das Merkblatt wurde in der vorgelegten Form gutgeheißen.

Unfallfolgen.

Von den Berufsgenossenschaften wird in letzter Zeit vielfach die Klage erhoben, daß seitens der Verletzten alle möglichen Erkrankungen auf den Unfall zurückgeführt werden und daraus Ansprüche an die Berufsgenossenschaften hergeleitet. Diese Auffassung erscheint im Hinblick auf eine ganze Reihe von Entscheidungen des Schiedsgerichts und des Reichs-Versicherungsamtes durchaus unrichtig und entspringt mehr dem Wunsche der Berufsgenossenschaften, berechtigte Ansprüche der Verletzten abzulehnen, sowie überhaupt Unfallfolgen möglichst zu verneinen. Ein treffendes Beispiel nach dieser Richtung hin bietet der Anspruch des Arbeiters Karl Bergner in Triptis gegen die Norddeutsche Holz-Berufsgenossenschaft. B. war am 17. Januar 1902 dadurch verunglückt, daß er beim Hantieren mit schweren Holzstämmen fiel und sich die 8. und 9. Rippe an der linken Seite brach. B. befand sich zunächst fünf Wochen in ärztlicher Behandlung und konstatierte nach Abschluß der Heilbehandlung Dr. A., daß es sich bei dem Verletzten um eine Lungentuberkulose handle, an der er schon seit dem Jahre 1900 laboriere. Unfallfolgen bestehen mithin nicht mehr. Der Verletzte ist dann vom 21. Mai bis 19. August 1902 in der Sophienheilstätte Berka behandelt und dann zu leichter Arbeit fähig entlassen. In dem Gutachten der Anstalt wird gesagt, B. hält sich für voll erwerbsunfähig, da er außer etwas leichterer häuslicher Arbeit nichts verdienen könne wegen Schmerzen in der linken Seite, die auch beim Sitzen und beim Liegen auftreten. Die Berufsgenossenschaft lehnte deshalb den Anspruch des Verletzten ab, der nun vom 7. Oktober 1902 ab die Invalidenrente erhielt. Auch in dem von der Versicherungsanstalt eingeholten Gutachten eines Dr. R. wird von einem Lungenleiden gesprochen, das als Ursache der Erwerbsunfähigkeit erachtet wird. Mit dem Anspruch auf Unfallrente wurde der Verletzte, nachdem Dr. Moser in Weimar dem Schiedsgericht attestiert hatte, Bergner leidet an beiderseitiger Lungentuberkulose, die nichts mit dem Unfall zu tun hat, abgewiesen. Vom Reichs-Versicherungsamt, vor dem die Sache am 29. März 1904 zur Verhandlung anstand, war ein Gutachten von Herrn Professor Stitzing eingefordert, in dem dieser Gutachter auch eine Lungenerkrankung feststellt und bemerkt, Patient klagt über Pressen und Schmerzen auf der linken Seite; es sei aber nichts wahrzunehmen, was als Unfallfolgen angesprochen werden könnte. In der Verzweiflung über seinen Zustand beging der Verletzte Selbstmord; einige Tage darauf bestätigte das Reichs-Versicherungsamt den abweisenden Bescheid der Berufsgenossenschaft. Die Hinterbliebenen beantragten durch das Arbeitersekretariat zu Gera die Wiederaufnahme des Verfahrens und beanspruchten auch die Hinterbliebenen-Rente, da der Verletzte durch Selbstmord geendet hatte und dieser Selbstmord nur erklärt werden konnte durch die überaus gedrückte geistige Stimmung, die durch die Erkrankung eingetreten war. Dem Wiederaufnahmeverfahren mußte in der mündlichen Verhandlung, wo die Ansprüche der Hinterbliebenen durch den Arbeitersekretär Robert Schmidt vertreten wurden, stattgegeben werden, da das Urteil des Reichs-Versicherungsamtes zu einer Zeit gefällt war, als der Kläger bereits tot war und die Erben die Ansprüche nicht angetreten hatten.

Nach dem Tode des Verletzten stellte sich nun bei einer Sektion der Leiche die überraschende Tatsache heraus, daß der Verstorbene nie an Lungentuberkulose gelitten hat. Der Arzt, der die Sektion vorgenommen hatte, überwies die Lunge des Verstorbenen dem pathologischen Institut in Leipzig und hier wurde von Professor Marecheux bestätigt, daß Spuren einer Lungenerkrankung nicht vorhanden sind. Dagegen hatte der Arzt, der die Sektion vorgenommen hatte, festgestellt, daß die linke Lunge mit dem Rippenfell verwachsen war. Daraus erklärte sich einwandfrei die ganze Erkrankung und die lebhaft geäußerten Schmerzen des Verstorbenen in der Brustseite. Der Gutachter betonte, daß nach diesem Sektionsbefund gar kein Zweifel bestehe, daß die Verwachsung der Lunge mit dem Brustfell auf den Unfall zurückzuführen ist. Dennoch lehnte das Schiedsgericht in Weimar den Anspruch der Hinterbliebenen ab und stützte sich dabei wiederum auf das Gutachten des Herrn Dr. Moser, der, ohne daß er die Sektion mit vorgenommen hatte, erklärte, die Verwachsung der Lunge mit dem Brustfell sei keine Folge des Unfalls, dazu war der Unfall zu leicht, die Verwachsung viel zu ausgedehnt, als daß sie und ihre Folgen seinerzeit vom Arzt hätten übersehen werden können.

Auf dieses Gutachten nun und den weiteren Einwand, daß der Antrag auf Wiederaufnahme nicht begründet sei, stützte sich das Schiedsgericht in seinem abweisenden Urteil. Demgegenüber mag noch darauf hingewiesen werden, daß der Verstorbene, wie durch Bescheinigung der Arbeitgeberin festgestellt wurde, zwei Jahre vor dem Unfall unausgesetzt ohne Beschwerden seine Arbeit verrichtet hatte. Die Bekundung des Dr. Moser war um so unverständlicher, als aus den Akten ersichtlich war, daß tatsächlich die Aerzte bei den vielfachen Untersuchungen die Verwachsung der Lunge mit dem Rippenfell nicht festgestellt hatten. Es lag also nichts näher, als daß sich die ärztlichen Gutachter bisher in der Beurteilung des Falles geirrt hatten und zum mindesten vom Reichs-Versicherungsamt, wo die Sache abermals zur Verhandlung stand, verlangt werden konnte, daß zur Klärung des Sachverhalts ein anderer Gutachter gehört wird, und nicht Männer, die an der falschen Diagnose beteiligt waren.

Diesem so nahe liegenden, innerlich begründeten Antrage hat leider das Reichs-Versicherungsamt nicht stattgegeben, sondern entschieden, daß der Anspruch der Hinterbliebenen nicht begründet ist, wenn auch dem Wiederaufnahmeverfahren stattgegeben werden mußte.

Es erübrigt sich, an einem solchen Urteile irgend welche Kritik zu üben. Es ist damit nur bewiesen, wie wenig die Berufsgenossenschaften Grund haben zur Klage, daß sie mit unbegründeten und unberechtigten Ansprüchen behelligt werden. Das Reichs-Versicherungsamt teilt leider in vielen Fällen die Auffassung der Berufsgenossenschaften und, wie der vorliegende Fall zeigt, lehnt es sogar sehr begründete Anträge auf Ausdehnung der Beweismittel ab. Im vorliegenden Falle konnte es wohl keinem Zweifel unterliegen, daß ein auf dem Gebiete der Lungenerkrankung erfahrener Gutachter zu einem anderen Ergebnisse gekommen wäre, als der Schiedsgerichtsarzt Dr. Moser, denn die widersprechende Auffassung der Gutachter muß selbst dem Laien auffallend erscheinen. Es ist bedauerlich, daß die höchste Instanz, die in solchen Fragen Recht zu sprechen hat, auf einen so ungenügend geklärten Sachverhalt ihre Urteile stützt; fast scheint es, als ob die leichtfertigen Anschuldigungen der Berufsgenossenschaften in einigen Senaten ein nur zu williges Ohr finden.

Stromer-Los.

Unter dieser Spitzmarke berichtet das „Bunzlauer Stadtblatt" aus dem in dortiger Gegend liegenden Bauerndorfe Looswitz:

„Am Sonnabend wurde hier im Walde, vor Kälte halb erstarrt, ein Bettler aufgefunden. Da er in der letzten Zeit wiederholt im Freien genächtigt hat, hat er am Körper großen Schaden genommen. Er war in einem solch traurigen Zustande, daß er nicht gehen konnte. Der Bettler wurde ins Kreiskrankenhaus geschafft."

So wie es da berichtet wird, scheint es, so traurig es auch ist, doch ein ziemlich alltäglicher Fall. Er ist in Wahrheit jedoch viel schlimmer. Wie uns berichtet wird, lebt der Unglückliche, ein Greis von vielleicht mehr als 70 Jahren, dort schon jahrelang obdachlos, und niemand hat sich seiner angenommen. Wen die Schuld trifft an der traurigen Verwahrlosung des Hülflosen, konnte unser Gewährsmann leider nicht in Erfahrung bringen, obwohl jedermann in der Gegend den Aermsten kennt. Offenbar liegt einer der auf dem Lande so häufigen Fälle von sträflicher Vernachlässigung der Armenfürsorgepflicht vor.

Gerichts-Zeitung.

Schamlose Erpressungsversuche, die wieder auf homosexuellem Gebiete lagen, führten gestern den Steinsetzer Franz Hering und den Zuschneider Willy Franz vor die dritte Strafkammer des Landgerichts I. Hering gehört zu jener Sorte von Blutsaugern, die sich an Männer mit unnatürlichen Veranlagungen heranmachen und sie dann mit Erpressungsversuchen drangsalieren. Ein Mann aus der Provinz, der nach Berlin gekommen war, war dem ersten Angeklagten in der Friedrichstraße begegnet und ihm ins Garn gegangen. Er hatte mit ihm eine Droschke bestiegen und eine Fahrt nach dem Tiergarten gemacht, unterwegs hatte Hering die Gelegenheit wahrgenommen, dem Herrn das Portemonnaie zu stehlen und damit zu verschwinden. Unglücklicherweise befanden sich in dem Portemonnaie auch Legitimationspapiere des Provinzialen und Hering überredete, nachdem er die nicht unbeträchtliche Geldsumme, die er erbeutet, aufgebraucht hatte, den zweiten Angeklagten, mit ihm zusammen einen Erpresserfeldzug gegen ihr Opfer zu beginnen. Zum Entsetzen des geängstigten Mannes erschienen sie eines Tages in dessen Wohnung und zogen nun die Erpresserschraube fleißig an. Sie erbeuteten auf den ersten Hieb 280 Mark und gaben das Versprechen ab, fernerhin Ruhe zu halten. Sie haben dies Versprechen aber nicht gehalten, sondern es folgten bald Briefe mit allerlei drohenden Hinweisen, so daß der Gequälte nunmehr die Hülfe der Polizei in Anspruch nahm, die die gefährlichen Burschen bald hinter Schloß und Riegel brachte. Der Gerichtshof verurteilte mit Rücksicht auf das schwere Unheil, das durch solch schamloses Treiben gemeingefährlicher Burschen über ganze Familien gebracht werden kann, den Angeklagten Hering zu drei Jahren Zuchthaus, den Angeklagten Franz zu 1½ Jahren Gefängnis und je drei Jahren Ehrverlust.

Wegen eines Revolveranschlages auf seine Geliebte hatte sich der Arbeiter Gotthold Minsch gestern vor der 9. Strafkammer zu verantworten. Er hatte die jetzige Aufwärterin Margarete Kühn als halbes Kind kennen gelernt; das leichtfertig veranlagte Mädchen hatte dem Angeklagten während der fünfjährigen Bekanntschaft verschiedentlich den Laufpaß gegeben. Es kam oft zu Eifersuchtsszenen. Eines Nachmittags sah der Angeklagte die Kühn mit einem jungen Mann plaudernd vor der Tür stehen und sofort loderte bei ihm die Eifersucht wieder auf. Wie er sagt, kamen ihm die Selbstmordgedanken; er lief nach Hause, steckte einen mit sechs Patronen geladenen Revolver zu sich und begab sich zunächst in mehrere Schanklokale und dann nach der Fidicinstr. 8, wo die Kühn wohnte. Als ihm auf dem Hof bezw. dem Flur das Mädchen begegnete, schrie er sie an: „Da bist Du ja, Du Falsche, Du sollst einen Denkzettel kriegen!" Unmittelbar darauf krachte ein Schuß. Der Angeklagte hatte den Revolver aber nicht auf die Kühn abgefeuert, der Schuß ging vielmehr seitwärts in die Wand. Das Mädchen schrie um Hülfe und lief auf den Hof; der Angeklagte lief ihr nach und feuerte noch fünf Schüsse auf sie ab, von denen einer die Stirn streifte, ein zweiter den Arm verletzte und ein dritter in ihre rechte Lunge drang.

Zum Glück konnte die Kühn im Krankenhause völlig wiederhergestellt werden. Der Angeklagte entkam, da er sich zwei Männer, die sich ihm in den Weg stellten, durch Drohung mit dem Revolver, der nicht mehr geladen war, vom Leibe hielt. Er lief nach dem Grunewald und von da nach Potsdam und hat unterwegs den Revolver in den Wannsee geworfen. Am nächsten Tag bat er in Potsdam einen Polizeibeamten um seine Festnahme, da er auf seine Braut geschossen habe. Das Mädchen hatte man nach dem Vorfall zunächst in eine Privatwohnung und alsdann in das Krankenhaus am Urban transportiert, wo es fünf Wochen behandelt wurde. Die Kugel in der Lunge mußte durch eine Operation entfernt werden. Glücklicherweise hat die Verletzte nach dem Gutachten des Sachverständigen Dr. Peltasohn dauernden Schaden an ihrer Gesundheit nicht zu befürchten. — Der Staatsanwalt hielt mehrere selbständige Handlungen für vorliegend und beantragte acht Jahre Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte auf fünf Jahre Gefängnis, da der Angeklagte schon mehrfach wegen Körperverletzung vorbestraft war.

Fortgesetzte Kautionsschwindeleien wurden dem Agenten Hugo Lehmann zur Last gelegt, der gestern wegen Betruges vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I zur Verantwortung gezogen wurde. Der Angeklagte war früher Eigentümer des Grundstücks Tilsiterstr. 22, auf welchem er eine Zuckerwarenfabrik betrieb. Seit geraumer Zeit befand er sich in ungünstiger Vermögenslage; sein Haus wurde subhastiert und seine Fabrikation ging nach und nach auf einen unbedeutenden Handbetrieb zurück. Obwohl er für Angestellte keine genügende Beschäftigung hatte, suchte er fortgesetzt durch Zeitungsannoncen Reisende, Kassierer und Kutscher gegen Kaution. Den Reflektanten stellte er dann sehr günstige Bedingungen. Die Hauptsache war aber die, daß die Angestellten einen Vertrag unterzeichnen mußten, wonach die Kaution dem Angeklagten verfallen sein sollte, wenn sie gegen die Interessen des Geschäfts handelten oder ohne Innehaltung der Kündigungsfrist ihre Tätigkeit aufgäben. Dieser Fall trat fast immer sehr bald ein, denn die Reisenden, die angestellt wurden, sahen bald ein, daß ihnen bezüglich der Möglichkeit, Geschäfte zu machen, ganz falsche Angaben gemacht worden waren. Sie verließen ihren Dienst und konnten ihre Kaution nicht wiederbekommen. Der Angeklagte ließ sich dieserhalb vielfach verklagen. Innerhalb kurzer Zeit schwebten gegen ihn allein vor dem Gewerbegericht allein 76 Prozesse von Angestellten, während er andererseits gegen seine Angestellten Strafanzeigen wegen Diebstahls und Unterschlagung erstattete. Vorkommendenfalls wußte er sich gegen den Vorwurf der Unterschlagung dadurch zu sichern, daß er im Falle des Einschreitens von Behörden entweder größere Summen bei sich hatte und vorwies oder Zahlungen an den gerade in Rede stehenden Gläubiger zu den Akten nachwies; er pflegte sich auch durch Aufstellung von Gegenrechnungen zu schützen. Der Angeklagte bestritt jede betrügerische Absicht, der Gerichtshof sah diese aber für erwiesen an und verurteilte den Angeklagten zu 1 Jahre Gefängnis. Auf die von den Rechtsanwälten Dr. Schwindt und Arndt eingelegte Revision hob das Reichsgericht das Urteil auf und so mußte die Strafsache vor der 8. Strafkammer noch einmal in einer umfangreichen Beweisaufnahme erörtert werden. Das Ergebnis war abermals die Verurteilung des Angeklagten zu einem Jahre Gefängnis.

Verantw. Redakteur: Paul Büttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Stralau. Sonntag vormittags 10 Uhr findet bei Hänisch, Markgrafendamm 16, die Wahlvereinsversammlung statt. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist notwendig.

In Erkner ist Sonntag nachmittag 3 Uhr bei Degebrodt eine Volksversammlung, in der Frau Ihrer über die politische Lage Deutschlands spricht.

Friedrichsfelde. Der Wahlverein hält am Dienstag abend 8½ Uhr seine Mitgliederversammlung im Lokal von G. Schulz, Wilhelmstr. 11, ab. Vortrag des Genossen M. Baege über „Bibel und Bebel".

Lokales.

Die Krankenhausnot vor der Stadtverordneten-Versammlung.

Er war also wirklich nicht dringlich — der Antrag, den die sozialdemokratische Fraktion vor acht Tagen gestellt hatte, um den Magistrat zu veranlassen, daß er zur Linderung der augenblicklichen Krankenhausnot schleunigst Vorkehrungen treffe. Er war nicht dringlich, und die Freisinnigen taten ganz recht daran, daß sie in der vorigen Sitzung sich dem Verlangen einer sofortigen Beratung widersetzten und kraft ihres Mehrheitsrechtes die Vertagung beschlossen. Denn gestern wurde es vom Magistrat und von seinen freisinnigen Freunden in der Versammlung unwiderleglich bewiesen, daß die Verwaltung nicht nur von jeher auf dem Gebiete des Krankenhauswesens ihre Pflicht getan, sondern auch in dem vorliegenden Falle wieder zu rechter Zeit und aus eigenem Antriebe die erforderlichen Maßnahmen getroffen hat.

Das ist der Eindruck, den die gestrigen Verhandlungen nach außen hin machen werden — wenn die heißen Wünsche des Magistrats und der freisinnigen Stadtverordneten-Mehrheit Erfüllung finden. Wir vermuten indes, daß ihren tönenden Reden dieser Erfolg doch wohl versagt bleiben wird. Bis tief in die bürgerlichen Kreise hinein wird man die Empfindung haben, daß die städtische Verwaltung wieder einmal einen „schwarzen Tag" gehabt hat. Das Beweismaterial, das von unserem Genossen Dr. Weyl vorgelegt wurde, war geradezu erdrückend. Welche Wirkung die von ihm gegebenen Schilderungen auf die Freisinnigen ausübten, das verriet schon der Eifer, mit dem erst Herr Cassel und dann Herr Sachs zum Magistratstisch lief, um mit dem Oberbürgermeister und dem Krankenhaus-Dezernenten die Köpfe zusammenzustecken. Unser Genosse schloß seine packende Rede mit einem scharfen Angriff auf die Leitung der Krankenhausverwaltung, die von nichts gewußt habe und erst durch die von sozialdemokratischer Seite gekommene Anregung zu den notdürftigsten Abhülfemaßregeln veranlaßt worden sei.

Die Antwort, die der Magistrat gab, enthüllte die ganze Hülflosigkeit der Verwaltung. Stadtrat Weigert versuchte, dem Ausdruck „wegen Platzmangel abgewiesen", eine Deutung zu geben, die man nur als klägliche Ausrede bezeichnen kann. Als Herr Nathan (Sozial-Fortschrittler) für den sozialdemokratischen Antrag sprach und das von Weyl entrollte Bild erschütternd nannte, trat ihm Oberbürgermeister Kirschner mit verletzender Schärfe entgegen. Herr Kirschner erklärte, die Stadt gehe im Krankenhauswesen schon weit über ihre gesetzlichen Verpflichtungen hinaus. Ueber die Kritik der Sozialdemokraten äußerte er sich in dem Ton, den man von ihm gewöhnt ist. Sie gefällt ihm nicht, und er behauptete keck, sie werde nicht geübt, um Besserung herbeizuführen, sondern um nach außen hin Eindruck zu machen. Stadtrat Straßmann sprach als dritter Redner des Magistrats; die Hiebe, die der sozialdemokratische Redner ausgeteilt hatte, waren so kräftig gewesen, daß ein Mann zur Abwehr nicht ausreichte.

Des Oberbürgermeisters Abneigung gegen die sozialdemokratische Kritik beklagte Herr Landau, der, wie so oft, gegen seine Freunde aus der „Alten Linken" auftrat. Eine sehr nachdrückliche Abfuhr wurde dem Magistrat vom Genossen Singer zu teil. Singer geißelte die von Herrn Weigert befolgte Taktik, aus den von Weyl vorgelegten Beweismaterialien drei Einzelfälle herauszugreifen, sie als unzutreffend hinzustellen und danach über das gesamte Material zu urteilen. Der vom Oberbürgermeister ausgesprochenen Verdächtigung, daß die Sozialdemokraten bei ihrer Mitarbeit an der städtischen Verwaltung nicht das Interesse der Stadt fördern, stellte Singer die Tatsache entgegen, daß zahlreiche Reformen in der Kommune erst durch die Sozialdemokratie angeregt worden sind.

Herr Kirschner replizierte in ausfallendem Ton — er fühlte, daß er unterlegen war. Herr Cassel schloß die Debatte mit dem stolzen Pathos, das ihm geläufig ist. Dann wurde ein Schlußantrag angenommen, die beantragte Ausschußberatung wurde abgelehnt und die motivierte Tagesordnung angenommen. Und alles war wieder „in bester Ordnung".

Patriotische Wortungetüme.

Daß der monarchische Gedanke seit der Existenz des neuen Kurses in der Bevölkerung festere Wurzel gefaßt habe, wird auch der ärgste Byzantiner nicht zu behaupten wagen. Die Stimmen, welche bei den öffentlichen Wahlen für die Sozialdemokratie abgegeben werden, reden eine zu deutliche Sprache und in Regierungskreisen verhehlt man sich diese fatale Wahrheit auch gewiß nicht. Aber je mehr das Innenleben des Volkes sich von Fürstenkultus sowohl als von Kirchenfrömmigkeit fern hält, je mehr wird die Oeffentlichkeit durch Aeußerlichkeiten von oben herab an die Existenz der Monarchie und ihrer Stützen erinnert. Wir wollen diesmal absehen von der Ausfüllung der öffentlichen Plätze mit Denkmälern, Staats- und Kirchenbauten, die alle den ausgesprochenen Zweck haben sollen, das widerhaarige Volk sozusagen handgreiflich daran zu erinnern, was alles es der Monarchie und ihren Repräsentanten zu verdanken habe. Daß diese zahllosen Bauwerke weder politisch noch künstlerisch die erhoffte Anerkennung finden, ist ein Kapitel für sich und soll hier in seiner Ueberflüssigkeit nicht weiter behandelt werden.

Eine andere Merkwürdigkeit aus diesem Revier verdient aber einmal Erwähnung, nämlich die patriotische Benamsung öffentlicher Straßen und Anstalten. Auch in alten Tagen war es Brauch, nach Fürsten, Generälen und anderen Staatswürdenträgern öffentliche Straßen und Gebäude zu benennen. Die Friedrich-, die Wrangel-, die Hinkeldeystraße und zahlreiche andere sind zum Andenken an Hohenzollern und deren Stützen benannt worden; der Name stand fest und damit war es gut. Wer die Geschichte halbwegs kennt, weiß auch, welche Männer damit dem Gedächtnis kommender Geschlechter bewahrt werden sollen.

Auch der neue Kurs pflegt diesen Brauch und zwar eifriger als es jemals früher geschehen. Aber drollig. Wo mehr und mehr die Achtung vor dem bloßen Namen schwindet und es so schrecklich schwer ist, im Gedächtnis der modernen Menschheit fortzuleben, da meint man, diesem Mangel künstlich nachhelfen zu müssen. Man kam auf die Idee, der größeren Deutlichkeit halber außer dem Namen hochgeborener Herren auch noch deren Titel der Nachwelt zu überantworten und so entstanden Straßenbenennungen usw., die wahre Wortungeheuer sind, wie Prinz August von Württembergstraße, Prinz Friedrich Leopold-Kanal, Kaiserin Augusta-Allee, Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche, Auguste Viktoria-Krankenhaus, General Papestraße, Prinz Handjerystraße, Kaiser Wilhelm-Realgymnasium, Kaiser Friedrich-Gedächtniskirche, Prinz Albertstraße, Prinz Louis Ferdinandstraße, Königin Elisabethstraße und ähnliche Benennungen, die in ihrer Ausdehnung grotesk wirken. Das tollste auf diesem Gebiete ist wohl das Kaiser und Kaiserin Friedrich-Kinderkrankenhaus. Auch die Kirche glaubte seltsamerweise ihren Stiftern besser zu dienen, wenn sie deren Namen entsetzlich lang ausdehnte und statt der Johanniskirche eine St. Johannis Evangelist-Kirche schuf, statt einer Pauli- oder Philippi-Kirche eine Apostel Paulus-Kirche und Philippus Apostel-Kirche. Solche weitläufigen Namen konnten nur Leute dichten, die mit dem Volke keine Berührung haben und daher entweder dessen Bedürfnisse nicht verstehen oder meinen, daß es gleichgültig sei, ob man auf die Oeffentlichkeit Rücksicht nehme oder nicht. Namen von Straßen und öffentlichen Gebäuden sollen kurz sein und sich leicht dem Gedächtnis einprägen; Wortungeheuer aber erregen Widerwillen. Wenn der neue Kurs nicht sonst Versündigungen in schwerer Fülle begangen hätte, Versündigungen, die wahrlich kein gutes Andenken hinterlassen, so gäben allein die in unserer Zeit erklügelten Straßennamen der Nachwelt ein Bild von der Verständnislosigkeit, mit der die „leitenden Kreise" dem Volksempfinden gegenüberstehen.

Bockbierstimmung.

Bockbier, Bockjubel überall! — Kaum war der Jammer vorbei, so begannen die Bockbierfeste. Es soll sogar schon Ueberböcke geben, die auf Ueberbockbierfesten stoßen. In der guten alten Bockbierzeit, vor 15 bis 20 Jahren, fingen die Bocksprünge erst mit dem Osterfeste an. Auf dem Spandauer Berg war gewöhnlich schon am Karfreitag der Bock los. Dort trafen sich Schauspieler und andere Künstler und lustige Brüder mit gar lustigen Weiblein, lieblich anzuschauen, aber den Teufel im Leibe, und waren allesamt fröhlich und guter Dinge beim Bockbier, während jeder gute Christ doch wenigstens am Karfreitag in die Kirche ging und seiner schwärzesten Sünden einmal im Jahre gedachte. — Mit dem ersten Osterfeiertage dagegen trat der Berliner Bock auf dem Tempelhofer Berg in seine Rechte.

Ehrbar und eifrig wie zu einer Pilgerfahrt machten sich ganze Scharen wackerer Berliner früh am Ostermorgen auf die Beine, und wieder ging es nach dem Bock anstatt zur Auferstehungsfeier nach der Kirche. — Ja, ja, man hat die vielen neuen Kirchen doch wohl nicht ohne Grund gebaut, trotzdem halten die Berliner lieber wo anders Einkehr als dort.

Am Ostermorgen auf dem Bock, das galt vielen als eine Bürgerpflicht, die sie freudig erfüllten und am liebsten allein, ohne „Muttern". Es ging damals noch toller her auf dem Bock, derber und dreister wie heute. Der Radau war fürchterlich; das Bier floß in Strömen und gelangte nicht immer in den Magen; wer durch die Kehle nichts mehr bringen konnte, dem wurde es zuweilen ins Genick gegossen, aus Spaß! Es kam vor, daß Mägdelein von den losgelassenen Böcklein derart gestoßen wurden, daß sie auf den Tisch sprangen und nach der Bockmusik tanzten. Und was sonst noch der Uebermut ausheckte! —

Heute geht es ruhiger und gemütlicher her, trotzdem noch allerlei tolle Bocksprünge gemacht werden.

Jene Art Karneval, wo sich unter der Narrenkappe vielerlei Klassen und Stände treffen, Philister und Studenten, Soldaten, Master Bürger und Arbeiter, die sich „den Schwindel mal ansehen" wollen! Rauschende Musik übertönt den Lärm im weiten Saal. Bunte Kappen, Schärpen, Schleifen, Bänder sieht man überall. Man maskiert sich recht übermütig zur gegenseitigen Belustigung. Bocknasen werden viel getragen, manchmal sogar illuminiert, als wirklich leuchtende rote Nasen. Hier läuft einer mit Paus- oder Powkebacken herum, dort trägt ein anderer große Hörner und spielt vielleicht mit dem Feuer, denn er renommiert, daß er seine „Olle" zu Hause gelassen habe. Künstlerlocken und Miniatur-Zylinderhüte sind vielfach beliebt. Mit Nachtmützen von Großmuttern wird paradiert, mit schneidigen Bärten und großen Brillen wird imponiert. Jeder versucht, durch irgend einen verrückten Einfall die allgemeine gute Bocklaune noch zu erhöhen. Die Musik intoniert eine bekannte Studentenmelodie; gleich wird an allen Tischen der Takt mit Schlüsseln an den Gläsern dazu geschlagen, und begeistert stimmt alles in den schönen Schluß ein:

O jerum, jerum, jerum —
Wer nicht mehr saufen kann,
Der ist kein Mann.

Weiber, jung und hübsch, drall und nett, selig und beschwipst, sind zahlreich vorhanden wie die Rosinen im Kuchen. Jede muß „Spaß verstehen", denn es gibt bald einen Klaps oder Kuß, einen Knuff oder Puff aus liebevoller Zuneigung, daß sie oft gute Miene zu einem bösen Spiel machen müssen.

Da ertönt an einem Tische ein Gesang, recht deutsch gefühlvoll, gleichsam um alle Unarten zu entschuldigen. Der Gesang setzt sich fort, die Musik spielt und alles singt: „Ein Prosit der Gemütlichkeit!" Das ist ein Signal für die Kellner. Mit schäumenden Gläsern, die nur einige Finger breit Bier sehen lassen, rücken sie vor zum Sturm auf die immer durstige Menge, die dem „Prosit der Gemütlichkeit!" natürlich den Rest gebracht hat.

Manchmal erhebt sich ein Riesengebrüll — es klingt wie Lachen —, kein Mensch weiß, warum; man brüllt halt vor lauter Vergnügen!

Selbst ein Griesgram, der sich dazwischen mengt, wird angesteckt von der tollen Lustigkeit auf einem Bockbierfest. Diese Bockbierfeste sind immer häufiger und beliebter geworden in Berlin. Was vor Jahren eine Art Vorrecht des Berliner Bockes war, nimmt heute fast jede andere Brauerei und jeder Gastwirt in Anspruch, und in der Originalität der Arrangements und in der Bockvollheit versucht der eine den anderen zu übertreffen. Ein gutes Bockbier bringt leicht in Stimmung; mancher braucht davon etwas mehr, um erst seinen Kummer zu ertränken und dann die gute Laune aufsteigen zu lassen. Freilich, hinter jedem lustig springenden Bock schleicht ein Kater daher! — Der Berliner sagt: „Man soll die Feste feiern, wie sie fallen." Kommen die Bockbierfeste an die Reihe, ist's ihm gerade recht. Wer nur die Märklein nicht immer so genau zählen müßte, deren jedes einzelne sauer verdient sein will! — Es ist doch schließlich ein teurer Spaß, der einem selbst noch in der Erinnerung durch Mark und Pfennig geht, so ein richtiger Bockkarneval! —

In der gestrigen Sitzung der Deputation für die Straßenreinigung wurde der Zuschlag für die Piassavawalzen den Firmen Engeler und Löffler erteilt. Die Preise sind die gleichen wie im Vorjahre.

Den Zuschlag für Gummikratzen und Schläuche erhielt ebenfalls die seitherige Lieferantin — eine Aktiengesellschaft in Gotha. Das von mehreren Berliner Firmen zur Probe entnommene Material blieb in bezug auf die Dauerhaftigkeit so erheblich hinter dem Gothaer zurück, daß der geringere Preis nicht in Betracht kommen konnte.

Für einen dauernd dienstunfähig gewordenen Aufseher befürwortet die Deputation neben der gesetzlichen Pension eine laufende jährliche Unterstützung von 300 M. Einem dauernd arbeitsunfähig gewordenen Arbeiter, der seine im Dienste der Straßenreinigung verbrachte 25jährige Dienstzeit um etliche Jahre unterbrochen hatte, um als Kleingewerbetreibender sein Glück zu versuchen, soll für den Bezug des Ruhegeldes die volle Dienstzeit berechnet werden.

Dem mit der städtischen Blindenanstalt abgeschlossenen Vertrage über das jährliche Quantum der Piassavabesen, stimmte die Deputation zu.

Von dem Arbeiterausschuß lag ein Antrag vor, entgegen der vom Magistrat und Stadtverordneten beschlossenen Bestimmung, daß allen fünf Jahre in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeitern ein Sommerurlaub von einer Woche zusteht, diese Wohltat den Arbeitern nach dreijähriger Arbeitsdauer zu gute kommen soll. Dieser Antrag wurde von einer Seite dahin ausgedehnt, daß der Sommerurlaub allen Arbeitern nach einjähriger Arbeitsdauer zustehen soll.

Sowohl der letztere wie der Antrag des Arbeiterausschusses wurden von der Deputation abgelehnt, weil es aussichtslos sei, für die Arbeiter der Straßenreinigung eine Ausnahmestellung zu erreichen.

Der Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter

hat in seiner Versammlung am Mittwoch seinen bisherigen Vorsitzenden und Redakteur Hellmuth Lehmann, der in der Versammlung am Sonntag zurückgetreten war, wieder in seine Aemter eingesetzt. Rechtsanwalt Dr. Broh, der ebenfalls von der Leitung des Vereins zurückgetreten ist, erklärte am Mittwoch, daß er niemals wieder ein Amt im Verein annehmen werde. Nach der Stimmung, die in der nicht sonderlich stark besuchten Versammlung am Mittwoch herrschte, ist anzunehmen, daß sich die Mehrheit von Dr. Broh abgewandt hat, um sich unter den leitenden Einfluß Lehmanns zu stellen. Damit haben also die Differenzen, die aus dem Gegensatz zwischen Lehmann und Dr. Broh entstanden sind, vor der Hand einen Abschluß gefunden. Daß aber damit eine gedeihliche Weiterentwickelung des Vereins im Sinne seiner Gründer verbürgt ist, scheint uns sehr zweifelhaft.

Die Versammlung, welche fast vollständig ausgefüllt wurde durch Reden von Dr. Broh und Lehmann, machte auf uns den Eindruck, als ob die Differenzen innerhalb der bisherigen Vereinsleitung im Grunde genommen nicht auf taktische Meinungsverschiedenheiten zwischen Dr. Broh und Lehmann zurückzuführen seien, sondern daß sie ihre Ursache haben in der grundverschiedenen Charakteranlage der beiden Genannten. Dr. Broh will neben der Verbesserung des Lehrlings- und Arbeitsverhältnisses der Mitglieder in erster Linie deren Bildung fördern, die jungen Leute zu selbständig denkenden Menschen und damit zu brauchbaren Mitarbeitern in der modernen Arbeiterbewegung erziehen. Wer diese Aufgabe erfüllen will, der muß ein gut Teil pädagogischer Begabung besitzen. Ob Dr. Broh in diesem Punkte immer das Richtige getroffen hat, mag fraglich sein. Aus guten Absichten allein entwickelt sich nicht der Mann, der die Jugend in der angegebenen Richtung führen kann.

Daß die Vereinsmehrheit Hellmuth Lehmann zum maßgebenden Führer erkoren hat, das scheint uns aber auch kein Gewinn zu sein. An dem guten Willen und den redlichen Absichten Lehmanns zweifeln wir keinen Augenblick. Aber während Dr. Broh nur den Ton nicht zu treffen wußte, durch den man das dauernde Vertrauen jugendlicher Arbeiter, die in Berlin aufgewachsen sind, erwerben kann, fehlen Hellmuth Lehmann nahezu alle Eigenschaften, die ihn zu einem erfolgreichen Leiter des Vereins fähig machen könnten. Lehmann ist, wenn auch kein Jugendlicher, so doch ein noch recht junger Mann. Er nimmt anscheinend lebhaften Anteil an der Partei- und Gewerkschaftsbewegung und glaubt die Bestrebungen des Vereins, in denen er in der Hauptsache wohl mit Dr. Broh übereinstimmt, am besten dadurch fördern zu können, daß er die Art und Form der Agitation, welche er bei den erwachsenen Arbeiten kennen gelernt hat, wo sie auch am Platze ist, schablonenhaft und schematisch auf den Verein der Jugendlichen überträgt. Lehmann kann zwar den Ton anschlagen, welcher unter seinen jugendlichen Zuhörern Beifall entfesselt, aber eine wahrhaft nützliche Tätigkeit im Verein wird er unserer Ueberzeugung nach vorab nicht entfalten können.

Sollte der Verein nun gar den Rat befolgen, den ihm Dr. Broh erteilte: die erwachsenen Mitglieder zu entfernen, also sich der Beratung durch erfahrene Männer entschlagen, dann wird die Organisation der Jugendlichen, namentlich unter Lehmanns Leitung, nichts anderes sein, als eine müßige Vereinsspielerei. Soll die Organisation der jugendlichen Arbeiter, die an sich ein gutes Werk ist, das aufgestellte Ziel erreichen, dann bedarf sie der Führung durch einsichtige und erfahrene Männer, die nicht Vormünder oder Schulmeister, sondern freundschaftliche Berater und Wegweiser der jungen Leute sein wollen. Leider fehlt es dem Verein zurzeit an solchen Ratgebern. Es wäre ihm zu wünschen, daß er sie finde.

Zum Ankauf des früheren katholischen Arbeiterheims „Leo-Hospiz" in der Rüdersdorferstr. 45 hat sich der „Germania" zufolge ein „Schutzverein" gebildet. Das Haus konnte früher von den Katholiken schon deshalb nicht gehalten werden, weil sie meinten, der sozialdemokratischen Arbeiterschaft den Versammlungssaal verweigern zu müssen. Bald saßen die Herrschaften denn auch auf dem Trocknen, und der Oekonom tat nun, was sofort hätte geschehen sollen, er stellt auch der Sozialdemokratie die Räume zur Verfügung. Der Schutzverein hat das Haus am 21. Januar erworben, doch sollen, um die Schuldenlast in Höhe von einer halben Million Mark abzutragen, Sammlungen eingeleitet werden. Merkwürdig ist die Stelle im Kaufvertrag, daß der letzte Besitzer, Pfarrer Dr. Stephan, sich im Kaufvertrage verpflichtet hat, sich jeglicher Sammlung für das Leo-Hospiz zu enthalten. Kardinal Kopp hat die für die Kosten des Ankaufs notwendigen 17 000 M. geschenkt. Es scheint sich nach allem um ein sehr schwieriges Unternehmen zu handeln, dem der Krach sicher sein dürfte, wenn die neuen Inhaber abermals der sozialdemokratischen Arbeiterschaft vor den Kopf stoßen sollten. Bei der Fülle von Versammlungslokalen gerade im Nordosten ist die Sozialdemokratie allerdings nicht auf das Leo-Hospiz angewiesen, wohl aber ist es selbstverständlich, daß sie ihr Verhalten streng dem des neuen Eigentümers anpassen wird.

Die beim Bau des Schauspielhauses beschäftigten Arbeiter waren gestern genötigt, die Arbeit auf kurze Zeit niederzulegen. Seit drei Tagen hat die Bauleitung, um die Malerarbeiten so schnell als möglich beginnen zu können, in den umgebauten Räumen, namentlich im Zuschauerraum, 25 Koksкörbe verteilt. Bereits gestern forderten die Arbeiter die Beseitigung der Körbe, da sich bei fast allen Anfällen von Schwindel, und bei einem großen Teile von ihnen sogar Uebelkeit und Erbrechen infolge der im ganzen Hause verbreiteten Kohlengasdünste eingestellt hatten. Als die Arbeiter, deren Gesamtzahl etwa 500 beträgt, gestern ihre Tätigkeit begannen, wollten einige überhaupt nicht anfangen, bevor die Koksкörbe nicht entfernt seien. Mit Rücksicht auf die noch ausstehende Antwort der Bauleitung, die aber vormittags erwartet wurde, gingen sie schließlich

an die Achsel. Da fiel gegen ½10 Uhr ein im Zuschauerraum beschäftigter 26jähriger Schlosser ohnmächtig um. Arbeitskollegen und Schutzleute brachten ihn nach der Unfallstation in der Kronenstraße, wo ein Aufhören der Atmung festgestellt wurde. Die Wiederbelebungsversuche führten endlich nach längerer Zeit zu einem Erfolge. Der Erkrankte wurde dann nach der Charité gebracht. Als sich die Nachricht von dem Unfall im Schauspielhause verbreitet hatte, stellten sämtliche Arbeiter die Arbeit ein und nahmen sie erst nach Entfernung der Kokskörbe, die die Vertreter der Arbeiterorganisationen bei der Bauleitung gefordert hatten, wieder auf. Das Vorkommnis wird für den verantwortlichen Bauleiter nicht ohne Folgen bleiben. Das Aufstellen von offenen Kokskörben in Bauten ist durch Polizeivorschrift verboten. In einem sofort nach dem Unfall aufgenommenen Protokoll befinden sich die Aussagen von Schutzleuten des Reviers, nach denen der Polizei gemeldet worden ist, es seien „hygienische Gasheizöfen" zum Trocknen aufgestellt worden. Dem Polizeileutnant und den Schutzleuten sei aber, so wird in dem Protokoll hinzugefügt, der Zutritt zu der Baustelle von der Leitung verweigert worden.

Danach scheint es, als ob auf einem „königlichen" Bau der Bauleiter meint, über der Behörde zu stehen.

Die Firma M. Kempinski u. Co. teilt uns zu der am Dienstag über die seltsame Reklame gebrachten Meldung folgendes mit: „Die Firma M. Kempinski u. Co. steht mit dem Druck und der Verbreitung der auf den Straßen ausgerufenen, ihr Geschäft betreffenden Broschüre in keiner Verbindung. Sie hat die Polizei selbst ersucht, dem Treiben der Händler ein Ende zu bereiten".

Ein großer neuer Stadtteil ist im Norden an der Müller-, See- und den dem Nordpark umgebenden Straßen im Entstehen begriffen. Wie auf eine Anfrage im Ausschuß zur Vorberatung des Antrages des Stadtverordneten Baurat Kyllmann und Genossen von den Magistratsvertretern mitgeteilt wurde, schreiten die Verhandlungen wegen der Fertigstellung des neunten Radialsystems mit Erfolg fort. Die Straße 20 a, von der Müller- nach der Seestraße, die die Togostraße schneidet, kann sofort angelegt werden, sobald das kleine Dreieck an der Ecke der Seestraße, das noch zu Plötzensee gehört, für die Kanalisation freigegeben ist. Diese Freigabe ist bald zu erwarten. Die Verhandlungen mit den Besitzern der großen Terrains an der Jungfernheide versprechen ebenfalls, angesichts des Entgegenkommens aller Beteiligten, ein baldiges günstiges Ergebnis.

Bei einem ehelichen Streite verletzte der Tischler Franz Weißhaar in seiner Wohnung, Swinemünderstraße 24, seine Frau mit einem Küchenmesser erheblich im Gesicht und brachte sich dann leichte Schnittwunden am Hals und an den Handgelenken bei. W. wurde verhaftet. Der Tischler Franz Weißhaar ist 53 Jahre alt und mit seiner 57jährigen Frau seit 30 Jahren verheiratet. Aus der Ehe sind zwei erwachsene Töchter und ein Sohn hervorgegangen, der jetzt 14 Jahre alt ist. Weißhaar verlor in der vorigen Woche einen Prozeß, betrank sich vor Aerger darüber mehrmals und wollte sich das Leben nehmen. Als er vorgestern abend um 6 Uhr betrunken nach Hause kam, verlangte er von seiner Frau, mit der er allein in der Wohnung war, daß sie ihm einen großen Bogen Papier hole, damit er sein Testament machen könne. Die Frau weigerte sich und bemerkte, er habe ja doch nichts zu hinterlassen. Jetzt ergriff Weißhaar ein Küchenmesser, stürzte auf seine nach dem Wohnungsflur entfliehende Frau und stieß es ihr mit den Worten: dann können wir ja auch beide alle werden, zweimal ins Gesicht. Während die unter dem rechten Auge und über dem Munde erheblich verletzte Frau die Tür aufriß und um Hülfe rief, versuchte sich der Mann die Schlagadern am Hals und an den Handgelenken durchzuschneiden, hatte sich aber noch nicht gefährlich verletzt, als auf Veranlassung des Hausverwalters Löwe ein Schutzmann hinzukam. Beide Verletzten wurden auf der Unfallstation in der Schönhauser-Allee verbunden, die Frau in ärztliche Behandlung nach der Wohnung zurückgebracht und der Mann von der Wache des 90. Reviers der Kriminalpolizei zugeführt.

Verlegung von Straßenbahnlinien. Die Verlegung verschiedener Linien der Straßenbahn ist durch die großen Schwierigkeiten bedingt, die der Bau des Rotauslasses der Schöneberger Kanalisation in der Maaßenstraße verursacht. Die Verlegung der Linien konnte bisher vermieden werden, soll aber Freitag früh stattfinden. In der Maaßenstraße zwischen dem Nollendorf- und dem Winterfeldtplatz kann der Betrieb bis auf weiteres nur eingleisig aufrecht erhalten werden, sodaß es nicht möglich ist, sämtliche durch die Straße gehenden Linien über das eingleisige Stück zu führen. Es werden deshalb abgelenkt die Linien 82, 89 und 90, die von Treptow und vom Schlesischen Tor zum Zoologischen Garten gehen. Sie werden zwischen dem Winterfeldtplatz und dem Bahnhof Zoologischer Garten in beiden Richtungen jetzt durch folgende Straßen geführt: Hohenstaufen-, Motz-, Rosberitzerstraße, Kaiser Allee und Joachimsthalerstraße. Die Kleist- und Tauenzienstraße wird von ihnen nicht mehr durchfahren. Die Linien 2 Außenring, 8 Großer Ring, 56 Danzigerstraße—Schöneberg und C Wilmersdorf—Potsdamer Platz gehen nach wie vor durch die Maaßenstraße. Die Haltestelle am Nollendorfplatz aber muß für die Dauer des eingleisigen Betriebes eingezogen werden.

Unter dem Verdacht der vorsätzlichen Brandstiftung verhaftet wurde das 37jährige Dienstmädchen Klara Zimmermann, das bei dem Kaufmann B. Beer in der Landsbergerstr. 21 in Stellung war. Bei dieser Familie kam am vorigen Dienstagabend plötzlich in dem Schlafzimmer ein Brand aus, der Decken und Kleidungsstücke erfaßte. Das Dienstmädchen bemerkte nun die Gefahr zuerst und alarmierte auch die Feuerwehr. Als diese in wenigen Minuten zur Stelle war, erfüllte schon dichter Rauch das Zimmer, in dem die drei kleinen Kinder des B. schliefen. Die Flammen konnten zum Glück mit Leichtigkeit erstickt werden, doch ergaben die Ermittelungen der Kriminalpolizei, daß hier jedenfalls vorsätzliche Brandstiftung vorliegt. Die Z. sollte nämlich am 15. d. M. abziehen, da ihre Dienstleistungen nicht ausreichend genug waren. Man nimmt nun an, daß sie das Feuer aus Rache angelegt hat, um die Herrschaft zu schädigen. Sie wurde noch in derselben Nacht verhaftet und mehrmals vernommen. Gestern erfolgte ihre Einlieferung in das Untersuchungsgefängnis in Moabit.

Feuerbericht. Ein größerer Brand kam Donnerstag früh in der Waldemarstraße 27 zum Ausbruch und beschäftigte die Feuerwehr längere Zeit. Das Feuer entstand im Quergebäude in der Zwischendecke des zweiten und dritten Stocks angeblich durch einen Leimofen, ergriff in der im zweiten Stock untergebrachten Bau- und Möbeltischlerei von Ferd. Wolff einen Posten zum Trocknen aufgestapelter Hölzer und sprang dann auf die im dritten Stock belegenen Werkstätten für Handwerkskunst von Otto Erdmann jun. über. Die Gefahr wurde erst bemerkt, als früh gegen 6 Uhr ein Hausdiener die Oefen des großen Fabrikhauses anheizen wollte. Als der fünfte Löschzug aus der Köpenickerstraße eintraf, waren die Treppen schon total vergualmt, weshalb über einen einstöckigen Anbau hinweg durch die Fenster des brennenden Raumes vorgedrungen wurde. Trotzdem nun sofort tüchtig Wasser gegeben wurde, dauerte es doch geraume Zeit, bevor die Flammen erstickt waren.

Internationaler Austausch.

Berlin steht jetzt mitten in den Ringkämpfen, während in Hamburg am Mittwoch endlich die Ringkampf-Konkurrenz hochdramatisch abgeschlossen hat. Dort stritten im wesentlichen dieselben Kämpen um die Palme, wie vor etlichen Monaten im hiesigen Palast-Theater. Petroff, Pohl, Beaucairois, Hitzler; hinzu war noch der österreichische Champion Czyganiewicz gekommen. In der letzten Woche war auch noch Lurich als Wettbewerber hinzugetreten. Die Kämpfe nahmen einen wesentlich anderen Verlauf als in Berlin. Primus omnium wurde nämlich in Hamburg nach 2¼stündigem Kampf mit Petroff Pohl, der in Berlin von Petroff geworfen worden war. Freilich kam dieser erste Preis etwas eigenartig zustande. Pohl war nämlich von Beaucairois, den er in Berlin besiegt hatte, geworfen worden, während Beaucairois seinerseits von Lurich bezwungen worden war, welch' letzterer sich wiederum von Pohl eine Niederlage geholt hatte. Da nun sowohl Czyganiewicz wie Lurich bisher nur unentschieden mit Petroff gerungen hatten, hätten bei normalem Verlauf der Dinge die Kämpfe um die ersten beiden Preise noch zwischen Petroff, Pohl, Beaucairois, Lurich und Czyganiewicz weitläufig ausgetragen werden müssen. Da man aber auch so die Kämpfe bereits 46 Tage hingeschleppt hatte, machte man dem allzu grausam ermüdenden Spiele ein überraschend gewaltsames Ende. Pohl und Petroff teilten sich in die beiden ersten Preise, während die übrigen Konkurrenten einfach in der Versenkung verschwanden. Also auch in Hamburg ist es nicht ganz mit rechten Dingen zugegangen!

Nun soll die Geschichte gewissermaßen in Berlin ihre Fortsetzung finden, kommen doch Petroff und Cyganiewicz ebenfalls nach Busch, wo sich bereits nacheinander Omer de Bouillon, Aimable de la Calmette und Jakob Koch, der „Weltmeister" vom vorigen Jahre, eingefunden haben. Ob Koch auch diesmal den Lorbeer davontragen wird? Ein Eingeweihter glaubte uns das im voraus versichern zu dürfen, trotzdem damals noch nicht einmal Kochs Begleiter, Omer und Aimable, geschweige Koch selbst auf der Bildfläche erschienen waren. Als wir unter diesen Umständen die Prophetengabe unseres Kundigen in Zweifel zogen, sagte er lächelnd: Warten Sie's nur ab! Koch ist in Wien von Pedersen geworfen worden, nun wird ihm in Berlin Revanche werden. Das verlangt so der internationale Austausch. Zunächst werden sich Kochs Getreue, Omer und Aimable, einstellen, dann wird Koch selbst auftauchen. Und der Mann hat recht behalten! Ob auch seine weiteren Voraussagen sich bestätigen werden?

Die Schinken-Ausstellung.

Il y a fagots et fagots. Zu deutsch: Zwischen Schinken und Schinken ist ein Unterschied. Es gibt geräuchertes Holz, das für Schinken ausgegeben wird und es gibt Schinken, die Engel an Gestalt und Wesen sind. Der Idealschinken ist einzig dem Kaiser Titus zu vergleichen; er ist die Wonne des Menschengeschlechts, wobei der Geschichtskritterer sich noch daran erinnern mag, daß Titus Jerusalem zerstört und dadurch langsam aber sicher zur Minderung des Vorurteils beigetragen hat, das vom auserwählten Volke gegen den Schinken leider heute noch zum Teil markiert wird. Das Israel gegen die lieblichste Eigenschaft des Schweines in Wirklichkeit einen Widerwillen gehegt hätte, wäre eine Beleidigung des Volkes, das sich so ausgezeichnet auf die Küche versteht. Es wird damals gewesen sein wie heute, nämlich, daß in den traurigen Zeiten der Wüstenwanderung und der babylonischen Gefangenschaft einzig Moses und die Propheten dem Genuß von Schweinefleisch entgegengestanden haben.

Der Schinken-Wettbewerb, der gestern früh 9 Uhr im Hotel Kaiserhof begann, brachte auf vier Längstischen, die sich durch den ganzen Saal hindurch zogen, an die vierzehnhundert Schinken zur Konkurrenz. Etwa hundert Preisrichter, kernfeste Männer, walteten ihres schwierigen Amtes. Wie diese Herren es fertig brachten, gewissenhaft zu judizieren, ist uns ein Rätsel, denn wenn auch jeder nur hundert, nur fünfzig Kostproben zu sich nimmt, muß er des Segens über und über werden. Doch das mögen die Herren unter sich abmachen; der Besucher hatte nichts zu tun, als seine Mark zu blechen und dafür das Recht auf eine Portion Schinken in Anspruch zu nehmen. Daß etwas Gutes ausgestellt war, wer will daran zweifeln? Das war andere Ware, als das salzig-dürre Zeug, das hierorts als Schinken verkauft wird. Wo riecht man in Berliner Läden den rechten derben Rauchgeruch Westfalens, Holsteins und Mecklenburgs, dieser drei Länder, die fast einzig die Bereitung und Räucherung des Schinkens heraushaben? Wie unwürdig steht der Schinken der östlichen Provinzen, selbst wenn er auf ländlichen Fluren gewachsen ist, neben dem Produkt dieser kernigen Gegenden! Was den Laien noch interessierte, das war die Verschiedenheit der Form des Schinkens. Neben den derben platten Schinken der westlichen Bauernhöfe der gewölbte des Ostens und dann wieder fast kugelrunde Exemplare unbekannter Herkunft. Ueberhaupt, die Provenienz konnte man nur ahnen, denn nichts als prosaische Nummern kennzeichneten die würdigen Ausstellungsobjekte. Wäre der Produktionsort stets bekannt gegeben, so hätte sich dem Kulturhistoriker Material zu einem bändereichen Werke geboten; die Heimatkunst aber hätte Orgien feiern können. So aber konnte sich die Begehrlichkeit der Massen nur toten Zahlen zuwenden und das beeinträchtigte den wahrhaft poetischen Hauch etwas, der dieser Ausstellung entströmte.

Der Berliner Zoologische Garten beherbergt seit einigen Tagen ein höchst merkwürdiges Säugetier: ein Ai oder Dreizehenfaultier, „hängt bewegungslos, zum Knaul zusammengeballt", um die auf den riesigen Vorfahren unseres jetzigen Erdenmitbürgers bezüglichen Worte Scheffels zu brauchen, an seinem Aste im alten Vogelhaus, neben dem Hauptrestaurant. „Mit rundem Eulengesicht nickt's sanft und lächelt brav", wenn es sich endlich ermuntert und den aufs höchste über die Sondergestalt erstaunten Beschauer eines Blickes würdigt. Während das ebenfalls aus dem tropischen Südamerika stammende zweizehige Faultier, das sich im Nebenkäfig befindet, häufiger zu uns gelangt, gehört der Ai zu den seltensten Erscheinungen in unseren Käfigen.

Im Berliner Aquarium lenkt sich die Aufmerksamkeit des Besuchers, nachdem er die jetzt mit verschiedenen selteren und wertvollen Schlangen besetzten vorderen Glashäuser der Reptiliengalerie gemustert hat, auf drei im hinteren Teil der letzteren untergebrachten vierfüßigen Kriechtiere, denn sie fallen außer durch ihre Größe auch durch ihre Wohlbeleibtheit, ein Zeichen ihrer regen Freßlust, auf. Sie gehören zu den ihrer Größe nach schon an die Krokodile erinnernden Tejus- oder Schienen-Eidechsen, welche in Südamerika als Räuber von Eiern und Junggeflügel Schaden anrichten, während ihr saftiges, weißes, dem der Hühner ähnelndes Fleisch sehr geschätzt wird, und es gehört in der Tat bei Betrachtung dieser feisten Tiere nicht viel Phantasie dazu, den von ihnen gelieferten „Braten" wenigstens als einen sehr ausgiebigen sich vorzustellen. In ganz anderer Weise ladet eines der kleineren Seewasserbecken im oberen Grottengange zum Verweilen ein, da es absolut leer zu sein scheint. Hat das Auge sich aber an die eigenartige Beleuchtung gewöhnt und einige Minuten näher zugeschaut, so gewahrt er, wie es da und dort im Sandgrunde und an den Felswänden sich regt, ein Aalfisch den Vorderleib herausschiebt, ein kleiner Plattfisch den Sand von sich abschüttelt und in die Höhe schwebt usw., kurz, wie der Behälter von einer Anzahl der interessantesten Meerestiere bewohnt ist.

Maria Holgers wird am 27. d. M. im Künstlerhaus, Bellevuestraße 3, einen Märchen- und Balladenabend veranstalten. Zum Vortrag gelangen Dichtungen von Herder, Goethe, Bürger, Fontane, ausgewählte Märchen von Andersen und Grimm.

Aus den Nachbarorten.

Teltow.

Ein Vertreter der ersten Abteilung im Stadtverordneten-Kollegium zu Teltow, der Bäckermeister Herr Max Reibe, hat sein Mandat niedergelegt. Der Verzicht ist kein freiwilliger und hat folgende Ursachen:

In der letzten Stadtverordneten-Sitzung wurden unter anderem die Wahlen des Vorstehers und dessen Stellvertreters vollzogen. Bei der Stellvertreterwahl beantragten unsere Genossen die Zettelwahl. Hierbei erhielt Genosse Franke vier Stimmen, während nur drei Sozialdemokraten im Kollegium sitzen. Darob großes Erstaunen bei der bürgerlichen Majorität, und sofort nach der Sitzung machten sich die Spießer daran, diesen Missetäter zu ermitteln. Daß man dabei auch die verwerflichsten Mittel nicht scheute, beweist der Vorschlag, aus der Handschrift auf den Stimmzetteln, welche extra dazu aufbewahrt worden waren, den Uebeltäter zu entlarven. Ein Mitglied des Magistrats, begeisterter Anhänger von Dreschflegel und Mistgabel, machte jedoch ein anderes Verfahren geltend und sagte den am schwersten kompromittierten Stadtverordneten dieses „Verbrechen" einfach auf den Kopf zu. Als stichhaltigen Beweis ließ der strohdachflickende Agrarier sich von den übrigen Stadtverordneten die schriftliche Versicherung geben, den Genossen Franke nicht gewählt zu haben. Der biedere Bäckermeister wußte sich nun keiner anderen Rat, als ob dieser „Beleidigung" zum Richter zu laufen, um sich so zu rehabilitieren. Doch schien ihm dieser Weg augenscheinlich auch nicht ganz sicher, vielmehr legte der so „schwer Verdächtigte", wie erwähnt, sein Mandat nieder. Damit dürfte die Entgleisung sicher gesühnt sein und die Reinlichkeit unter den bürgerlichen Stadtverordneten wäre wieder hergestellt. Solche Brüder zetern nun über Arbeiterterrorismus.

Schöneberg.

In das Kuratorium des städtischen Arbeitsnachweises zu Schöneberg ist an Stelle des Genossen Schuhmacher Grunow, der nach außerhalb verzieht, Genosse Tischler Herter in der letzten Stadtverordneten-Versammlung gewählt.

Eine Lohnaufbesserung für die in den städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen verlangt ein Antrag, der von unseren Genossen in der Stadtverordneten-Versammlung zu Schöneberg eingebracht ist, und zwar soll die Erhöhung noch für das kommende Etatsjahr vorgesehen werden. Für Ueberstunden soll ferner ein Lohnzuschlag von 25 Proz. und für Sonntagsarbeit ein solcher von 50 Proz. gewährt werden. — Schon im Mai vorigen Jahres war der Stadtverordneten-Versammlung ein Antrag unterbreitet worden, worin der Magistrat ersucht wurde, eine Vorlage zu machen, in der die Lage der städtischen Arbeiter gemäß den Einrichtungen anderer Städte geregelt wird. Magistrat und Stadtverordnete überwiesen damals diese Angelegenheit einer gemischten Deputation, der unsererseits Genosse Küter angehörte. Wie uns mitgeteilt wird, hat nun in letzter Zeit die Deputation ihre Aufgabe erledigt. Sie hat die Gewährung von Ferien für Arbeiter bei einer Dienstzeit von 3—5 Jahren auf fünf Tage, bei 5—10 Jahren Dienstzeit auf sieben Tage und bei solcher über 10 Jahren auf zehn Tage erhöht. Der Pensionierung sowie der Wittwen- und Waisenversorgung ist das Berliner Ortsstatut zugrunde gelegt. Nur an die Aufbesserung der Löhne ist man nicht herangegangen. Wir werden nun abwarten, welche Stellung die Stadtverordneten-Versammlung dem Antrage unserer Genossen gegenüber einnehmen wird. Hoffentlich wird die Versammlung nach den beiden anerkennenswerten Beschlüssen der vorigen Sitzung betreffend Nichtbeteiligung der Stadtverordneten an städtischen Submissionen und Gebührenfreiheit der Desinfektion auch nicht auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge in den hintersten Reihen stehen bleiben wollen.

Lichtenberg.

Lichtenberg. Zu den für den 8. März laufenden Jahres stattfindenden Wahlen zum Kaufmannsgericht werden die Vorschlagslisten veröffentlicht. Die Arbeitgeber haben nur eine Liste eingereicht; es werden hier in erster Reihe der Direktor des „Eckert-Werkes" und der Direktor der Vorschußbank als Kandidaten genannt. Die Gehülfen haben zwei Listen eingereicht. Auch hier ergibt sich aus der Liste III die „Union" zwischen der „Vorschußbank" und dem „Eckert-Werk". Die Liste II enthält nur einen Kandidaten. An Wählern sind in die vom Gemeindevorstand aufgestellte Liste eingetragen 49 Arbeitgeber, 58 Handlungsgehülfen. Die Wahlen finden am Freitag, den 8. März, statt.

Charlottenburg.

Der Magistrat unserer Nachbarstadt Charlottenburg hat beschlossen, die Müllabfuhr vom 1. April 1906 ab zu verstadtlichen. Zurzeit erfolgt die Müllabfuhr in Charlottenburg, ebenso wie in Berlin, durch Privatunternehmer, die sich zur Weiterbeförderung des Mülls ausschließlich der Eisenbahn bedienen. Um der Forderung des Bundesrats gerecht zu werden, daß bei der Verladung des Mülls aus den Abfuhrwagen in die Eisenbahnwagen und beim Entladen der letzteren Einrichtungen vorhanden sind, die das Zerstäuben ausschließen, will der Magistrat bis zum 1. April d. J. auf dem Bahnhof Westend eine Müllverladehalle errichten, die bis zum 1. April 1906 den Privatunternehmern gegen ein mäßiges Entgelt zur Verfügung gestellt werden soll. — Und Berlin?

Lichtenberg. In der Krankenhausfrage erfreut den hiesigen Gegnern des Projektes immer wieder ein Helfer. Magistratsoffiziös geht bekanntlich ein Waschzettel durch die Lokalblätter, wonach von einer Krankenhausnot in Berlin überhaupt nicht die Rede sein kann und mit der Eröffnung des Virchow-Krankenhauses Berlin geradezu gezwungen sei, die Vororte, die sich den „Luxus" eines Krankenhauses noch immer nicht geleistet haben, zu bitten, nun ja nicht etwa sich in Unkosten zu stürzen. Am Freitag, den 10. Februar, sollen 180 Betten in der Frühe und etwa 100 Betten am Ende des Tages frei gewesen sein. Am selben Tage, vormittags gegen zehn Uhr, hat die Zentrale der Rettungsgesellschaft nach eingehender Nachfrage der Orts-Krankenkasse Lichtenberg auf die Frage, ob ein schwerkranker Mann, der in Berlin wohnt, unterzubringen sei, die Antwort gegeben, daß kein Bett in einem Krankenhause frei sei. Am 14. Februar, vormittags 9¼ Uhr, war nicht ein Bett frei, und das für Kranke, die in Berlin wohnen. Diese Tatsachen zeigen den Wert solcher Waschzettel. Die 52 000 Einwohner zählende Gemeinde Lichtenberg hat die Pflicht, für die Krankenhauspflege am Orte einzutreten und zu sorgen.

Vermischtes.

Hartlebens Beisetzung. Aus Salò am Gardasee wird der „Frankfurter Zeitung" unter dem 13. ds. geschrieben: Am Seeufer vor der Villa Halkyone stand heute früh eine schwarze Barke zur Aufnahme des Sarges bereit, der D. E. Hartlebens Reste birgt. Träger brachten ihn herbei. Der Sarg war in eine antike gelbseidene Decke gehüllt. Einige Freunde gaben ihm das Geleite und trugen die Kränze. Die Hinterbliebenen des Dichters sahen der Leiche weinend nach, als die Barke langsam davonfuhr, nach dem Friedhofe hinüber, dessen Zypressen am jenseitigen Ufer des Golfes von Salò aufragen. Der See lag ruhig im Scheine des dämmernden Morgens; die erbleichenden Sterne spiegelten sich matt in ihm wieder und erloschen, als die Barke am Friedhof landete. Um 11 Uhr vormittags schritten die Aerzte zur Sezierung des Leichnams. Gemäß der testamentarischen Bestimmung des Dichters wurde der Kopf vom Rumpfe getrennt und in ein mit ungelöschtem Kalk gefülltes Zinkgefäß getan. Dieses Gefäß wurde verlötet und bleibt vorläufig in der Leichenkammer des Friedhofes von Salò. Was später mit dem Schädel geschieht, der nach Hartlebens Anordnung als Kuriosität aufbewahrt werden soll, bleibt dahingestellt. Eine Verfügung darüber kann nur der Testamentsvollstrecker Prof. Dr. Pallat, der Schwager des Verstorbenen treffen, der gegenwärtig als Reichskommissar in Amerika weilt. Der Rumpf wird heute abend nach Brescia überführt und morgen im dortigen Krematorium verbrannt. Die Asche will die Witwe des Verstorbenen, Frau Selma Hartleben, mit nach Berlin nehmen. Seine Villa Halkyone hat der Dichter seiner Jugendgeliebten Ellen Birr vermacht, die in den Gedichten Hartlebens häufig genannt wird und die ihn in den letzten Jahren während seiner vielfältigen Krankheiten aufopfernd gepflegt hat. Frau Selma Hartleben in Berlin, die Witwe des Verstorbenen, erbt die Autorrechte. So hat der Dichter für die beiden Frauen, die ihm im Leben am nächsten gestanden haben, nach Kräften und bestem Gewissen gesorgt. Kinder hinterläßt Hartleben nicht.

Ueber einen Eisenbahn-Unfall wird aus Kreuznach berichtet: Ein von Bingerbrück gekommener Güterzug fuhr heute morgen 9 Uhr infolge Nebels auf den im Bahnhof Bad-Kreuznach haltenden Gaualgesheimer Personenzug auf. Es wurde niemand verletzt; der Materialschaden ist groß, das Gleis ist für einige Stunden gesperrt.

Berliner Tanzlehrer-Verband. Heute abend 9½ Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75: Uebungsstunde, Geschäftliches.

Vereinigung „Die Kunst im Leben des Kindes". Sonnabend, den 18. Februar, abends 8 Uhr, im Bürgersaal des Rathauses: Vortrag des Herrn Albert Reimann: „Kinder-Modellierübungen". Eintritt für Mitglieder frei; für Nichtmitglieder 50 Pf.

Eingegangene Druckschriften.

Das „Arbeiterrecht" von Artur Stadthagen. Komplett in 28 Lieferungen a 32 Seiten. Preis pro Lieferung 20 Pf. Alle Woche erscheint ein Heft. Heft 18, 19, 20, 21 sind soeben erschienen. Die Rechtsverhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeiter erfahren durch die Gesetzgebung fortwährend eine erhebliche Umgestaltung. Eine systematische Darstellung der gültigen Rechtsregeln ist daher dringend erforderlich, da selbst der Jurist bei der Fülle des neuen Rechtsstoffes kaum weiß, was rechtens ist. Das „Arbeiterrecht" von Artur Stadthagen bietet eine solche, von allen Fachleuten anerkannte überaus klare, für jedermann verständliche Darstellung und bildet somit einen unentbehrlichen Führer durch alle Gebiete des Arbeiterrechts.

Drei vollständig vergriffene Auflagen des jetzt in vierter Auflage vorliegenden „Arbeiterrechts" zeugen von der Notwendigkeit dieses Buches für die erwerbstätige Bevölkerung.

Stadthagens „Arbeiterrecht" ist ein billiger und zuverlässiger Arbeiteranwalt im Hause.

K. Kilay. Im Zeichen des goldenen Kalbes. Leipzig, Wien, Budapest. Moderner Verlag.

Georg Herwegh. ein Freiheitssänger. Von Robert Seidel. Mit einem Bildnis des Dichters. Neuer Frankfurter Verlag. Frankfurt a. M. 1905. Preis 60 Pf., 80 Centimes.

Protest! Zum Fall Fischer. Halle a. S. 1905. Gebauer-Schwetschke.

Das freie Wort in seinem Kampfe gegen die Bestechung von Angestellten in Handel und Industrie. Frankfurt a. M. Neuer Frankfurter Verlag. Preis 50 Pf.

Jahresbericht des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend. 1904. Zuppenlatz. Berlin NW.

Bulletin des internationalen Arbeitsamtes. Jena. Gustav Fischer.

Georg Weill. Die Lage der Kanalschiffer in Elsaß-Lothringen. Straßburg i. E. Josef Singer.

Hartmann u. Weygandt. Höhere Schule und Alkoholfrage. 40 Pf.; **Schenk.** Gebrauch und Mißbrauch des Alkohols in der Medizin. 50 Pf.;

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Beelitz 2c. Die Ueberweisungen erfolgen für den Kalendermonat an bestimmte Personen. Wenn diese aus der Heilanstalt entlassen sind, können die für sie überwiesenen Exemplare vom Postamt nicht weiter ausgeliefert werden. Es sollen daher nur an solche Patienten Zeitungen überwiesen werden, die voraussichtlich während des ganzen Monats in der Heilstätte bleiben.

Marktpreise von Berlin am 15. Februar. Nach Ermittelungen des kgl. Polizei-Präsidiums. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen**), gute Sorte 17,60—17,57 M., mittel 17,54—17,51 M., geringe 17,48—17,45 M. Roggen**), gute Sorte 13,90—13,89 M., mittel 13,88—13,87 M., geringe 13,86—13,85 M. Futtergerste*), gute Sorte 16,40—15,10 M., mittel 15,00 bis 13,80 M., geringe 13,70—12,50 M. Hafer*), gute Sorte 16,40—15,70 M., mittel 15,60—14,90 M., geringe 14,80—14,10 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 45,00—30,00 M. Speisebohnen, weiße 50,00—30,00 M. Linsen 60,00—30,00 M. Kartoffeln 10,00—8,00 M. Richtstroh 4,82—4,16 M. Heu 9,20—7,00 M. Für ein Kilogramm Butter 2,80—2,00 M. Eier per Schock 6,00—3,80 M.
*) Frei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Wasserstand am 15. Februar. Elbe bei Aussig + 0,26 Meter, bei Dresden — 0,90 Meter, bei Magdeburg + 2,44 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 1,45 Meter. — Oder bei Ratibor —,— Meter, bei Breslau Ober-Pegel —,— Meter, bei Breslau Unter-Pegel —,— Meter, bei Frankfurt + 2,47 Meter. — Weichsel bei Brahemünde + 4,26 Meter. — Warthe bei Posen + 2,14 Meter. — Netze bei Usch + 1,03 Meter.

Witterungsübersicht vom 16. Februar 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	771	SW	3	Nebel	1	Haparanda	746	S	4	Schnee	—5
Hamburg	772	SW	2	Nebel	2	Petersburg	750	S	1	Schnee	—8
Berlin	772	Still		Nebel	3	Scilly	773	W	3	bedeckt	9
Frankf. a. M.	775	SW	2	Nebel	2	Aberdeen	762	SSW	3	halb bd.	5
München	776	W	2	bedeckt	0	Paris	774	SSW	2	bedeckt	5
Wien	774	N	2	bedeckt	1						

Wetter-Prognose für Freitag, den 17. Februar 1905.
Mild und zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe und regnerisch bei mäßigen westlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 17. Februar.
Anfang 7½ Uhr:
Opernhaus. Rübezahl und der Sackpfeifer von Neisse.
Neues königl. Opern-Theater. Geschlossen.
Deutsches. Faust. (Erster Teil.)
Berliner. Alt-Heidelberg.
Lessing. Der Biberpelz.
Westen. Die neugierigen Frauen.
Zentral. Die Juxheirat.
National. Zar und Zimmermann.
Neues. Ein Sommernachtstraum.
Thalia. Der Kilometerfresser.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Im Hafen.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater). Familie Schierke.
Kleines. Nachtasyl.
Residenz. Hotel Pompadour.
Lustspielhaus. Der Familientag.
Trianon. Die glückliche Gilberte. (Heureuse.)
Deutsch-Amerikanisches. New York.
Luisen. Dorf und Stadt.
Kasino. Heirat auf Probe.
Metropol. Die Herren von Maxim.
Belle-Alliance. Der beste Tip.
Carl Weiß. Geld und Name.
Apollo. Berliner Luft. Radrennen Rohl-Arend. Spezialitäten.
Passage-Theater. Lucia Krall.
Herrnfeld-Theater. Prinz Levy in Ahlbeck.
Palast. Kabale und Liebe. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49. Im Theater abends 8 Uhr: Tierleben in der Wildnis. Im Hörsaal abends 8 Uhr: Die Glasfabrikation.
Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.

Anfang 7½ Uhr.
Ein Sommernachtstraum.
Sonnabend, Sonntag: Ein Sommernachtstraum.
Montag: Der Graf von Charolais.

Kleines Theater

Anfang 8 Uhr.
Nachtasyl.
Sonnabend, Sonntag: Angele. — Abschied vom Regiment.
Montag: Die Neuvermählten. Abschiedssouper.

National-Theater

Weinbergsweg 19.
Freitag, den 17. Februar 1905:
Zar und Zimmermann.
Anfang 7½ Uhr.
Sonnabend: Gute Nacht, Herr Pantalon. Die Hand. Die schöne Galathee.
Sonntag abend: Der Postillon von Lonjumeau. Nachm.: Donna Juanita.

Zentral-Theater

Abends 7½ Uhr:
Die Juxheirat.
Operette in 3 Akten von Jul. Bauer. Musik von Franz Lehar.
Morgen u. folg. Tage: Die Juxheirat.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:
Dorf und Stadt.
Sonnabend: Gastspiel des Operntheaters des Westens: Undine.
Sonntag, nachmittags: Dorf und Stadt. Abends: Der neue Stiftsarzt.
Montag: Hopfenraths Erben.

Residenz-Theater.

Dir.: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Hotel Pompadour.
Schwank [illegible] v. Anthony Mars u. Leon Lainé. Deutsch v. M. Schönau.
Sonntag, 19. Februar, nachmittags 3 Uhr: Nora.

Urania, Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Tierleben in der Wildnis.
Hörsaal: Dr. v. Unruh: Die Glasfabrikation.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Neu! Rosa Wedsted, das finnländische
Riesen-Mädchen!!!
2 Meter 20 cm groß!
Neu!
Das Erwachen des Poseidon!

Apollo-Theater.

Täglich 10½:
Radrennen auf der Bühne.
Schilling-Hansen-Arend-Mündner.
Vorher:
Berliner Luft von Paul Lincke
und die Februar-Attraktionen.
Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 3 Uhr (ermäßigte Preise): Venus auf Erden und Radrennen Rohl-Arend.

Metropol-Theater

Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Inszeniert vom Direktor Richard Schultz.
Henry Bender. Josef Giampietro.
Josef Josephi. Anton Grünfeld.
Frid Frid. Fritzi Massary.
Das Fest des Lichts. (Ballett.)
Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Köpenickerstr. 67/68.
Zum 88. Male.
Jeden Abend 8 Uhr: Gastspiel Ad. Philipp:
New-York
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise
Ueber'n grossen Teich.

Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage:
Die glückliche Gilberte
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.: Das elfte Gebot.

Lustspielhaus.

Täglich 8 Uhr:
Der Familientag.
Sonntag nachmittag:
Das Lumpengesindel.

Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Letzte Abend-Aufführung (Anf. 8 Uhr):
Geld und Name.
Morgen zum 1. Male: Die Kinder des Kapitän Grant. Nachm. 4 Uhr: Kindervorstellung (kleine Preise): Frau Holle.
Sonntag 3 Uhr: Geld und Name.

Etablissement Buggenhagen

Moritzplatz.
Täglich von 12—4 Uhr: Mittagstisch.
In den unteren Sälen jeden Abend:
Bockbierfest.
KONZERT.
Der dumme Max u. der kluge Hans.
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:
Fritz Steidl-Sänger.
Nach jeder Vorstellung im Kaisersaal:
Tanz.

O. Wallner-Theater. **Schiller-Theater** **N.** Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.

Freitag, abends 8 Uhr: Im Hafen.
Sonnabend, abends 8 Uhr: Familie Schierke.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Wilhelm Tell.
Sonntag, abends 8 Uhr: Fuhrmann Henschel.

Freitag, abends 8 Uhr: Familie Schierke.
Sonnabend, abends 8 Uhr: Im Hafen.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Der Geizige. Hierauf: Hexenfang.
Sonntag, abends 8 Uhr: Pension Schöller.

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73. Direktion: Kren & Schönfeld.
Täglich abends 7½ Uhr:
Stürmischer Lacherfolg!
Der Kilometerfresser
Sonntag nachm. 3 Uhr: Charleys Tante.

Belle Alliance-Theater.

Belle Alliancestr. 7/8.
Heute u. folgende Tage 8 Uhr:
Novität: Durchschlagend. Lacherfolg!
Der beste Tip.
Gr. Ausst.-Posse m. Ges. u. Tanz i. 3 Akt.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld.

Zirkus Busch.

Voranzeige.
Am Donnerstag, den 23. Februar 1905, findet eine Gala-Fest-Vorstellung statt, deren Gesamt-Ertrag dem Zentralkomitee des Deutschen Roten Kreuzes für seine Tätigkeit in Südwest-Afrika und Ostasien zugeführt wird.
Billetts sind schon jetzt an der Zirkuskasse sowie im Invalidendank und bei A. Wertheim zu haben. — Preise der Plätze: Logenplatz M. 20,—, Parkett M. 10,—, Balkon M. 8,—, I. Platz M. 3,—, II. Platz M. 2,—. Alle Ermäßigungen sind aufgehoben.
Heute, den 17. Februar, abends 7½ Uhr:
Mit noch nie dagewesenem Erfolge
die große Ausstattungs-Feerie
Katharina II.
Außerdem: Frl. Martha Mohnke, Schulreiterin. Weltrekord! „Chips", engl. Vollblut, Sprung von ebener Erde über 8 Pferde mit Reiter. Clown Pinta mit seinen dressierten Gänsen. Clown Armando mit seinen dressierten Affen. Besonders hervorzuheben: Die Velozipedfahrt des Affen Macco in einer Höhe von 30 Metern durch den Zirkus. Clown Daniels als Zauberer, und die vorzüglichsten Programm-Nummern.
Fortsetzung der Großen Internationalen **Ringkampf-Konkurrenz.**
M. 7500.— Geldpreise in bar!
Ehrenprotektorat: Herr Professor Reinhold Begas.
(Beginn der Ringkämpfe zirka 8½ Uhr.)

Deutsche Konzert-Hallen.

An der Spandauer Brücke 3.
Täglich: Großes Urbock-Jubelfest.
Internationale Künstlerkonzerte. × Theater-Abteilung.
Spezial-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.

Skala-Theater.

Linienstr. 132 (a. d. Friedrichstr.)
An der Grenze,
oder: Verschlafen.
Posse mit Gesang in einem Akt.
Großer Boxer-Kampf
sowie 30 internat. Spezialitäten.
Anfang 7½ Uhr.
Vor der Vorstellung: Konzert.

Kasino-Theater

Lothringerstraße 37 (Rosenthaler Tor.)
Täglich 8 Uhr, Sonnt. 7½—8 Konzert.
Heirat auf Probe.
Vorher das vollst. neue Programm.
Sonntag 4 Uhr: In Vertretung.

Otto Pritzkows
Abnormitäten-Ausstellung
Münzstraße 16.
Täglich Vorstellung
Die Riesin Ilona, 485 Pfd. schwer, die schwerste Dame, die je gelebt.
Medizinische Rätsel, anatomische Wunder. Riesen! Zwerge!

Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater,
Frankfurter-Allee 85.
Das großartige Februar-Programm.
Sehen
Hören
Staunen
und weiter empfehlen.

Lehr- u. Versuchsanstalt für Brauer in München
Privatinstitut Direktor Dr. Doemens.
Beginn des nächsten viermonatlichen Hauptkursus 26. April 1905.
Prospekte gratis. Bezugnahme auf diese Zeitung erbeten. 103/9*

Bade-Anstalten von H. Kalisch
Bad Königstadt — Gollnowstrasse 41
Bad Landsberg — Landsbergerstr. 107
verabreichen
Dampf- und Russische, Elektrische, Lohtannin-, *** Wannen- und alle medizinischen Bäder. ***
Lieferant sämtlicher Krankenkassen. 1942L*

Zirkus Schumann.

Heute Freitag, den 17. Februar, abends präzise 7½ Uhr:
Zum 57. Male:
Mit bis jetzt unübertroffenem Erfolge die große Schumannsche Ausstattungs-Pantomime in 7 Akten:
Eine Nordlandsreise.
Im Strahle der Mitternachtssonne.
Entworfen und mit märchenhafter Pracht inszeniert vom Dir. Albert Schumann.
Vorher: Die großartigen neuen Spezialitäten und die vorzüglichsten Programm-Nummern.
Sonnabend, den 18. Februar, abends präz. 7½ Uhr:
Extra-Gala-Fest-Vorstellung
m. besonders gewählt. Sportprogramm zum Besten der Krankenküche Brüderstr. 10.
Zu dieser Vorstellung ladet ergebenst ein
Das Fest-Komitee.
Ihre Durchlaucht Herzogin v. Ratibor, Ehren-Vorsitzende.
Sonntag: 2 Vorst. Nachm. 3½ Uhr (ein Kind frei): Marokko. Abends 7½ Uhr: Eine Nordlandsreise.

Gebrüder
Herrnfeld-Theater.

Zum 99. Male:
Der bisher unübertroffene lachlustigste
Herrnfeld-Schlager
mit seinen stürmisch bejubelten Situationen
Prinz Levy in Ahlbeck
Schwank in 3 Akten mit den Autoren in den Hauptrollen.
Magnus Prinz Levy:
Donat Herrnfeld.
Prahlhal, dessen Reisebegleiter:
Anton Herrnfeld.
Anf. 8 Uhr. Billettvorverk. 11—2 Uhr.
In Vorbereitung:
Die Meyerhains.
Komödie in drei Akten von Anton und Donat Herrnfeld.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Die Gastspiel-Vorstellungen
finden in folgenden Etablissements statt:
Bernhard Rose-Theater.
Stadt-Theater Moabit.
Fröbels Allerlei-Theater.
Neue Welt.
Schloß Weißensee.
Entree 30 Pf. Numer. Platz 50 Pf.
Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater

Burgstr. 22, früher Feen-Palast.
Bis-a-vis d. Börse, 2 Min. v. Bhf. Börse.
Heute große Elite-Vorstellung:
Kabale und Liebe
Ein bürgerliches Trauerspiel in fünf Akten von Fr. v. Schiller.
Lady Milfort . . Milly Wichmann a. G.
Anfang 8 Uhr. Vorher: Konzert.
Kleine Preise!
Morgen 9 Uhr: Novität: Wie man Weiber fesselt. Vor- u. nachher: Spezialitäten und Schaunummern ersten Ranges.
Sonnabend: Bockbier-Jubel- und Trubelfest. Nach der Vorstellung: Familien-Freiball.

Sanssouci.

Kottbuser Tor — Stat. der Hochbahn.
Sonntag, Montag, Donnerstag:

Hoffmanns Norddeutsche Sänger
u. Tanzkränzchen.
Jeden Dienstag und Mittwoch:
Theater-Abend.

Passage-Theater.

Anfg. d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Anf. nchm. Sonnt. 3, Wochentg. 5 Uhr.
Lucia Krall,
die berühmte Gesangskünstlerin.
Smeralda und **Senitza,**
d. unübertreffl. Akrob.-Tänzerinnen
u. d. glänz. Febr.-Programm.
Voranzeige:
Sonnabend, den 18. Februar:
Passage-Theater-Ball.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Zum letztenmal:
Der Hüttenbesitzer.
Schauspiel in 5 Akt. nach Ohnet v. Rieck.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonnabend: Keine Vorstellung.

Volksgarten-Theater

(früher Weimann).
Heute keine Vorstellung.
Sonnabend, den 18. Februar 1905:
Maskenball
des Gesang-Vereins „Loreley".
Nächste Vorstellung:
Sonntag, den 19. Februar.

Wintergarten

Die 4 Niards
Akrobaten.
Diane de Fontenoy
Lebende Bilder.
Die Snowdrops
Engl. Tänzerinnen.
Rafayette
Akrobatische Hunde
und 10 erstklassige
Nummern außerdem.
SAHARET

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger
Anf. Wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Heute:
Frische Blut- u. Leber- **Wurst**
in bekannter tadelloser Qualität.
Rich. Augustin, Lindenstr. 69, Hof parterre.
Frühstücks- und Mittagstisch. Sitzungszimmer. Tel. Amt IV, 8729.

Fellow-Zigaretten
2—5 Pfennig.

Ein Gewerkschaftshaus
in einer Provinzstadt Sachsens, mit vollem Realrecht, Saal, Garten, Kegelbahn, Uebernachten und Ausspannung, ist veränderungshalber für 80 000 M. bei 10 000 M. Anzahlung sofort zu verkaufen. Hypotheken sind geregelt. Offerten unter R. 7 an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Fellow-Zigaretten
2—5 Pfennig.

2106L*

Inventur-Extrapreis!

Eine Partie **grosse**

Divandecken

auf beiden Seiten benutzbar

Mk. 4.35 (Wert 6.75)

Buntpersische Divandecken **6.75** (Wert 10.50)

Echte Plüsch-Divandecken **23.50** (Wert 33.00)

Prunkdivandecken 25—30 Mk.

Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin S., Oranienstr. 158.

Nach auswärts per Nachnahme.

Inventur - Extraliste u. Katalog mit ca. 600 Illustrat. — gratis und franko.

„Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein".
Mitglied des Bundes „Solidarität".

Sonntag, den 19. Februar, nach **Hirschgarten (Kohlwein).** Start: 2 Uhr Schlesische Brücke (Drachenburg). Bei schlechtem Wetter per Bahn.

Mittwoch, den 22. d. M., **außerordentliche Generalversammlung** bei Wilke, Brunnenstr. 188. Mitglieder werden daselbst aufgenommen. **Siehe Sonntags-Annonce.** 11/13

Große Betten 12 M. (Oberbett, Unterbett, zwei Kissen) mit **gereinigten neuen Federn bei Gustav Lustig, Berlin S., Prinzenstraße 46.** Preisliste kostenfrei. **Viele Anerkennungsschreiben.**

Frauen-Begräbniskasse der Schriftgießer-Gehülfen Berlins.

Freitag, den 10. März 1905, abends 6 Uhr:

General-Versammlung

im Lokale des Kollegen **Zimmermann, Wilhelmstr. 2.**

Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht.
2. Bericht der Revisoren.
3. Statutenänderung.
4. Wahl von 2 Vorstandsmitgliedern (Beisitzer).
5. Verschiedenes. 266/13*

J. A.: **G. Uffenwasser.**

Verband der Glaser!

Achtung Glaser!

Achtung Bauhandwerker!

Wegen Tarifdifferenzen ist die Firma Schmerler u. Co. (**Daniel Glaser**), **Schützenstr. 73** und **Spicherustraße 4**, für Glaser gesperrt.

Bei der Firma **v. Ottowicz, Katzbachstraße 3**, sind die Differenzen zur Zufriedenheit der Beteiligten beigelegt.

Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband Deutscher Maurer

Zweigverein Berlin.
(Sektion der Gips- und Zement-Branche.)

Freitag, 17. Februar, abds. 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (gr. Saal):

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Diskussion. 3. Wahl des Sektionsvorstandes und der Revisoren sowie der Bezirkskassierer. 136/9*

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Mitglieder. — Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.

Der Vorstand.

O welche Freude,

bei nassem Wetter stets saubere, blanke Stiefel zu haben. Nur zu erzielen durch den bekannten Schuhcrême „Weltfederglanz Karnadin", ges. gesch. Geruchlos, säurefrei, kein Brechen des Leders. Stets weiches, elegantes Schuhzeug. Sparsam, im Gebrauch billiger als Wichse. Alle Farben und für jedes Leder. Ueberall käuflich.

Alleinige Fabrikanten 21806

Koch & Becker Com.-Ges.
Berlin SW., Besselstr. 17.

E. Möbis, Uhren, Koppenstr. 82.*

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.
Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Sonntag, den 19. Februar, vormittags 10 Uhr:

Bezirks-Versammlung für Rummelsburg u. Umgegend

im Lokale von **Gustav Tempel, Alt-Boxhagen 56.**

Tages-Ordnung:

1. **„Unser diesjähriger Verbandstag in Leipzig".** Referent: Kollege **Karl Wiesenthal.** 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten u. Verschiedenes.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß noch eine Anzahl Metallarbeiter-Notizkalender zu haben sind, und ersuchen wir, die Bestellungen tunlichst bald aufzugeben.

112/3 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Former

Hellmuth Schulz

am 13. d. Mts. gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 18. Februar, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

112/13 **Die Ortsverwaltung.**

Den Kollegen, Freunden und Bekannten hierdurch die traurige Nachricht, daß mein innigstgeliebter Mann und unser guter Vater, Schwager und Bruder, der Zimmerer 21222

Wilhelm Paul

am 14. Februar nach kurzem, schwerem Leiden verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Wilmersdorfer Kirchhofes aus statt.

Dies zeigen tiefbetrübt an
Die Hinterbliebenen **Amalia Paul** geb. Swertetschka nebst Kind.

Verband der Hafenarbeiter

und verwandter Berufsgenossen Deutschlands.

Bretterträger und Brettschneider.

Sonntag, den 19. Februar 1905, pünktlich 10½ Uhr vormittags, im Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72:

Außerordentl. General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 19/5

1. Wahl eines ersten Vorsitzenden und Wahl eines Kassierers der Lohnkommission. 2. Verlesung und Beratung des neuen Lohntarifs. 3. Verschiedenes.

NB. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu dieser Versammlung zu erscheinen. — **Mitgliedsbuch legitimiert.** **Der Vorstand.**

Vereinigung der Zimmerer Deutschl.

Bureau: Berlin O. 54, Dragonerstr. 15, H. I Aufg. I. Telephon Amt III, Nr. 5028.

Sonntag, den 19. Februar 1905, vormittags 10 Uhr:

Versammlung

des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend

in den Industrie-Festsälen, Beuthstr. 20.

Tages-Ordnung: 257/4

1. Vereinsmitteilungen. 2. Vortrag des Frl. **Ida Altmann** über: **Tolstoj, die russische Staatsreligion und die Sektierer.** 3. Diskussion. 4. Berufliches und Verschiedenes.

J. A.: **Albert Juppenlatz.**

Verband der im Vergoldergewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Deutschlands.

Filiale Berlin.

Montag, den 20. Februar, abends präz. 8 Uhr,
in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20 (großer Saal):

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 225/2

1. **Beschaffung eines Bureauraumes.** 2. Verschiedenes.

Jedes Mitglied ist verpflichtet, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen. **Der Vorstand.**

NB. Das diesjährige

Stiftungs-Fest

findet am **Sonnabend, den 4. März,** in den Gesamträumen der **Alhambra, Wallnertheaterstraße 15,** statt.

Billets sind bei den Vertrauensleuten sowie bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern erhältlich. D. O.

Tischler-Verein zu Berlin.

E. H. 89.

Sonnabend, den 18. Februar, abends 8½ Uhr, Melchiorstr. 15:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

Vortrag des Herrn **M. Groger** über: „Die Idee des Kommunismus". Diskussion. Vereinsangelegenheiten.

Gäste (auch Frauen) haben Zutritt.

198/5 **Der Vorstand.**

Zentralverband der Töpfer

Deutschlands.
(Filiale Berlin).

Todes-Anzeige.

Am Dienstag, den 14. d. M., verstarb das Mitglied 195/0

Fritz Dressler

plötzlich an Lungenbluten.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 17. Februar, nachmittags 3½ Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Wilmersdorf.

Todes-Anzeige.

Am 14. Februar verstarb nach kurzem schweren Leiden unser treues Mitglied

Wilhelm Paul.

Die Parteigenossen werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Beerdigung erfolgt am Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Wilmersdorfer Kirchhofs aus statt.

Rege Teilnahme erwartet

202/5 **Der Vorstand.**

Mitglieder der Allg. Orts-Krankenkasse

zu Berlin.

Sonntag, den 19. Februar, vormittags 10 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c (oberer Saal);

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn **Albert Kohn** über: **Ausgestaltung der Krankenkontrolle.** 2. Diskussion. 3. Bericht der Dreizehner-Kommission und Neuwahl derselben.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

270/10 **Die Dreizehnerkommission.**

Das beste und beliebteste aller Hustenmittel

sind die altbewährten, vorzüglich schmeckenden 17772*

Spitzwegerichsaft-Bonbons.

Bisher unerreichtes Genuß- und Linderungsmittel bei veralteten Katarrhen der Lunge und der Luftwege. Nur allein echt bei

Gustav Behm, Frankfurter Allee 120, Ebertystraße 46 und
Rixdorf, Hermannstraße 46.

Blutarme und Bleichsüchtige

kaufen das **Haematogen** Flasche Mark 1.50, 5 Flaschen 7 Mark nur bei 19932*

Gustav Behm, **Frankfurter Allee 120, Ebertystraße 46, Rixdorf, Hermannstraße 46.**

Prosit! Böhmisches Brauhaus. Berlin.

Empfehlen unser helles u. dunkles

Tafelbier:

Gambrinusbräu (Münchener)
Nepomukbräu (Pilsener)

Böhmisches Brauhaus NO.

Fass-Abteilung: **Landsberger Allee 11/13.** T. VII. 5098.
Flaschen- „ **Frieden-Strasse 93.** T. VII. 1670.

Unsre **Original-Abzug-Flaschenbiere** in fast allen **Kolonialwaren-Handlungen.** 1732L*

Wir empfehlen nachstehende Schriften

Leo Tolstoi's,

die zum Teil im Preise bedeutend herabgesetzt sind:

Auferstehung. Geb. Preis 2 M.
Anna Karenina. Geb. Preis 2,50 M.
Krieg u. Frieden. Geb. Preis 2,50 M.

Du sollst nicht töten.
Der Sinn des Lebens.
Der Tod.
Unsere Armen und Elenden.
Geld.
Erzählungen eines Markörs.
Polikuschka.
Soldatengeschichten aus dem Kaukasus.
Die Dekabristen.
Sewastopol.
Die Kosaken.
— Preis je 1 M.

Jamelpan.
Vernunft, Glaube, Gebet.
Das Nichtstun.
Zur Arbeiterfrage.
— Preis je 30 Pf.

Erinnerungen.
Die Sklaverei unserer Zeit.
Gott und Unsterblichkeit.
Christentum u. Vaterlandsliebe
— Preis je 50 Pf.

An das arbeitende Volk.
Die Kreutzer-Sonate.
Die sexuelle Frage.
Gegen die moderne Kunst.
Julius.
Meine Beichte.
Nach vierzig Jahren.
Ueber den Sinn des Lebens.
Ueber Krieg und Staat.
Was ist Kunst?
Wirt und Knecht.
Der Roman der Ehe.
Die Macht der Finsternis.
Ein Schicksal.
Jermak u. andere Geschichten.
Iwan der Dummkopf.
Was ist Geld?
Was ist Religion?
Zwei Husaren.
Muß es denn so sein?
Tolstoi und der heilige Synod.
Ueber Gott und Christentum.
— Preis je 60 Pf.

Was sollen wir also tun? Preis 90 Pf.
Die christliche Lehre. Preis 1,20 M.
Ueber das Leben. Preis 1,20 M.
Mein Glaube. Preis 1,50 M.

Der neue Katalog

unserer Buchhandlung ist soeben erschienen und gratis zu haben.

Buchhandlung Vorwärts,
Berlin SW. 68,
Lindenstr. 69, Laden.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Sonntag, den 19. Februar, vormittags 10 Uhr, in der Brauerei, Turmstraße 25—26:

Bezirks-Versammlung für Moabit.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Eugen Brückner** über: „Zweck und Nutzen der Tarifverträge". 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. 80/8

Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern sowie dem Gesangverein der Zimmerer zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Kamerad

Wilhelm Paul

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Wilmersdorfer Kirchhofes aus statt.

Treffpunkt vorher bei Körner, Uhland- und Gasteinerstr.-Ecke.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

257/5 **Der Vorstand.**

Maurer!

Sonntag, den 19. Februar, vormittags 10 Uhr, im Grand Hotel, Alexanderstraße (Eing. Neue Königstr. 44):

General-Versammlung

des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Rechenschaftsbericht des Vorstandes sowie Revisionsbericht. 2. Bericht des Ausschusses. 3. Wahl des gesamten Vorstandes, eines Revisors, des Ausschusses, der Hülfskassierer und Türkontrolleure. Ergänzungswahl der Fünfer-Kommission. 4. Vereinsangelegenheiten.

Ohne Mitgliedsbuch kein Einlaß.

Die Generalversammlung wird pünktlich eröffnet. Wir erwarten, daß die Mitglieder Mann für Mann in der Generalversammlung erscheinen.

129/17 **Der Vorstand.**

Bureau: Kirtenstr. 20. Telephon: Amt 7, 4990.

Danksagung.

Hiermit sagen wir den Kollegen der Firmen **Lüben & Buhse** sowie **Rühle & Kussel** für die uns bei und nach der Beerdigung meines Mannes und unseres Vaters erwiesenen Aufmerksamkeiten unseren herzlichsten Dank.

Rixdorf, den 14. Februar 1905.

Wwe. Anna Dufil nebst Kindern.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des Gastwirtes

Hermann Rehfeldt,

sage allen denen, welche daran teilgenommen haben, meinen herzlichen Dank. Besonderen Dank aber dem Statklub „Tugendrose", dem 530. und 537. Bezirk des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises, sowie den Ortsbeamten der Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter, E. H. 29 Hamburg, Filiale Berlin 6.

21242 **Frau Minna Rehfeldt** nebst Kindern.

Verband der Bau-, Erd- u. gewerbl. Hülfsarbeiter Deutschl.

Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 19. Februar 1905, vormittags 10 Uhr, in den Industrie-Festsälen, Beuthstr. 19/20:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Kassenbericht vom 4. Quartal. 32/7
2. Jahresbericht und Jahresabrechnung.
3. Wahl der Revisoren und der Beschwerde-Kommission.
4. Unsere Stellungnahme zur Tarifberatung.
5. Verbandsangelegenheiten.

Der sehr wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Mitglieder erforderlich. Die Bezirksversammlungen der Außenbezirke fallen an diesem Sonntag aus.

Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Eintritt.
Die Ortsverwaltung.

Bauhandwerker-Krankenkasse

Berlins und Umgegend.
(Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 118.)

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß sich der Ausschuß gebildet und zum Vorsitzenden Herrn **Alexander Deubert, Liebenwalderstr. 53,** Seitenflügel IV, gewählt hat. An denselben sind sämtliche Beschwerden gegen den Vorstand einzusenden.

38/2 Der Vorstand. J. A.: **Heinrich Metzke.**

Bureau: Hirtenstr. 20.

Danksagung.

Allen Freunden und Bekannten, namentlich den Kollegen der Tischlerei des Herrn Friedrichs und dem Fachverein der Tischler Berlins und Umgegend sage ich für die liebevolle Teilnahme am Begräbnis meines Mannes den tiefgefühltesten Dank.

Frau **Pfundt** nebst Sohn, [illegible] 42.

Kranz- u. Blumenbinderei
von **H. Eckert,**
98. Kottbuser Damm 98.*

Verantw. Redakteur: **Paul Büttner,** Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: **Th. Glocke,** Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Für die ausständigen Bergarbeiter

gingen bei der **Berliner Gewerkschaftskommission** folgende Beiträge ein:

Lotterieverein „Lustige Brüder" 15,60. Tischlerei Becker, Skalitzerstraße 5,30. Liste 8813, Lichtdrucker Gebr. Deichler u. Wagner 18,—. Buchdruck. Otto Köhler, Usedomstr. 17 6,80. Männer-Ges.-Verein „Frisch auf" 7,50. Rauchklub „Batavia", Charlottenburg 5,—. Liste 8751 2,70. Liste 7741, Bau Seiffert 11,—. Liste 9205, Tischl. H. Brandtner, 4. Rate 3,15. Liste 9432, Ziesel u. Grav. d. F. H. Meyen u. Co. 11,70. Liste 8761, Pianinofabrik Dreyer u. Co. 6,55. Liste 2009, Möbelpol. H. Kluck, Litauerstraße 7,25. Liste 9206, Photogr. Fabr. Zoller 6,30. Verein aller in Schriftgieß. besch. Arb. u. Arbeiterinnen, 4. Rate 160,—. Liste 8747, Drechslerei Blumenthal, Schöneberg, 4. Rate 3,65. Listen 8825/26, Arb. d. F. Schneider, 4. Rate 73,60. Liste 8635, Möbelfabr. Seiffert u. Voll, Fruchtstraße 18,05. Liste 7483, d. Walter 5,35. Liste 4770, Mechaniker 3,50. Liste 8561, Tischler d. Lochmann 9,05. Liste 8552, Rohrleger u. Helfer d. F. Polat 9,—. Liste 9437, Metallarbeiter von Lind durch Schleifring 11,10. Liste 7240, Pianofabr. Giese u. Reinicke 6,45. Liste 3347, Buchdr. Haußmann, 2. Rate 8,—. Liste 7509, Buchdr.-Hülfsarb. d. Norddeutschen Dr. 13,95. Krankenkassen-Beamten, Listen: 4002, 4003, 4007, 4008, 4016, 4028, 4029, 4030, 4033, 4034, 4037, 4040 105,05. Liste 8475, Koll. v. Zander u. Opitz, außer 2 H.-D., 3. u. 4. Rate 9,85. Liste 7249, Werkst. Gerecke, Wasserstorstraße 14 21,05. Tischlerei Heinze u. Bayer 12,—. Verein Berl. Hausdiener auf: Liste 4641, Hesse 8,20. Liste 4611, Dobrat 9,05. Liste 4629, Quaak 7,55. Liste 4626, Schrade 11,90. Liste 5307, Heintzel 6,—. Liste 5318, Waldow 7,25. Liste 4610, Schlinke 4,05. Liste 5319, Riebes, ges. v. d. F. Rud. Edler 20,80. Liste 5324, Meisner 4,45. Liste 4614, Kuhlow 4,05. Liste 5306, Schwan 6,15. Liste 5328, Nzenlacki 8,45. H. R., Prinzenstr. 84 5,50. Durch Jacobsen (K. W. O.): Liste 1452, Lager, Saal 16 8,—. Liste 7148, Drahtfabr., Saal 9 10,55. Liste 8049, Drahtfabr., Saal 15 5,90. Liste 8050, Drahtfabr., Saal 12 13,45. Liste 8054, Drahtfabr., Saal 8 8,65. Liste 8055, Drahtfabr., Saal 6 9,90. Liste 8052, Heizer und Maschinisten, Zahlstelle Köpenick 9,90. Liste 8051, Werkst., Zentrale Oberspree 15,60. Liste 1424, Dobslaw Festsaal Ostend, dav. Skatkl. „Lustige Brüder" 3,—. Tisch Dobslaw 2,— 13,75. Liste 8048, Auto-Maschinenarb. N. A. G. 17,45. Liste 7113, Gummifabr. Saal 22 K. W. O. 10,20. Liste 8037, desgl. 15,25. Liste 8033, Gummifabr. Saal 26 u. 27 K. W. O. 16,55. Liste 8034, desgl. 14,65. Liste 8035, desgl. 17,75. Liste 8039, desgl. Saal 22 11,45. Liste 8028, Dreher N. W. K. W. O. 9,90. Liste 8027, desgl. 1,75. Liste 8025, Kabelkasten K. W. O. 11,60. Liste 7123, Reparatur K. W. O. 1,30. Zentralverb. der Maschin. u. Heizer, Zahlst. Köpenick 30,—. Liste 7874, Koll. d. Metallkeramik, darunter Dr. Abraham 5,—, d. Unterbürger 14,75. Rudolf Goldscheid-Golm, Wien 20,—. Liste 1654, Zentralverb. d. Töpfer 7,—. Liste 5354, durch Riegel 12,15. Liste 5358, durch Faber 5,—. Personal der Buchdr. Eug. Bertheim, 3. Rate 6,70. Arb. d. Rinne-Motor-Gesellsch., 3. Rate 4,80. Richard Ekler, Stephanstr. 19 2,—. Geburtstagsk. im Topfkeller 2,—. Verb. d. Bau-, Erd- u. gewerbl. Hülfsarb. d. Zahlst. Kön.-Wusterhausen 20,—. Metallarb. d. Zementfabr. Rüdersdorf 20,—. Deutscher Holzarbeiterverband, Zahlstelle Zehlendorf 20,—. Personal der Buchdr. Heimann u. Sohn 4,15. Theaterverein „Mikado" d. Dolz 15,—. Verband d. Wäsche- u. Kravattenerb. auf Listen: 4232 17,35, 4238 19,15, 5368 8,50, 5942 44,23, 5945 7,50, 5945 8,50, 5948 16,15, 5954 11,70, 7951 12,75, 7953 5,50, 7955 7,60, 7957 8,55, 8809 16,55. Verband d. Fabrik-, Land- u. Hülfsarb. u. Arbeiterinnen Deutschl., Zahlst. Berlin, auf Listen: Hülfsarb. d. Daimler Motoren-Gesellsch. 32,—, Messingwerk Marienfelde 11,60, C. A. F. Kahlbaum, Berlin 12,20, Gummifabr. Kübler u. Co. 20,85, Gummiarb. Siemens-Schuckertwerk 24,45, A. E. G., Lager I, Ackerstraße 50,—, Einige Koll. v. Borsig 29,50, Gummifabr. Henke u. Co. 10,70, Diverse 23,10. Verb. d. Lithogr., Steindr. u. verw. Berufe, Fil. I, Steindrucker, auf Listen, 4. Rate 179,65. Desgl. Fil. III, Lithographen, 4. Rate 306,30. Liste 5374 d. Sonneck, Rixdorf 8,35. Liste 6943, Erste Südwestafrik. Negerschenke, Zorndorferstr. 49, 6,90. Unfall G. Z. durch G. L. 2,—.

Vom Personal der **Buchdruckereien**: W. Baensch, 3. Rate 9,35; Bargon Söhne 7,50; G. Beier, 3. Rate 3,30; J. Belling, 3. Rate 11,45; G. Bernstein, 3. Rate 15,35; Selmar Beyer 6,15; E. Billig Nachf., mit Hülfspersonal, 4. Rate 17,20; R. Boll, 4. Rate 17,85; W. Bürenstein, Setzer, Verbandsmitglieder, 3. Rate 60,35; Desgl., Drucker 27,80; Desgl., vom Eisbeinessen 5,—; Deutscher Verlag, 4. Rate 60,10; Deutsche Warte, 4. Rate 27,55; O. Dietze 3,80; O. Drewitz, 4. Rate 13,05; E. Dreyer 2,40; G. Eichler 12,95; Otto Elsner 59,—; Gebrüder Ernst, 4. Rate 8,50; Rud. Fetzner 3,50; H. Fehl u. Co. 7,75; Fränkel u. Stroh 5,70; Germania, 3. Rate 31,40; W. Gronau 35,25; Gebr. Grumert, Verbandsmitglieder 4,—; Harrwitz Nachf. 10,45; Haynn Erben 14,75; Heckendorff 7,40; G. Heinicke, 3. und 4. Rate 8,10; Hempel u. Co. 57,47; A. Jäckel 4,20; Kißler —,90; W. Köbke, 4. Rate 15,30; A. Krebs 15,30; Kreuz-Zeitung 7,70; Kroll, 2. Rate 11,50; C. Kühn Söhne, 4. Rate 8,70; Langenscheidt, 4. Rate 17,10; Liebheit u. Thiesen, 3. Rate 25,45; Litfaß Erben, 3. Rate 12,50; desgl. 4. Rate 10,70; W. u. S. Löwenthal, 4. Rate 15,35; R. Ludwig, 2. und 3. Rate 3,—; Lutze u. Vogt, 4. Rate 3,50; Mier u. Glasemann, 4. Rate 9,70; E. S. Mittler u. Sohn, 4. Rate 68,90; W. Möser, 4. Rate 28,75; Mosse, Zeitung, 4. Rate 58,30; National-Zeitung, Setzerpersonal, 4. Rate 45,75; National-Zeitung, Maschinenmeister u. Hülfspersonal 33,80; Norddeutsche, 4. Rate 163,—; Paß u. Garleb, 4. Rate 50,—; desgl. 2. Abteilung 11,10; W. Pormetter 6,60; Post, 4. Rate 26,25; desgl. 5. Rate 9,—; Gebr. Radetzki 6,50; C. Regenhardt 9,25; Reichsbote, 3. Rate 15,50; W. Röwer 4,—; R. Rohde 20,75; C. Rosen, 4. Rate 6,—; J. Rosenbaum, 3. Rate 4,20; A. Sanftleben, 2. Rate 6,—; Seydel u. Cie., 3. Rate 13,50; L. Simion Nachf., 4. Rate 14,45; W. Simon 5,50; Julius Sittenfeld, Gesamtpersonal, 4. Rate 173,95; A. W. Schade, 4. Rate 27,—; A. Scherl, Adreßbuch, 3. Rate 2,40; desgl. Setzer vom „Tag", 3. Rate 12,50; Herm. Schmidt, 3. Rate 4,50; R. Scholem 2,65; Schumacher, 4. Rate 13,—; Reinh. Strauß, 3. Rate 12,85; desgl., 4. Rate 15,—. Theinhardt, Setzer, Drucker, 4. Rate 8,25; Ullstein u. Co., Adreßbuch 19,85; desgl., Zeitung, 4. Rate 18,05; desgl., Maschinensetzer 16,90; desgl., Rotations-Maschinenmeister 4,30; desgl., Zeitungs-Stereotypie 12,75; Gebr. Unger, 3. Rate 21,65; Vereinsbureau 8,50; O. Walter, 3. Rate 9,10; Wangerin u. Co., 2. Rate 4,20; Franz Weber 8,05; Weichert 13,75; Wilhelma, 4. Rate 8,—; G. Wittel 15,75; Zitelmann 10,—; Allgemeine Stereotypie-Anstalt, 2. u. 3. Rate 6,—; durch Winkler 7,25; Stammgäste von Peter Dose 12,65. C. Marschner, 4. Rate 14,35.

Summa 3792,85 M. Bereits quittiert 124 004,72 M. Im ganzen 127 797,57 M.

Weitere Beiträge werden entgegengenommen im Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission Engel-Ufer 15, vorm. 9—1 und nachm. 4—8 Uhr.

Für Berlin sind die Gelder, welche mittels der Post eingehen an A. Körsten, Engel-Ufer 15, zu richten.

Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission.

Berichtigung.

In Nr. 39 des „Vorwärts" muß es nicht heißen Liste 8559, Versamml. d. Hutmacher, sondern Handschuhmacher 6,55 M.

Die Gewerbe-Deputation des Magistrats

erklärte sich in ihrer am Mittwoch abend abgehaltenen Sitzung mit der Ausführung eines **Anbaues an der Kunstschmiedewerkstatt des Gewerbesaales**, Straßmannstraße 6, einverstanden.

Einigen Schülern des Gewerbesaales sind ihre Reißzeuge gestohlen worden. Die Deputation beschloß, den betreffenden Schülern eine **Beihülfe zur Beschaffung neuer Reißzeuge** zu gewähren.

Wegen ungenügender Beteiligung an dem Unterricht der hiesigen **Fachschule für Korbmacher** — es kamen in letzter Zeit auf sechs Lehrer nur noch zwölf Schüler — wurde beschlossen, diese Schule eingehen zu lassen. Die betreffenden Schulräume im Fachschulhause, Blumenstraße 63a, sollen der in demselben Hause befindlichen Fachschule für Klempner zur Benutzung überlassen werden.

Die **drei Uebungswerkstätten des Gewerbesaales** wurden bisher ausschließlich zur praktischen Ausbildung der Schüler als Unterrichtswerkstätten benutzt. Vom Direktor der Anstalt lag ein Antrag vor, in Zukunft in jeder dieser Werkstätten vorläufig einen, später zwei **Lehrlinge mit dreijähriger Lehrzeit** neben den Schülern auszubilden, die aber nicht als Fachschüler, sondern als Handwerkslehrlinge zu betrachten wären.

Stadtv. **Bashner** erklärte sich mit diesem Vorschlage einverstanden, da diese Lehrlinge, ganz besonders was die Kunstschmiede anbetreffe, bedeutend mehr Kenntnisse und Kunstfertigkeit erwerben würden, als diejenigen, welche bei kleineren Gewerbetreibenden ihre Lehrzeit absolvieren.

Von anderer Seite wurde bezweifelt, daß die praktische Ausbildung der Lehrlinge, ohne daß sie in handwerksmäßigen Betrieben beschäftigt werden, so werde vor sich gehen können, daß dieselben nach Ablauf ihrer dreijährigen Lehrzeit als Gesellen ihr Fortkommen finden würden.

Stadtv. **Borgmann** machte darauf aufmerksam, daß die Stadtgemeinde, wenn sie die Unterrichtswerkstätten, wenn auch nur für eine sehr beschränkte Zahl von Lehrlingen, zu Lehrwerkstätten umwandeln wolle, auch die gesetzlichen Verpflichtungen, die Unfallversicherung usw., mit übernehmen müsse. Er bekämpfte ferner den Vorschlag, wonach nicht die Stadtgemeinde, sondern der betreffende Lehrer, welcher ja ein Handwerksmeister sei, als Lehrherr der betreffenden Lehrlinge betrachtet werden solle.

Bürgerdeputierter **Tutzauer** hält die Errichtung von staatlichen und kommunalen Lehrwerkstätten für einen großen Fortschritt, da in ihnen jedenfalls tüchtigere Gesellen herangebildet werden könnten, als es in vielen Privatbetrieben möglich sei. Die staatlichen Eisenbahnwerkstätten und ähnliche Institute hätten dies vollauf bewiesen. Indes hege er Zweifel, ob die Werkstätten des Gewerbesaales, welche ja nicht, wie die staatlichen Werkstätten, die städtischen Gasanstalten und so weiter, gewerbliche Unternehmungen im Sinne der Gewerbe-Ordnung seien, das Recht zur Lehrlingsausbildung haben. So sehr er also im Prinzip mit der Errichtung von Lehrwerkstätten einverstanden sei, müsse er dennoch den Antrag stellen, von einer Beschlußfassung vorläufig Abstand zu nehmen, bis festgestellt sei, ob die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung es zulassen, mit einem Teile der Schüler des Gewerbesaales bezw. mit deren Eltern oder Vormünder Lehrverträge abzuschließen.

Magistratsrat Dr. **Hamburger** schloß sich im wesentlichen den Ausführungen Tutzauers an. Die rechtliche Frage müsse erst klargestellt werden, dann könne man in einer späteren Sitzung über die Angelegenheit Beschluß fassen.

Hierauf wurde dem Antrage Tutzauer gemäß beschlossen.

Ein zum **Mitglied des Kuratoriums der Tischlerschule** gewählter Herr hat die Wahl nicht angenommen und wurde an dessen Stelle der Tischlermeister Trost, Dresdenerstraße 81, gewählt.

Aus dem **Fonds der Weber-Stiftung** stehen 300 M. zur Verfügung der Gewerbedeputation. Hiervon wurden je 100 M. für die Fachschulen der Schmiede, Töpfer und Glaser bewilligt.

Auf Antrag des Stadtv. **Borgmann** erklärte sich die Deputation damit einverstanden, daß einem hiesigen Handwerker, welcher demnächst sein 50jähriges Gesellenjubiläum begeht, aus Stiftungsmitteln eine Ehrengabe zum Jubiläum überreicht werden soll.

Der Charlottenburger Schulkonflikt.

Am Mittwoch haben die Charlottenburger Stadtverordneten in einer stürmischen Sitzung, die sich bis gegen Mitternacht hinzog, das Kompromiß zwischen Magistrat und Regierung mit großer Mehrheit gutgeheißen und damit der Selbstverwaltung einen schweren Schlag versetzt. Das liberale Bürgertum ist vor der hohen Obrigkeit zu Kreuze gekrochen, die Liberalen haben sich auf ein schmähliches Schachergeschäft eingelassen und des lieben Friedens willen freiwillig den ersten Schritt zur Auslieferung der Schule an die Kirche getan.

Die Anträge des Ausschusses haben wir bereits mitgeteilt. Die Sozialdemokraten beantragten, die ganze Vorlage zu verwerfen, die jetzige Schulkommission aufzulösen und an ihre Stelle eine rein städtische Schuldeputation zur Verwaltung der äußeren Angelegenheiten der Schule zu setzen. Ein Vermittelungsantrag des liberalen Stadtv. Dr. Spiegel lief darauf hinaus, die Vorlage nochmals an den Ausschuß zwecks Prüfung der Rechtslage zurückzuweisen.

Zur Begründung des ablehnenden Standpunktes der Sozialdemokraten wies zunächst Genosse Dr. Barchardt in mehr als einstündiger Rede darauf hin, daß der Ausschuß die vorgelegte Dienstanweisung für die Schuldeputation so unwesentlich modifiziert habe, daß das Opfer des Intellekts, welches der Mehrheit mit der Aufnahme des Geistlichen zugemutet werde, kein Entgelt dafür sei. Eingehend verbreitete er sich dann über die rechtliche Stellung der Schuldeputation, die eine städtische Verwaltungs-Deputation sei, wie jede andere, deren Zusammensetzung daher vom Magistrat und den Stadtverordneten ohne Mitwirkung und Genehmigung der Regierung festgesetzt werden müßte. Wer der Rechtsauslegung der Regierung nachgebe, daß die Schuldeputation zugleich staatliches Organ sei, gebe wichtige Rechte der Selbstverwaltung preis. Freilich gehe bei uns Macht vor Recht; nicht gerichtliche Instanzen entscheiden über das, was Rechtens ist, sondern die Regierung selbst, welche sich ein sogenanntes Schulaufsichtsrecht anmaße, das etwas anderes sein solle, als das allgemeine Staatsaufsichtsrecht gegenüber den Kommunen; auf Grund dieses sogenannten Schulaufsichtsrechts wurde z. B. vor 10 Jahren Dr. Bruno Wille ins Gefängnis geworfen, in echt russischer Manier, auf administrativem Wege, ohne daß es möglich war, eine gerichtliche Entscheidung herbeizuführen. Aber diese Willkür finde ihre Grenze an den tatsächlichen Machtverhältnissen, denen zufolge es nicht möglich sei, den gesamten Magistrat so zu behandeln, wie seinerzeit den Dr. Wille. Immerhin habe die Regierung die Macht und den Willen, die Schuldeputation zu hindern, als städtische Deputation zu wirken; deshalb solle man sie auflösen und eine rein städtische Deputation zur Verwaltung der äußeren Schulangelegenheiten errichten. Da in Wirklichkeit eine Scheidung in äußere und innere Schulangelegenheiten nicht möglich sei, und da die Mitwirkung der städtischen Organe zur Verwaltung der Schulen unentbehrlich sei, so werde diese Deputation, freilich zunächst nicht ohne Konflikte mit der Regierung, sehr bald einen Einfluß auf die Schulangelegenheiten erhalten, wie ihn die Schuldeputation nicht habe. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Auch die liberalen Stadtvv. Dr. Penzig und Dr. Spiegel bekämpften im Gegensatz zu ihren eigenen Parteigenossen in scharfen Worten den Kompromiß.

Damit war zunächst die Rednerliste erschöpft, die Anhänger der Vorlage hatten sich nicht zum Wort gemeldet, und auch vom Magistrat hielt es niemand der Mühe für wert, die Gründe der Gegner zu entkräften. Aber die Herren, die sonst so beredt sind, hatten mit dieser Taktik des Totschweigens wenig Glück; unserem Genossen Baake gelang es, ihnen den Mund zu öffnen. Baake redete Fraktur. Treffend kritisierte er das Vorgehen des Magistrats, der der Meinung zu sein scheine, daß es unangemessen wäre, den Abschluß des Geschäftes aufzuhalten. Habe doch in der Kommission ein Magistratsvertreter offen und ehrlich die Vorlage als Kuhhandel bezeichnet! Der Magistrat verlange, daß die liberalen Bürger Charlottenburgs Ja und Amen dazu sagen. Vom Parteistandpunkt aus könne man ja nur Genugtuung darüber empfinden, daß der Freisinn so vorgeht, daß die Liberalen ihre eigene Fraktion zu sprengen und der Selbstverwaltung das Grab zu graben im Begriffe sind. In der Kommission habe der Oberbürgermeister gesagt, wir fürchten den Papst in Rom. Nein, der Herr, den er fürchtet, wohnt nicht jenseits der Alpen und ist nicht Oberhaupt der katholischen Kirche, das ist ein simpler Regierungspräsident in Potsdam. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Der Liberalismus hätte hier Gelegenheit, seinem Vaterlande und den Gesamtinteressen des Liberalismus in Preußen einen wichtigen Dienst zu leisten; es sei ein feiger Philistertrost, die Waffen zu strecken, weil es doch nichts nutzt. Es sollte doch auch so etwas wie eine Solidarität der großen liberalen Städte geben. Schädigen wir nicht alle anderen Gemeinden, die mit der Regierung in der Schulfrage im Kampfe liegen, wenn wir die Waffen strecken? Der Schaden, der durch diesen Kompromiß der Selbstverwaltung zugefügt wird, kann durch keinen Jubiläums-Ordensregen jemals wieder gut gemacht werden. (Heiterkeit und lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Infolge des Eingreifens des Genossen Baake wurde die Debatte, die vorher im Sande zu verlaufen drohte, recht bewegt. Nachdem zunächst Stadtv. Sachs erklärt hatte, daß die Unpolitischen geschlossen für die Vorlage stimmen würden und nachdem sich noch ein dritter Liberaler, Stadtv. Schwarz (der allerdings später sich der Abstimmung enthielt) gegen den Kompromiß gewandt hatte, gefiel sich der frühere Reichstags-Abgeordnete Dr. Crüger, der die Rolle des Sozialistentöters in Charlottenburg spielt, mangels sachlicher Gründe in nichtssagenden Redensarten und nicht gerade geistreichen Angriffen auf die Sozialdemokratie. Unter großer Heiterkeit erwiderte Baake, daß Herr Dr. Crüger nicht das Recht habe, im Namen des Liberalismus zu reden, denn er sei nur eine etwas kümmerlich geratene Spielart des Liberalismus. Im übrigen sei es ein Irrtum, wenn Herr Dr. Crüger glaube, daß er, wenn er davon spreche, daß man den Liberalen das Rückgrat stärken müsse, an ihr gedacht habe, er nehme keine Versuche an untauglichen Objekten vor.

Aus der weiteren Debatte, in der drei Herren vom Magistrat, der Oberbürgermeister Schustehrus, Bürgermeister Matting und Stadtrat Jebens den Kompromiß befürworteten, ist namentlich das mannhafte Eintreten des Stadtv. v. Liszt für die Selbstverwaltung hervorzuheben. Herr v. Liszt bestritt der Regierung entschieden das Recht, die Mitwirkung eines Geistlichen zu verlangen und ersuchte um pure Ablehnung der Vorlage. In vorgerückter Stunde kam auch Genosse Dr. Borchardt nochmals zum Wort; er legte noch einmal dar, daß die Errichtung einer rein städtischen Verwaltungsdeputation für die äußeren Schulangelegenheiten nicht eine leere Demonstration, sondern ein praktischer Weg sei. Dem Oberbürgermeister, der die Furcht vor dem Eindringen des kirchlichen Einflusses auf die Schule durch die verlangte Aufnahme des Geistlichen als Popanz und Kinderschreck bezeichnet hatte, wies er aus seiner Rede vom 28. Oktober 1903 nach, daß er selbst ein solches Kind gewesen sei und auch die Stadtverordneten für solche gehalten haben müsse. Freilich sei man heute fünf Viertel Jahre älter; wenn der Oberbürgermeister stolz darauf sei, in dieser kurzen Spanne Zeit sich zum gereiften Manne entwickelt zu haben, so sei er stolz darauf, das Kind von damals geblieben zu sein. (Heiterkeit.)

Die guten Gründe der Gegner haben nichts genutzt, die Versammlung lehnte zunächst den Antrag Spiegel, dann in namentlicher Abstimmung mit 40 gegen 12 Stimmen den sozialdemokratischen Antrag ab und nahm mit 33 gegen 18 Stimmen die Vorlage mit einer unwesentlichen Aenderung an.

Briefkasten der Redaktion.

W. R. Recklinghausen. Besten Dank für die Mitteilung. Wir werden bei passender Gelegenheit Gebrauch davon machen.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

E. B. S. Nein, nur die Kirchhofsverwaltung hat über eine etwaige Entfernung des Grabsteins zu bestimmen. — **100 B.** Krankenkassenmitglied ist eine Aufwärterin nicht. Sie mag behufs Aufnahme als freiwilliges Mitglied sich an die Offenbacher Krankenkasse wenden. — **H.** Sie können nur gegen den Schlafburschen selbst auf Zahlung klagen. Eine Klage gegen den Vater hätte wenig Aussicht auf Erfolg. — **A. B. 100.** Reklamationsgesuche sind an die Ersatzkommission bis spätestens zum 20. Februar zu richten. — **1867.** Ihr Sparkassen-Guthaben hat mit Zuerkennung oder Nichtzuerkennung der Invalidenrente nichts zu tun. — **W. A.** Ja. — **— B. 159.** Das Kind gilt als eheliches Kind des ersten Mannes. Nur eine Klage dieses geschiedenen Ehemannes auf Unehelichkeitserklärung des Kindes kann diesem rechtlich den wirklichen Erzeuger zum Vater machen. Der jetzige Ehemann könnte, wenn er eheliche Kinder nicht hat, das Kind adoptieren. Der Adoptionsvertrag müßte vom Vormundschaftsgericht genehmigt, bei demselben auch um Dispens von der Altersgrenze nachgesucht werden. — **H. G. 17.** Zwischen 6 und 20 M. für die Entbindungsbeihülfe und 1—3 M. für jeden Besuch werden als angemessene Hebammengebühren erachtet. — **E. B. 7.** Mit Ihrem Mißtrauen gegen den Magnetismus und seine exorbitanten Preise sind Sie auf richtigem Wege. Wenden Sie sich an einen Arzt, zu dem Sie Vertrauen haben. Freilich sichere Heilung versprechen wird Ihnen kein gewissenhafter Mensch. — **A. B. 70.** Zur Zahlung sind Sie verpflichtet. — **Pharus.** 1—3. Die vollstreckbare Forderung hat 30 Jahre lang, von der letzten Pfändung ab gerechnet, Gültigkeit. Sie könnten zum Offenbarungseid gezwungen werden. Manipulationen zur Beiseiteschaffung des Vermögens sind unglaublich und können strafbar sein. 4. Sie haben Eintrittsgeld zu zahlen, falls nicht das Statut das Gegenteil besagt. Orts-Krankenkassen erstrecken sich nur auf bestimmte Bezirke. 5. Ohne genauere Kenntnis des Sachverhalts ist Ihre Frage nicht zu beantworten. Beantragen Sie, den Arbeitgeber zur Einklebung der richtigen Marken anzuhalten. — **E. M. 16.** Sie sind verpflichtet, Zeugnis abzulegen. — **Ewige Plackerei.** Die Beantwortung der Frage, ob wegen bestimmter Vergehen bestimmte Länder ausliefern, müssen wir aus strafrechtlichen Gründen ablehnen. Es steht Ihnen die Einsicht in die Auslieferungsverträge in den Bibliotheken frei. — **W. 100.** Nein **B. B.** Wenn Ihr Testament, das in Amerika errichtet ist, den dortigen Vorschriften genügt, so gilt es auch hier. Es ist aber ratsamer hier ein Testament zu errichten. Beispiele für eigenhändig geschriebene Testamente finden Sie in dem dem „Arbeiterrecht" beigefügten Führer (letzte Seiten). Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — **N. M. 18.** Nein. — **R. W. 79.** Eine Schadensersatzklage gegen den Gemeindevorsteher wäre nicht ohne Aussicht auf Erfolg. Bestimmte Urteile über ähnliche Fälle liegen uns nicht vor. — **W. Z. 7.** Eine Interventionsklage wegen der Ware, nicht aber wegen der Kasse, hätte Aussicht auf Erfolg. — **G. L. 27.** 1. Lohnbücher bestehen nur für die Kleider- und Wäsche-Konfektion. Lohnzahlungsbücher sind für alle in Fabriken beschäftigte Minderjährige vorgeschrieben. In dies Lohnzahlungsbuch ist bei jeder Lohnzahlung der Betrag des verdienten Lohnes einzutragen und das Lohnzahlungsbuch dem Minderjährigen oder dessen gesetzlichen Vertreter (Vater, Vormund) auszuhändigen und von dem Empfänger vor der nächsten Lohnzahlung zurückzureichen. Die Beobachtung dieser Vorschriften kann durch Anrufen des Gewerbe-Inspektors erzwungen werden. Zunächst wenden Sie sich an das Geschäft selbst. 2. Da Ihr Sohn 16 Jahre alt ist, so ist er invalidenversicherungspflichtig. — **Otto Nößig.** 1. Einen bestimmten fest umgrenzten Unterschied zwischen Heimarbeiter und Hausgewerbetreibenden gibt es nicht. In Norddeutschland versteht man in der Regel unter Hausgewerbetreibende selbständige Gewerbetreibende, unter Heimarbeiter unselbständige Arbeiter. Hausgewerbetreibende gehören nur dann und nur soweit einer Innung an, als das Statut der Zwangsinnung dies vorschreibt. Ueber Streitigkeiten darüber, ob jemand Mitglied einer Zwangsinnung ist, entscheidet in erster Instanz die Aufsichtsbehörde (in Berlin der Magistrat), in zweiter die höhere Verwaltungsbehörde. Diese entscheidet endgültig. Liegt Ihr Fall so, wie Sie ihn schildern, daß Sie ohne Hülfsarbeiter lediglich für einen Fabrikanten arbeiten, so sind Sie Heimarbeiter, die getroffene Entscheidung wäre dann also irrig, ist aber endgültig. 2. Heimarbeiter, die lediglich für einen Fabrikanten arbeiten, sind nach ständiger Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamtes und Ober-Verwaltungsgerichts invalidenversicherungspflichtig. — **Ch. H. H. 51.** Lautet Ihr Vertrag bis zum 1. Oktober und hat keine Sudhaltation stattgefunden, so haben Sie erst zum Oktober zu ziehen: die Kündigung ist schon jetzt zulässig. — **M. A. 1000.** Nein. — **B. T. 1.** 1. Ihnen steht die Rente zu, die die höhere ist, nicht aber beide zusammen. 2. Falls das Kassenstatut nicht eine längere Zeit festlegt, hat Ihr Sohn Anspruch auf 26 Wochen Heilbehandlung. War er infolge der Krankheit 26 Wochen hindurch erwerbsunfähig, so steht ihm ein Anspruch auf Invalidenrente nach Ablauf der 26 Wochen zu. 3. Wenden Sie sich an einen Arzt. Wir lehnen es grundsätzlich ab, bestimmte Aerzte namhaft zu machen. Die Adressen finden Sie im Adreßkalender. 4. Ihrem Schwiegersohn steht leider dies Recht zu. Sollte die Erziehung das Interesse Ihres Enkels gefährden, so steht Ihnen das Recht zu, das Vormundschaftsgericht um Einschreiten zu ersuchen. — **K.** Ja. — **P. W.** 1. Patente werden für neue Erfindungen erteilt, welche eine gewerbliche Verwertung gestatten. Die Anmeldung behufs Erteilung eines Patents geschieht schriftlich beim Patentamt. In der Anmeldung ist der Patentanspruch (Angabe was geschützt werden soll) zu erheben. Die Erfindung ist in einer Anlage genau zu beschreiben. Gleichzeitig mit der Anmeldung sind für die Kosten des Verfahrens 20 M. zu zahlen. Wird die Erfindung für patentfähig erachtet, so sind innerhalb zwei Monaten nach der Veröffentlichung des Patentanspruchs 30 M. als Jahresgebühr zu zahlen. Dem Patentgesuch (auf Papier von 21:23 Zentimeter Größe mit schwarzer Tinte zu schreiben) sind zwei Zeichnungen (eine auf weißem glattem Karton, eine auf Pauseleinwand) und ein Modell beizufügen. Sie tun gut, um Rat wegen ihrer vermeintlich patentfähigen Erfindung sich an das Patentamt oder an die Auskunftsstelle der Patentanwälte (Unter den Linden 11) zu wenden. Dringend zu warnen ist vor Winkelkonsulenten jeder Art. Der Patentschutz wird, falls das Patent erteilt ist und die jährlichen Gebühren gezahlt werden, auf 15 Jahre erteilt. In der Regel ist zur Patenterwerbung auch in außerdeutschen Ländern zu raten. 2. Gebrauchsmusterschutz ist etwas völlig anderes als ein Patentschutz. Als Gebrauchsmuster werden Modelle von Arbeitsgerätschaften oder Gebrauchsgegenständen oder von Teilen derselben geschützt, insofern und insoweit sie dem Arbeits- oder Gebrauchszwecke durch eine neue Anordnung, Gestaltung oder Vorrichtung dienen sollen. Gleichzeitig mit der Anmeldung sind 15 M. Gebühren zu zahlen. Die Dauer des Schutzes beträgt 3 Jahre und wird gegen Zahlung von 60 M. auf 6 Jahre verlängert.

Warnung! Warnung!

Herrenschneider beider Branchen!

Wir warnen hiermit unsere Kollegen aus beiden Branchen der Herrenschneiderei, an dem Preisausschreiben der Firma **Baer Sohn** (s. Inserat vom Sonntag) sich zu beteiligen.

Die Firma, die keine Werkstätten besitzt und keine tarifmäßigen Löhne zahlt, beabsichtigt ihre Leistungsfähigkeit zu erhöhen, indem sie durch ein geschicktes Manöver, das Prämiensystem, die Kosten auf die Schneider abzuwälzen versucht. Von hunderten zugeschnittener Stücke werden zehn prämiiert, während die übrige gut geleistete Arbeit nur mit den in ihren Geschäften üblichen nichttariflichen Lohnsätzen bezahlt werden soll.

Bei der Ausgabe von 550 Mark Prämiengeldern ist also die Firma noch immer in der Lage, ein schönes Geschäft zu machen; die Arbeiter haben sich hingegen dadurch in Zukunft durch die angespornte Leistung zu ihrem Schaden dauernd festgelegt.

Das Preisausschreiben der Firma Baer Sohn ist also für jeden Schneider ein Danaer-Geschenk schlimmster Art!

Jeder Kollege, der auf angemessene Löhne in unserem Gewerbe hält, kann sich an dem Preisausschreiben nicht beteiligen.

Zum Schluß appellieren wir, im Interesse der Arbeitnehmer sowohl als auch der Arbeitgeber, an die Herren Fachleute und Sachverständigen, sich nicht zu Marionetten einer Reklame ödester Geschmacklosigkeit herzugeben.

Verband der Schneider und Schneiderinnen
(Filiale Berlin), Engel-Ufer 21. J. A.: Ad. Ritter.

Echter ungarischer 2078Z*
Wachholder-Extrakt,
ein wahres, rein natürliches, heilkräftiges und reelles Hausmittel von **wunderbarer Wirkung,** seit Jahrhunderten erfolgreich bewährt, insbesondere gegen **Rheumatismus, Gicht, Blutstockung, Verstopfung, Hämorrhoiden, Atemnot,** schleimlösend auf **Brust** und **Lunge,** stärkend für den **Magen,** ist Appetit und Verdauung anregend und wirkt überhaupt **auf alle Teile des Organismus nur wohltätig.** Vermöge seiner ableitenden, die Hautausdünstung fördernden, harntreibenden und Unreinigkeiten ausscheidenden Wirkung leistet er bei **Nieren-** und **Blasenleiden** unschätzbare Dienste und ist **ein Blutreinigungsmittel sondergleichen.** Garantiert **rein u. unverfälscht** nur in Fl. a 75 Pf., 1,50 und für längern Gebrauch **2,50 erhältlich bei**
Otto Reichel, Berlin SO., Fernspr.-Anschl. Eisenbahnstr. 4. IV. 646 u. 3190.

Raucht Vineta No. 8
beste 2 Pf.-Zigarette!

Herrenkragen, rein Lein. 4 f.
beste Qualit. Dtz. M. 3 u. 3,50.
Manschetten, prima. 4fach
1/2 Dtz. M. 1,80 und 2,25.
Serviteurs, größte Auswahl
Stück von 30 Pf. an.
Krawatten, Handschuhe, Hosenträger, Taschentücher, Strümpfe ꝛc.
Detailverkauf zu Engros-Preisen.
Ernst Marcuse
23. Münzstrasse 23.

Leihhaus
Berlin, Auktionatorstr. 2. Charlottenburg, Friedrich Karlpl. 12.
Beleihung von Brillanten, Gold- und Silbersachen, Uhren, Bücher, Wäsche, Kleidungsstücke etc. 1773Z*

Achtung! Vereine! Eine künstlerische Saaldekoration, den „Marktplatz von Tokio" darstellend, für große u. mittlere Säle passend, ist zu Kostümfesten an Vereine und Gesellschaften unter günstigen Bedingungen zu verleihen. Verein Berl. Buchdrucker u. Schriftgießer. Adr.: Fr. Siewert, Lehninerstr. 5.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für 72/7*
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12 2—4.

Elegante
Masken-Garderobe
empfiehlt zu den solidesten Preisen
Fr. Panknin
Oranienstr. 178, 2 Treppen rechts. Ecke Adalbertstr.
Bitte genau auf die Hausnummer zu achten. 1693Z*

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: **5** Pfennig. Das erste fettgedruckte Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Pfandleihhaus Weidenweg neunzehn, spottbilliger Gardinenverkauf, Wäscheverkauf. †45*

Spottbilliger Teppichverkauf, Tischdecken, Steppdecken. Pfandleihhaus Weidenweg neunzehn. †45*

Garderoben, Taschenuhren, Regulatoren, Fensschwinger, Schmucksachen, spottbillig Pfandleihhaus Weidenweg neunzehn. Verkaufszeit genehmigter Ladenschluß. †45*

Spottbillige Leibwäsche, Hauswäsche, Restverkauf Pfandleihhaus Weidenweg neunzehn. †45*

Bekanntmachung! Empfehlenswerte Einkaufsquelle ist Pfandleihhaus Weidenweg neunzehn. †45*

Pfandleihe Küstrinerplatz 7 verkauft spottbillig Gardinen, Tischdecken, Teppiche, Wäsche, Steppdecken, Betten, Wanduhren, Taschenuhren, Ketten ꝛc.

Herrenanzüge, Hosen spottbillig Pfandleihe Küstrinerplatz 7. 3078*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Ueberzieher, Herrenanzüge, wenig getragene Monatsgarderobe von 6 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue zurückgesetzte, kauft man am billigsten direkt nur beim Schneidermeister Fürstenzelt, Rosenthalerstraße 15, III. 81/15*

Többs, Paul, Schneidermeister, Insterburgerstraße 16, Laden. Frühjahrs-Neuheit. Reichhaltiges Lager in-, ausländischer Stoffe. †143*

Anzugreste 8,00 verkauft Resterhandlung Lichtenbergerstraße 9. Arbeitslohn 15,00 mit Futter. 77/6*

Sofa-Teppiche, zirka 2 Meter lang, imitierte Perser 3,85, Tapestriebrüssel 5,35, Axminster 4,65. Inventur-Ausnahmepreise. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. *

Bronzegaskronen, dreiflammig 6,00, Lyren 1,50, Wandarme 0,65, Verlampeln 10,00, Gaskocher 0,75, Zweiloch 3,00. Schröder, Hochstraße 43.

Gestickte Erbstüllstores 4,35. Echt Spachtelstores 5,65, Sezessionstüllstores 1,65, bunte Madrasstores 2,35, Wert 5,00, Inventur-Räumungspreis. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 282R*

Gaskocherhaus! Zweiflochgaskocher! 3,00. Dreiflochgaskocher! 6,00. Gasbügelapparat spottbillig! Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. *

Jährlich nur einmal Inventur-Räumungsverkauf im Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. Extraliste gratis. 283R*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 142/12*

Steppdecken, Ausverkauf wegen Umzug, Fabrik, Weinstraße 20. [†97*

Gardinenausverkauf wegen Abbruch des Hauses. Stores, Tüllbettdecken enorm billig! Gardinen-Versandhaus Krausenstraße 36, Dönhoffplatz. 2127b*

Federbetten, Stand 20 Mark, 5 Zimmer Möbel Aufgabehalber billig Dresdenerstraße 38, vorn II links. *

Möbelverkauf in meiner Möbelfabrik Wallstraße 80/81, nahe Spittelmarkt. Infolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgesetzte und verliehen gewesene Möbel, die wie neu sind, Kleiderspind, Vertiko 27,00, Ausziehtisch 16, Muschelbettstelle mit Federmatratze und Keilkissen 36, Taschensofa 50, Paneelsofa 70, Waschtoilette 20, Nußbett 25, ganze Einrichtungen billigst. Transport frei. 77/9*

Sofas, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Blumenstraße 35 b. 2018*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Nähmaschinen aller Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof, Alt-Boxhagen 4, Ecke Neue Bahnhofstraße. *

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilzahlung Nähmaschine kauft oder nachweist. Woche 1,00. Alle Systeme. Postkarte. Borchert, Zorndorferstr. 50. †45*

Ringschiffchen, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Postkarte genügt. Köpnickerstraße 60/61. Große Frankfurterstraße 43. Prenzlauerstraße 59/60.

Nähmaschinen, gebrauchte, Wheeler-Wilson von 8 Mark und Langschiff von 10 Mark an. Bellmann, Gollnowstraße 26. 225R*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Restauration, Fabrik im Hause, 14 Jahre bestehend, verkauft Pühl, Rixdorf, Fictenstraße 58. †128*

Landparzellen (Baustellen) Bahnhofsnähe Grünau! Hochliegende Wiesen und Wald. Quadratrute nur 25 bis 32 Mark. Beck, Michaelkirchplatz 18. 2155b*

Landliebhaber! Neue Kolonie, genehmigter Bebauungsplan, Quadratmeter fünfzig Pfennige, verkauft Schulz, Rixdorf, Lenaustraße 12/13.

Kanarienroller, Seifertstamm, flotte Sänger, kräftige Zuchtweibchen zur Selbstzucht zu verkaufen. Gundlach, Friedrichshagen, Friedrichstraße Nr. 26, I. 2170b*

Nähmaschinendepot Wienerstraße 6, Ackerstraße 113 liefert sofort sämtliche Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00 Mark. Fünfjährige Garantie, gebrauchte Maschinen spottbillig. 2194b

Selten wiederkehrender Gelegenheitskauf! Raummangels elegantes Taschensofa 42,00, Polsterstühle 3,00, Salongarnitur 75,00, großer Trumeau 33,00, Salontisch 13,00, Küchenmöbel spottbillig, echt fournierte Muschelschränke 40,00, komplette nagelneue Muschelbettstellen 34,00, Verschiedenes jedem Preise. Perlebergerstraße 14, Restaurant. 2193b

Schlafsofa 20,00, Bettstelle, Matratze 15,00. Pallisadenstraße 23, Tapezierer. 77/12

Mahagoni Wohnungsmöbel, Muschelschrank 26,00, Marmortoilette, Muschelbetten 38,00, Küchen-Einrichtung. Hirschowitz, Brunnenstraße 30.

Maskenanzug, Winter, wie neu, verkauft oder verleiht Graudenzerstraße 2, I, Balla. †45

Gelegenheitskäufe. Schuhwaren, Kleiderstoffe, Wäsche billig Charlottenburg, Christstraße 37, I. 2195b*

Sofa mit Spiegelaufsatz, neu, spottbillig Graudenzerstraße 2, Tapezierer. †45

Spottbilliger herrschaftlicher Bettenverkauf, Juliette. Pfandleihhaus Weidenweg neunzehn. †45*

Nußbaum-Muschel-Bettstellen mit Matratzen, ein Nußbaum-Kleiderschrank, Trumeau, Plüschsofa billig zu verkaufen Dalldorferstraße 19, parterre rechts, Weddingplatz. 2187b

Grünkram, Materialwaren, Rolle, sofort unter Inventarpreis zu verkaufen. Altermann, Hausburgstraße 8. 2190b

Plättgeschäft per 1. April ohne Entschädigung zu übergeben. Pommrich, Bredowstraße 16/17. 2186b

Verschiedenes.

Patentanwalt Dammann, Oranienstraße 57, Moritzplatz. Rat in Patentsachen. 2154b*

Pahr wohnt Brunnenstraße 116.

Aufpolsterung! Sofa 5,00, Matratze 4,00, auch außerm Hause. Bachmann, Blumenstraße 35 b. 202R*

Teilzahlung. Anfertigung eleganter Herrengarderobe. Marcus, Landsbergerstraße 75. 809R*

Uhren repariert Wilhelm Flade, Putbuserstraße 20. †138*

Pfandleihe. Prinzenstraße 63, täglich 8—8, Sonntags bis 2. 301R*

Platinaabfälle kauft Lindenstraße 103. 2124b*

Achtung. Gewerkschaften, Vereine! Meinen 1000 Personen fassenden Garten mit Spezialitätenbühne nebst großem, neu renoviertem Festsaal empfehle ich bedingungslos zu Frühjahrs- und Sommer-Festlichkeiten zur gefälligen Benutzung. J. Wernau, Schwedterstraße 23. 319R*

Vereinssaal zu Sitzungen und Tanz, auch Sonntag, frei. Invalidenstraße 146. †105*

Pfandleihe Markusstraße 27. 2135b*

Vereinszimmer mit Pianino, 30 und 50 Personen, zu vergeben. Moritz Mix, Skalitzerstraße 59. †14*

Rixdorf. Empfehle werten Genossen meine Besohl-Reparatur-Werkstatt bei reellster Bedienung zu soliden Preisen. A. Grochowsky, Elbestraße 4 (Laden). †128*

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Masseur, kräftiger, empfiehlt sich abends. Meyer, Adolfstraße 2. *

Xylograph, flotter, für Katalog verlangt. R. Weber, Lichterfelderstraße 5, III. 2192b

Laufbursche, 14jährig, Woche 8 Mark, Buchdruckerei, Hollmannstraße 21. 2185b

Kurbelstepper verlangt Rosenberg, Oranienstraße 98, II. 2181b

Korbmacher auf Rohrfiguren verlangt Schmidt, Langestraße 91. *

Tüchtigen Grundierer und Arbeitsburschen verlangt Rosenow u. Co., Schmidstraße 6. 3203R

Männer-Gesangverein sucht Dirigenten für Dienstag. Paul Arnold, Mehrenstraße 6/7. 2184b

Stepperin auf Kleider verlangt Wendel, Kopernikusstraße 13. *

2 geübte Versilberinnen auf Leisten verlangt Rixdorf, Schöneweiderstraße 6. 2196b

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Erfahrener Meister
wird für die Brenner-Abteilung (Klempnerei) einer Lampen-Fabrik bei hohem Gehalt und event. Extra-Gratifikation gesucht. Es wird nur auf eine erste Kraft, die bereits eine gleiche Stelle bekleidet hat, reflektiert. Diskretion zugesichert. Gefl. Offerten mit genauer Angabe der seitherigen Tätigkeit unter **E. L. 1309** an **Rudolf Mosse,** Prinzenstr. 41 erbeten. 77/14

Jungen Bildhauer
zum Retouchieren von Wachsabgüssen sucht per sofort
Gladenbecks Bronzegießerei, G.m.b.H., Friedrichshagen, Seestraße 126.

Rahmenmacher!
Die Firma **Gost u. Co.,** Kurfürstenstraße 146, ist für Rahmenmacher, Tischler, Polierer, Glaser, Vergolder und Buchbinder wegen Differenzen gesperrt.
77/14 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Achtung!
Musikinstrumenten-Arbeiter, Tischler u. Polierer!
In der Pianofabrik von **Rösener** befinden sich die Kollegen noch im Streik. Der Betrieb ist für sämtliche Arbeiter gesperrt.
Die Zehnerkommission.

Stockarbeiter!
Die Arbeiter der Firma **Julius und Hermann Gembicki, Friedrichstr. 16 u. Lindenstr. 102,** befinden sich im Streik. 18/16*
Zuzug ist fernzuhalten!
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Bodenleger!
Die Kollegen der Firma **Heise** aus Breslau, Vertreter **Schneider,** Gubenerstraße, befinden sich im Streik. Gesperrt sind folgende Bauten: Boxhagenerstr. 39, 40, 41 u. 42, Knyphausenstraße 116, 118a und 118b, Bardelebenstraße 2, Buchenstraße 2, Charlottenburg, Kaiser Friedrichstraße 25, Mombijouplatz 10, Warschauerstr. 70.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Kistenmacher und Holzarbeiter!
In der Kistenfabrik von **Müller,** Charlottenburg, Behrholzstraße, sind Differenzen ausgebrochen. 80,6*
Zuzug ist fernzuhalten!
Der Holzarbeiterverband. Verein der Kistenmacher.

Verantw. Redakteur: Paul Büttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.